

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement: Preis pro Nummer 2 Pf., monatlich 3,30 Pf., vierteljährlich 10 Pf., halbjährlich 18 Pf., jährlich 33 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 3,30 Pf. pro Quartal, eingetragene in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Pf., für das übrige Ausland 3 Pf. pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonelle ober deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.  
 Anzeigenschein: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2. Sonnabend, den 12. Mai 1900. Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508. Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Die kleine Umsturzvorlage.

Es ist kein Zweifel mehr, das Centrum besteht auf seinem Schein: Erst die lex Heinze, dann die Flotte! Die kirchliche Weltpolitik muß der marinistischen Weltpolitik vorangehen.

Im Reichstag haben die Centristen sich gestellt, als ob die lex Heinze eigentlich gar nichts so Schlimmes sei. Sie richtete sich lediglich gegen die industrielle Klerik, die mit der Unzucht Geschäfte treibt. Die wahre Kunst werde nicht im mindesten eingeschränkt. Freilich haben sich die Herren selbst im Eifer des Kampfs oft genug verraten, daß ihr Streben dahin geht, die geistige Freiheit überhaupt auf den Index zu setzen. Aber es ist trotzdem eine dringliche Aufgabe, den kirchlichen Geist, aus dem das Gesetz hervorgeht und in dessen Richtung es wirken soll, mit aller Schärfe zu zeichnen. Die lex Heinze ist nichts weniger als eine Harmlosigkeit, es ist eine schwerste Kulturgefahr.

Man muß sich erinnern, als was die lex Heinze dem Klerikalismus gilt. Sie ist ja ein Teil jenes verruchten Umsturzgesetzes, das der Reichstag seiner Zeit befehligt hat. In der lex Heinze lebt der Unhold wieder auf, und will man ihre Tendenz ermessen, so muß man sich der Vera der Umsturzvorlage erinnern. Damals sprach die Ultramontane mit größerer Offenheit ihres Herzens tiefstes Sehnen aus. Was die Klerikale jetzt von der lex Heinze hoffen, haben sie damals verraten.

Es existiert nun ein aufläuterndes literarisches Zeugnis, das die Anschauungen und Wünsche des Centrum verdeckt. Im Jahre 1895 veröffentlichte der Pfarrer P. Rody zu Oestrich a. Rh. eine Broschüre „Die moderne Literatur in ihren Beziehungen zu Glauben und Sittlichkeit. Handglossen zur Umsturz-Vorlage“. In diesen Handglossen tritt unverfälscht und unverhüllt das kirchliche „Gedziel“ hervor; sie begründen auch die lex Heinze, so wie sie jetzt das Centrum durchzudrücken sucht. Ein paar Citate, aus jenem Buch ohne weitere Erläuterung zusammengestellt, werden hinreichen, um die Geisteskrankheit zu illustrieren, der die herrschende Partei das deutsche Geistesleben auszuliefern strebt:

„Wir stehen nicht an zu behaupten, daß die auf naturwissenschaftlichen Bahnen sich bewegendene Kunst ebenso verderblich für die Volkseele ist als die pornographische Literatur.“ (S. 4.)

„Unsere Kunstausstellungen, Ausstellungen, Galerien und Kunstvereine sind für die gebildeten Städte vielfach an die Stelle der Gotteshäuser getreten. In diesen Hallen der Kunsttempel sammeln sich regelmäßig die Kunstfreunde, um ihr Auge zu erheben, ihr Gemüt zu erbauen, ihren Geist zu bilden. Diese Darstellungen der platten Alltäglichkeit und des gemeinsten Nihilismus — durch Kupferstich, Holzstich, Photographie, Lithographie, unzahlige Male vervielfältigt und verbreitet — erregen bei den Weltkundigen das größte Interesse.“ (S. 5.)

„Nicht bloß in den Galerien, Ausstellungen und Theatern, sondern auch auf den Straßen, öffentlichen Plätzen und Brücken, an Privat- und Staatsgebäuden, in Cafés, in den Anlagen der Läden, ja selbst auf den geweihten Stätten des Todes treten uns diese vielfach verkommenen Kinder der modernen Kunst, erzeugt mit Pinsel und Meißel, mit Stift und Nadel, mit großer Zubringlichkeit und oft mit befehlender Unerschämtheit entgegen. Stößt man doch an frequenten Straßen auf Bildertafeln, die fast nur eine Kollektion ganz und halb nackter weiblicher Gestalten und platter Darstellungen mit mehr oder weniger frechen Attributen aufweisen.“ (S. 5/6.)

„Diese aufgeblasene und selbstgenügsame Wissenschaft verläßt heute ihre auf recht schwachen Grundlagel aufgebauten Lehren mit apodiktischer Gewissheit und stellt sie ohne Scheu der göttlichen Offenbarung entgegen; sie stellt ferner diese Lehren nicht bloß den Kreisen gelehrter Theoretiker zur Beurteilung vor, sondern macht sie auch täglich durch die Zeitungen einer Anzahl halbgebildeter münderecht, ja predigt sie von allen Lehrstühlen höher wie niedriger Ordnung herab dem ungebildeten Publikum. In den Augen der gläubigen Katholiken wird der modernen Wissenschaft niemals das Recht einer schrankenlosen Forschung zuerkannt. Die Schranke bildet vielmehr eine Autorität und zwar die göttliche.“ (S. 7.)

„Erlaubt ein Staat, daß der Unglaube von den öffentlichen Lehrstühlen herab vorgetragen und verbreitet wird, so unterbindet er sich die Lebensadern, und die seelenvergiftende Doktrin wirkt um so verderblicher, weil sie in eleganter wissenschaftlicher Form die Grundlagen des Staates zernagt.“ (S. 12.)

„Die Ehre der Bibel und die Ehre der Wissenschaft fordern gleichmäßig, daß einer solchen Popularisierung der Wissenschaft gekennert werde.“ (S. 13.)

„Zammervolle und poesielose Verse, Produkte wie „Sodoms Ende“ von Sudemann... Literatur, nur aus Paris und Skandinavien.“ (S. 16.)

„Wenn aber öffentliche Herabsetzung der Religion, Ehe u. nach der Umsturz-Vorlage strafbar sein soll, mit welchem Rechte dürfen Schriften wie die erwähnte (Mirza Schaffy) straflos ausgehen? Und der Halbgott der vornehmen Welt, Bodensiedt, sah noch zu Lebzeiten seinen Mirza Schaffy in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet und in allen Literaturblättern über die Wägen gerühmt. Sein Geist ist der der jetzigen öffentlichen Meinung. Die 80. Auflage ist gedruckt in der vormaligen Oberhöfdruckerei unter Reichsverwaltung“, also in Reichs-Druckerei!“ (S. 20.)

Die umfangreichen Kataloge Reclams, Meyers und Bendels enthalten neben manchem Guten auch viel Giftkraut, das besonders unter der Jugend nie wieder gutzunehmende fittliche Verheerungen anrichten kann, gewiß auch angerichtet hat. Gerade in der großen Verbreitung und allgemeinen Zugänglichkeit dieser Bibliotheken liegt

ihre Gefahr. So gewiß die Leihbibliotheken ihr Bedenkliches haben, eine derartige, auf die weitesten Kreise berechnete Spottwochensche Universal-Bibliothek wirkt noch verderblicher.“ (S. 20.)

„Heines „Buch der Lieder“ ist in allen drei Katalogen zu finden. Gerechten Tadel verdient Reclam wegen der ungehörigen Herausgabe der Bürgerischen Gedichte, von denen eine große Zahl fittlich sehr anstößig ist... Gleicher Nachlässigkeit macht sich die Universal-Bibliothek schuldig bei Aufnahme von Werken fremdländischer Autoren, unter denen die Franzosen vorzugsweise berücksichtigt sind. Da prangen vor allem die Vertreter der Demimonde-Poesie: Alexander Dumas jr. mit der „Kamelien-Dame“ und mit ihm weitestgehend in der Eberbach-Dramatik und Unzucht-Romanen „About, Angier, Sardon“ (S. 21.)

„Den antichristlichen Tendenzen eines Ebers, Dahn“... (S. 23.)

„Rein Wunder, daß die Leih-, Schüler- und selbst Strafanstalts-Bibliotheken nicht einwandfrei sind. Derartige Sammlungen sollten unter keinen Umständen Ablagerungsstätten für glaubensfeindliche und sittenverderbliche Subelwerke sein. (Es werden dann folgende erwähnt) „Der dreißigjährige Krieg in vier Erzählungen von Ferd. Schmidt, „Kaiser, König und Papst“ (Spomers Verlag), Zimmermanns Weltgeschichte, Ulrich von Hutten, der Streiter für deutsche Freiheit“ von Göhring (Leubner), D. Müllers Deutsche Geschichte, Deutsche Geschichte von Otto Rammek. (S. 24.)

Eine Ergänzung unserer Journale bilden die Wochenschriften, von denen die meisten gefährlich sind. Aus letzterer Kategorie führen wir den „Klabberadami“ an. Man braucht nur seinen Namen zu nennen, um an eine Lache von Schmutz und ätzendem Gift zu erinnern. Mit christlicher, orientalischer Gewandtheit. (S. 29.)

„Jbsens „Hedda Gabler“ zeigt eine solche Fülle gemeiner und verderbter Charaktere und einen solchen Unsinns in der höchst unwahrscheinlichen Handlung, daß man das Stück schon aus diesem Grunde verwerfen muß. Die abstoßenden Einzelheiten, die Vorderlust, die uns aus dem Ganzen entgegenweht, vermehrt noch den peinlichen Eindruck.“ (S. 33.)

„... anrüchige Stücke, insbesondere die „Hauenerle“ und „Kora“.“ (S. 34.)

„Im Prozeß des Familienmörders Konrad zu Berlin ist aktenmäßig festgestellt worden, daß auf seine unerhörte Lasterthat die Lektüre, von der er das Gute nicht begriff, das Schlimme und Einseitige aber in sich aufnahm, von entscheidendem Einfluß war. Und doch hat Konrads Lektüre sich auf Bücher beschränkt, von denen nur ein Teil eigentlich schlecht genannt werden darf; der größere Teil derselben gehört der klassischen Literatur an.“ (S. 39.)

„Manche Museen, Galerien, Kunst-Ausstellungen sind für unschuldige und ernste Gemüter überhaupt nicht mehr zugänglich. In den Kunsthandlungen sind die Kopien malerischer Kostbarkeiten zu finden neben den Werken des trassiesten Unplaudens. Ob die künstlerischen Darstellungen Situationen und Szenen aus der alten Geschichte und Mythologie oder aus modernen Opern und Dramen enthalten, es sind fast nur Darstellungen, für welche die Gesetze der Religion und Sittlichkeit keine Bedeutung mehr haben. Der Ruditäten-Anflug ist nicht nur ein schreiender geworden, er wird auch noch mit windigen Gründen zu rechtfertigen gesucht.“ (S. 68.)

„Das bayrische Kultusministerium des Freiherrn von Zuy empfahl seiner Zeit für Bibliotheken der Volks- und Präparandenschulen den bei O. Spamer in Leipzig erschienenen „Kosmos für die Jugend“ zur Anschaffung. Ein nicht geringer Teil der Illustrationen dieses Buches bot Ruditäten der unaufrichtigsten Art. Die christliche Bibellehre war in dem Buche gröblich verlegt und seine „Menschenkunde“ baute sich auf die Verwerfung der Berichte der heiligen Schrift auf. „Darwins Descendenztheorie“ war in dem Buch „eine streng wissenschaftlich begründete Wahrheit“ genannt... Bei der Schilderung der verschiedenen Gruppen des Menschengeschlechts werden in diesem für die Bibliotheken der Volks- und Präparandenschulen vom Kultusministerium empfohlenen Buch Dinge erzählt, daß man einen Zeissaden für Hebammen-Institute in den Händen zu haben glaubt. Die in den zweifelhafte Annoncen liberaler Blätter angeführten Schmudsbücher können nicht schändlicher sein, als dies ministeriell approbierte Buch für die Jugend.“ (S. 69.)

„Selbst die Umschlüge der Schulhefte konnte man bisweilen mit schamlosen und zweideutigen Bildern bedeckt finden, mit Karikaturen, welche den Ruditäten Kaulbach und Maleris die Seite gestellt werden können. Angeblich „klassische“ Terracotta-Figuren, welche gröblich den Anstand verlegen, werden an hervorragender Stelle im Erker aufgestellt, so daß die Vorübergehenden den Anblick kaum vermeiden können, und daß die Kinder auf dem Schulwege diese Figuren betrachten. Der Ungeheim ist derart, daß ehrende Versionen manche Sammlungen und gewisse Ornamente an Monumentalbauten nicht ansehen dürfen; und manche Straßen sind wegen der Propaganda der Unfittlichkeit ohnehin unpaffierbar.“ (S. 70.)

„Die glaubenslosen Proletarier werden eher Totschläger, Attentäter u. dergl., als Verehrer unserer Klassiker.“ (S. 92.)

„Unsere Bewunderung vor dem dichterischen Genius darf uns nicht verleiten, vor seinen moralischen Blüten die Augen zu verschließen.“ (S. 94.)

Wir wollen es mit diesen Proben kirchlicher Denkart einweisen genügen lassen. Man kann der lex Heinze dankbar sein, daß sie Gelegenheit giebt, in diese Unterwelt der modernen Kultur hineinzuweisen. Es soll dem Centrum, wenn es denn einmal die wertvollsten Erzeugnisse menschheitlicher Arbeit freizugewinnen mag, auch im ferneren Verlauf der Heinze-Kampagne nichts erspart bleiben.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Mai.

#### Der Reichstag

beschäftigte sich in seiner Freitagssitzung mit dem sogenannten Mantelgesetz, das die Einrichtung der Schiedsgerichte wie einen Mantel — daher der Name — um die gesamte Invaliden- und Unfallversicherung ausbreiten soll. Die Regierungsvorlage in der Fassung der Kommission atmet den reaktionären, einseitig kapitalistischen Geist, der die Reichsregierung und die kapitalistischen Parteien auszeichnet und der deutschen „Socialreform“ das Gepräge giebt. Alle Anträge, welche wir gestellt hatten, um eine Umgestaltung des Gesetzes im demokratischen Sinn und im Interesse der Arbeiter herbeizuführen, scheiterten an der ehernen Mauer des Kapitalisteneinigungs. Namentlich mißlang es uns, aus dem § 20 die Bestimmung herauszubekommen, daß die Berufsgenossenschaften „berechtigt“ sein sollen, den Arbeitsnachweis zu organisieren. Bei dem ungeheuren Einfluß der Berufsgenossenschaften, in welchen der deutsche Kapitalismus eine seiner wichtigsten Waffen für den Klassenkampf besitzt, wird aus der „Berechtigung“ ein Monopol werden.

Ueber die Wichtigkeit des Arbeitsnachweises braucht hier nicht geredet zu werden. Der Arbeitsnachweis in den Händen des Arbeitgebers bedeutet, wie Mollenbuhr sich ausgedrückt hat, die Gründung von „Organisationen zur Abregulierung der Arbeiter“. Es ist ein Angriff auf die Gewerkschaften, wie er nicht schlimmer gedacht werden kann. Und die socialdemokratische Fraktion sieht sich vor die Frage gestellt, ob sie, wenn bei der dritten Lesung die Bestimmung nicht fällt, überhaupt in der Lage ist, für das Gesetz stimmen zu können. Es wäre gut, wenn sofort aus Arbeiterkreisen und insbesondere von Seiten der Gewerkschaften nachdrücklich Protest erhoben würde, damit die Reichstags-Mehrheit sich über die Stimmung der deutschen Arbeiter keinen Täuschungen hingeben kann.

Herr Hipe, der Socialspecialist des Centrum, stimmte für die Auslieferung des Arbeitsnachweises an die Berufsgenossenschaften, nachdem er gegen unseren Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts in die Berufsorganisationen gestimmt und damit geholfen hatte, die Berufsorganisationen zu einseitigen Klauseinrichtungen zur Unterdrückung der Arbeiter zu machen. Nach der geistigen Haltung des Herrn Kaplans wird auch den katholischen Arbeitern, die am festesten an ihn glauben haben, die Erkenntnis aufdämmern, daß er auf dem Boden des Kapitalismus und im Lager der Arbeitgeber steht.

Die Beratung des Mantelgesetzes, in der die Genossen Stadthagen, Mollenbuhr und Fischer-Sachsen unsere Anträge verteidigten, nahm die ganze Sitzung bis 6 Uhr in Anspruch.

Vor Festsetzung der nächsten Tagesordnung brachte Singer die Zettelungen zur Sprache, die in parlamentarischen Winkelkonventionen gesponnen werden, und deren an anderer Stelle eingehende Erwähnung geschieht. Es handelt sich darum, die lex Heinze und das Fleischbeschau-Gesetz durch Ueberrumpelung vom Reichstag annehmen zu lassen. Da man Ueberrumpelungen nicht vorher öffentlich ankündigen darf, so hat man es nicht gewagt, den Senatorenkonvent, d. h. die ordnungsmäßige Konferenz der Vertrauensmänner zu berufen.

Leider war der Herr Präsident nicht anwesend, als Singer seine Anfrage stellte. Und der zweite Vicepräsident Schmidt wußte natürlich von nichts.

In der Sonnabendsitzung werden wir wohl mehr hören. Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. Zweite Beratung der noch übrigen Unfallgesetze. —

#### Das Herrenhaus

hat sich am Freitag wieder auf unbestimmte Zeit vertagt. Die überaus reichhaltige und hinfällige Tagesordnung, die in der letzten Sitzung erledigt wurde, ist ein Beweis dafür, daß die „Herren“ in Wirklichkeit die gebornen Gesetzgeber sind. Wir möchten es in Parlament auf der Welt lernen lernen, das im Stande ist, in wenigen Stunden ein so reichhaltiges Material zu bewältigen. Sie blasen die Gesetzvorlagen in die Luft wie Rauchringe. Agrarfragen, wie das Gesetz über die Gewährung von Zwischentredit bei Rentenrückzahlungen, Verkehrsfragen, wie die Sekundärbahnvorlage, Kulturfragen, wie die Regulierung der Weichsel — all das wird in einem einzigen Atemzuge erledigt, und daneben widmen die Herren noch einen Teil ihrer kostbaren Zeit der hochwichtigen Frage, wie man am besten den wilden Kaninchen den Garau machen kann, die angeblich die Land- und Forstwirtschaft so sehr schädigen. Nach dem Eifer, mit dem die Herren sich auf die Vertilgung der Kaninchen gelegt haben, muß man annehmen, daß diese Tiere fast eine noch gefährlichere Landplage sind, als die Socialdemokraten. Vielleicht gelingt es dem hohen Haus, das so oft ohne Erfolg die Socialistenentzückung betrieben hat, wenigstens in Bezug auf die Kaninchen sein Ziel zu erreichen.

Daß die edlen Herren bei so angestrengter Thätigkeit keine Mühe finden, die zahlreichen Petitionen, die noch auf der Tagesordnung standen, einer eingehenden Beratung zu unterziehen, ist leicht ersichtlich. Und doch scheinen die Leute, die sich von einer Petition an das Herrenhaus Erfolg versprechen, nicht alle zu werden. —

Die Geheimbünderei der Heinze- und Fleischbeschau-Männer zeigt immer schönere Blüten. In seinem Eifer für die lex Heinze geht das kirchlich-konservative Kartell gegen die Kunst so weit, daß der parlamentarische Feldzugsplan bezüglich dieser Gesetze

nicht von dem Seniorenkongress, sondern in einer Besprechung des Präsidenten mit einigen Vertretern der agrarisch-heinzischen Mehrheit verabredet worden ist.

Die Vertrauensmänner der ganzen linken Seite — mit Ausnahme der nationalliberalen Fraktion, die man großmütig zuließ — waren von dieser Besprechung ausgeschlossen, deren Resultat in dem Beschluß gipfelt, das Fleischbeschau-Gesetz — nach dem vereinbarten Kompromiß — und die lex Heinze vor der zweiten Beratung der Flottenvorlage unter Dach und Fach zu bringen. Die Parole lautet also: Erst lex Heinze und Fleischbeschau — dann Flotte! Die nationale Wasserpolitik des Centrums wird von der lex Heinze abhängig gemacht. Der Präsident soll übrigens in Unger Beurteilung der Situation seinen Freunden abgeraten haben, auf der Verhandlung der lex Heinze zu bestehen. Aber die schwarze Brigade besteht auf ihrem Schein: Ohne lex Heinze keine Flotte! Die nächsten Wochen werden zeigen, wer Recht behält, der Präsident oder die lex Heinze-Schwärmer.

Charakteristisch ist der Umstand, daß die Auswahl der Teilnehmer an der Besprechung, unter Umgehung des Seniorenkongresses, von dem Präsidenten unter dem Gesichtspunkt der Obstruktion vorgenommen worden ist. Die Vertreter der socialdemokratischen und der drei freisinnigen Fraktionen wurden von der Mitwirkung an den geschäftlichen Dispositionen ausgeschlossen.

Abgeordneter Singer brachte diese Angelegenheit bereits am Schluß der heutigen Reichstags-Sitzung zur Sprache. Vizepräsident Schmidt teilte unter Heiterkeit des Hauses mit, daß auch ihm nichts bekannt sei von den Verhandlungen, die der erste Präsident mit Mitgliedern des Hauses gepflogen habe.

Die „Germania“ bestätigt mittlerweile, daß das Centrum die lex Heinze an Bord der Flotte in Hasen bringen will:

„Die zweite Beratung der Flottenvorlage steht damit (mit der lex Heinze) nur insoweit in einem rein zeitlichen, nicht sachlichen Zusammenhang, als darauf gerechnet werden kann und von den Mehrheitsparteien darauf gerechnet werden muß, daß die Mitglieder der Mehrheitsparteien vollzählig im Reichstag anwesend sein werden, wenn sie wissen, daß in unmittelbarer Aufeinanderfolge die lex Heinze und die Flottenvorlage zur Entscheidung gebracht werden sollen. Es ist ein gerade der liberalen Auffassung vom Parlamentarismus durchaus widersprechender und unparlamentarischer Zustand, daß es einer parlamentarischen Minorität gelingen kann, durch Obstruktion die Majorität nicht nur zu unterdrücken, sondern offen zu verhöhnen. Das darf sich nicht mehr wiederholen. Die Mitglieder der Mehrheitsparteien sind es der von ihnen vertretenen Sache wie ihrer eigenen Ehre schuldig, die Obstruktion der Minderheit mit allen geschäftlich-ordnungsmäßig zulässigen Mitteln nicht zu einer Vergewaltigung der Mehrheit auszuwaschen zu lassen.“

Die „Germania“ bemerkt, daß das Interesse ihrer eignen Parteigänger für die lex Heinze nicht groß genug ist, um ohne die Verloppelung mit dem Flottengesetz eine beschlußfähige Heinze-Majorität zu erzielen. Sie hofft, daß es ihrer Partei mit Hilfe der Wasserpolizei gelingen werde, ihre künftigen Pläne durchzuführen. Das Geschimpfe des Centrums-Platts von „Vergewaltigung der Mehrheit“ und dergleichen befindet nur den Groll der Centrums-Dummköpfe, daß ihre Hebermacht im Reichstag vor der Linken kapitulieren mußte. Der Centrums-groll würde sich mit mehr Berechtigung gegen die Abgeordneten der eignen Partei richten, welche durch ihr Fernbleiben die Beschlußfähigkeit des Hauses bewirkten. Die Linke wird sicherlich darauf beharren, daß das unfaubere Heinze-Gesetz nur zu Stande kommt, wenn seine Befürworter in genügender Zahl erscheinen. Obneben wird das Centrum weder „mit allen geschäftlich-ordnungsmäßig zulässigen Mitteln“ noch durch Benutzung der Flotten-Schwimmblasen an das Ziel seiner Heinze-Wünsche gelangen.

### Die Gärung in Spanien

nimmt immer bedenklichere Formen an. In einer ganzen Reihe von Städten ist es zu ernsthaften Zusammenstößen gekommen. Wenn es auch Polizei und Militär gelingen wird, die Unruhen auch diesmal zu unterdrücken, so wird es doch zu keinem Frieden kommen, die Gärung wird sich bei der ersten günstigen Gelegenheit wieder in Steuerverweigerungen und Straßenrebellien Luft machen.

Die sociale und politische Zerrüttung des Landes läßt keinen dauernden Frieden aufkommen. Der Krieg mit Amerika, dem der lange Guerillakrieg auf Kuba und den Philippinen vorausging, hat Spanien tiefe Wunden geschlagen und seine ohnehin trostlosen Finanzverhältnisse noch trostloser gemacht. Oder ist es nicht ein trostloser Zustand, daß die Verzinsung der Staatsschuld allein fast die Hälfte sämtlicher Staatseinnahmen verschlingt? Namentlich wenn in Etat außerdem noch die Ausgaben für Pensionen, stehendes Heer und Marine noch mit ca. 20 Millionen Pesetas figurieren, d. h. die Hälfte der übrig bleibenden Hälfte der Staatseinnahmen verschlingen. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen die Einnahmen nicht ausreichen und die Regierung neue Steuerquellen zu erschließen sucht. Umsonst, da das Stabilität der thronierten Ehrezeit hegt, das Heer zu reorganisieren und die vernichtete Marine durch Neubauten wieder in die Höhe zu bringen.

Während dergestalt die Steuerkraft rücksichtslos angepöppelt werden soll, ist der Nationalwohlstand nichts weniger als gewachsen. Handel und Industrie haben sich nicht entwickelt, Einfuhr und Ausfuhr sind seit mehr als einem Jahrzehnt stationär geblieben. Auch ist nicht abzusehen, wie bei dem gegenwärtigen Regierungssystem die wirtschaftliche Stagnation einem Aufschwung weichen sollte.

Die gegenwärtigen Unruhen tragen denn auch das Charakteristische, daß sie nicht vom Proletariat, sondern von der Bourgeoisie inszeniert worden sind. Namentlich die Handelskammern haben sich wie schon im vorigen, so auch in diesem Jahre an der Organisation des Widerstands gegen das herrschende System beteiligt. Die Schließung der Läden, Cafés, Theater etc., ist diesmal in Madrid und zahlreichen andern Städten noch in größerem Umfang durchgeführt worden, als im vorigen Jahre. Die öffentlichen Demonstrationen fanden zuerst im Theater, dann auf der Straße statt, und zwar in einer Weise, daß bereits Blut geflossen ist.

Die Regierung hat vorläufig noch keine Absicht bekundet, nachzugeben. Sie hofft noch, wie im vorigen Jahre, den Widerstand durch Unnachgiebigkeit und die bewaffnete Gewalt zu unterdrücken. Vielleicht wird sie sich schließlich doch zu kleinen Konzessionen in der Steuerpolitik verstehen. In geordneten Verhältnissen wird sich Spanien indessen erst nach einem langwierigen socialen Entwicklungsprozeß durchringen können, dessen Dauer einzuweisen noch gar nicht abzusehen ist. Gegenwärtig liegt nur alles im Ärgern. Noch ist die Zahl der parasitischen Elemente, der Waffen und Halbgoes, Legion. Noch bestehen 70 Proz. der Bevölkerung aus Analphabeten. Noch kündigt sich kein Umwandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse an. Erst nach dem Sieg der durch die Entwicklung der Industrie wenigstens zur wirtschaftlichen Herrschaft gelangten Bourgeoisie könnte aber erfahrungsgemäß auch die proletarische Massenbewegung kulturellen und politischen Einfluß gewinnen.

### Deutsches Reich.

**Arbeitsplan der Parlamente.** Eine parlamentarische Korrespondenz meldet:

In unterrichteten Kreisen gilt es jetzt als sicher, daß die Session sowohl im Reichstag als im Landtag über Pfingsten hinaus, bis Ende Juni, sich erstrecken wird.

Die Regierung legt Wert darauf, daß außer dem Flottengesetz, die Unfallversicherungs-Gesetze, das Reichs-Scandengeld und das Münzgesetz erledigt werden. Ob außerdem das Fleischbeschaugesetz und die lex Heinze, sowie die Novelle zur Gewerbe-Ordnung noch zur Beratung gestellt werden, ist noch immer nicht entschieden. Als erwünscht wird es bezeichnet, auch die Seemannsordnung noch zu verabschieden, deren erste Lesung die Kommission allerdings noch nicht beendet hat. — Im Abgeordnetenhaus wird die Kommission für das schlesische Hochwassergesetz heute die erste Beratung zum Abschluß bringen, um Mitte nächster Woche in die zweite Beratung der Vorlage einzutreten. Sodann ist der schriftliche Bericht anzustellen. Das Plenum könnte frühestens unmittelbar vor Pfingsten das Gesetz in zweiter und dritter Lesung erledigen, das Herrenhaus also nicht eher als bis nach den Pfingstferien in die Beratung des Gesetzes, selbstverständlich zunächst eine kommissarische, eintreten. Auf die Verabschiedung gerade dieser Vorlage wird aber von der Regierung und von den Abgeordneten besonderer Wert gelegt. Heute wird im Abgeordnetenhaus der Bericht über das Warenhaussteuer-Gesetz festgestellt, das im Plenum voranschreitend noch lebhaftere Debatten entfesseln wird. Auch diese Vorlage dürfte, wenn auch die Kommission des Herrenhauses bereits gewählt sind, dort im Plenum spätestens vor Pfingsten nach an die Reihe kommen. Das Abgeordnetenhaus nimmt zunächst am Dienstag, 15. Mai, seine Plenarsitzungen wieder auf. Auf der Tagesordnung stehen außer kleineren Vorlagen die Interpellation Hirsch wegen Verhandlung des Remeler Hafens, sowie der Antrag Mendel-Steinfeld wegen der ländlichen Arbeiternot.

**Reichstagen-Gesetz.** In der 24. Kommission des Reichstags wurde am Freitag die zweite Lesung des Reichstagen-Gesetzes erledigt. Gegen die Beschlüsse erster Lesung wurden nur unwesentliche Änderungen vorgenommen. Folgende Resolution wird dem Plenum unterbreitet: „Den Herren Reichstagslang zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen baldigst für das ganze Reichsgebiet eine allgemeine obligatorische Zeichnung an vorgeschrieben wird.“

**Fort mit der Freizügigkeit!** Das alte Rezept wider die Landflucht der ländlichen Arbeiter, bestehend in der Aufhebung der Freizügigkeit, wird von der „Deutschen Tageszeitung“ wieder einmal in Vorschlag gebracht. Ein andres Mittel zur Beseitigung der Rentennot gäbe es nicht. Die armen Rentleider könnten keine höheren Löhne zahlen. Außerdem veränderte auch höhere Löhne die Landarbeiter, die einmal einen Einblick in die paradiesische Lebensweise der industriellen Arbeiter gewonnen hätten, nicht aus plattes Land zu weichen, weshalb es denn den Junkern nicht zu verargen ist, daß sie gar nicht erst einmal den Versuch mit Zahlung höherer Löhne machen. Auch der Import der ausländischen Arbeiter sei nur ein Palliativmittel — darum fort mit der Freizügigkeit!

Wenn man freilich von der Beschränkung der Freizügigkeit spreche, so sehe man sich heftigeren Angriffen aus, als durch eine Gotteslästerung.

„Dabei haben wir nicht einmal unbeschränkte Freizügigkeit; denn die allgemeine Schulpflicht ist sicher eine Beschränkung der Freizügigkeit, welche bei uns ungefähr bis zum vollendeten 14. Lebensjahre dauert.“

Dieser Schulzwang ist aus der Volksüberzeugung hervorgegangen, daß die Kinder ein Mindestmaß von Schulkenntnis, also hauptsächlich im Lesen, Schreiben und Rechnen, besitzen müssen, ehe sie in das Gewerbetreiben treten. Betrachtet man aber die liberal hervortretende sittliche Verwilderung des Volks, das Anwachsen der Hehlerverbände, die steigende Zahl der jugendlichen Verbrecher, dann muß man zu der Einsicht kommen, daß wir noch viel nötiger ein Mindestmaß von Erziehung brauchen; — das kann man aber nicht mit dem Abschluß der Volksschulbildung, sondern höchstens beim 18. Lebensjahre als vorhanden ansetzen.“

Wie bescheiden, die Abschaffung der Freizügigkeit nur für junge Landproleten bis zum Alter von 18 Jahren zu verlangen. Es wäre dann aber wenigstens gut, wenn man die Landjugend nicht erst vom 14. Jahre ab den Junkern zur „Erziehung“ übergäbe, sondern bereits vom dritten oder vierten Jahre ab. Wenn die Landproleten erstlich an die Schule gefesselt werden sollen, was braucht es da erst noch des Schulunterrichts? 1890 anzerte ja schon Herr v. Puttkamer-Selin: „Die Kinder haben zum Kartoffel sammeln immer übergenug gelernt.“ Warum sollen sie da außer dem Kartoffel sammeln überhaupt etwas lernen? —

### Finanzielle Schwierigkeiten.

Aus Dresden wird uns berichtet: Auch unser Sachsen hat seine brennende „Ledungsfrage“. Der Landtag hat von außerordentlichen Etat über 20 Mill. abgelehnt, gleichwohl bleibt noch ein Bedürfnis von 98 Mill. übrig, so daß unter Berücksichtigung der Rückverläufe eine neue **Aulücke** von 110 Mill. aufgenommen werden muß. Schon längst ist die Balancierung des Etats nur dadurch herbeizuführen gewesen, daß man Forderungen, die in den ordentlichen Etat gehören, in den außerordentlichen Etat eingeschoben hat. Zahlreiche dringliche Ausgaben sind zurückgestellt oder eingeschränkt. Die Beamten werden ungenügend, weil sie mit den eröffneten Wohnungsgeldzuschüssen abermals vertrieben worden sind, und geben ihrem Mißfallen durch unhöfliche Briefe an den Kammerpräsidenten Ausdruck. Woher soll aber der Landtag die für die Wohnungsgeldzuschüsse erforderlichen 6 Millionen nehmen? Die Staatskassen sind ja alle leer und vor den allgemeinen Zuschlägen zur Einkommensteuer fürchtet man sich. Die Situation ist also höchst unbehaglich.

Die Regierung, die diese Dinge kommen sah, brachte im vorigen Landtag eine Steuerreform ein, die sich vorzugsweise auf die Vermögensteuer stützte, dem aber ihre schönen Projekte von den Konservativen zertrümmert vor die Füße geworfen. Sie steht jetzt die Hände in die Hosentaschen und läßt die Dinge gehen; durch Pump und Zuschläge zur Einkommensteuer ist allemal Geld zu beschaffen. Da hat sich kurz vor Schluß der Session der Landtag zu einer entscheidenden Tat aufgerafft. Dr. Mehnert und Georgi, die Führer der Konservativen und der Nationalliberalen, bieten der Regierung neue Steuern an, die 6-7 Millionen bringen und das Staatsdefizit wieder flott machen sollen. Bei der Einkommensteuer soll die Progression von 4 auf 5 Proz. erhöht werden und die Veranlagung mit 3 Proz. tiefer als bisher einleiten. Zugleich soll eine Vermögenssteuer auf das „bewegliche“ Vermögen gelegt werden. Von einer Kapitalrentensteuer wollen die Antragsteller absehen, da sie zu wenig abwerfe. Dagegen sollen die Gemeinden zur Erhebung einer Gewerbesteuer verpflichtet werden, damit sie die Einkommensteuer und die künftige Vermögenssteuer nicht zu sehr mit Zuschlägen belasten und dadurch dem Staat das Geschäft verderben.

Das Ganze ist ein Kompromiß zwischen den Konservativen und Nationalliberalen, das nur mit Ach und Krach zu Stande gekommen ist. Besonders hart wurde die Gewerbesteuer von den Bürgermeistern und Gemeindevorständen des Hauses bekämpft, aber Georgi hielt schließend seine Hände über die Kompromißgeburt, und so wurden die Vorschläge schließlich in namentlicher Abstimmung mit 64 gegen 6 Stimmen angenommen. Der Finanzminister nahm das Steuerbouquet nicht persönlich in Empfang, aber sein „junger Mann“ war da. Derselbe roch daran und — rümpfte bedenklich die Nase. Er machte auf eine ganze Reihe von Schwierigkeiten aufmerksam und ließ unverbürgt durchblicken, daß das ganze Steuerbouquet eine ziemlich lächerliche Arbeit sei. Aber als hülfslos sagte er zu, daß die Regierung gern bereit sei, die Vorschläge in Erwägung zu nehmen und zu sehen, ob sich ein befriedigendes Gesetz daraus gestalten lasse, falls ein diesbezüglicher ständischer Beschluß an sie gelangt. Hier steht der Pferdesch, denn zwei Tage vor Schluß des Landtags ist eine Beratung in der ersten Kammer nicht mehr möglich, und damit fällt die Voraussetzung eines ständischen Beschlusses. Wahrscheinlich wird die Regierung den Herren Dr. Mehnert und Georgi ihre Steuerprojekte jetzt eben so vor die Füße, wie diese es einst mit den Projekten der Regierung getan haben. Aber was dann?

**Ein Professorenstreik,** der auch eines gewissen politischen Interesses nicht entbehrt, ist zwischen zwei Gelehrten der Universität Heidelberg ausgebrochen. Seine Ursache ist auf eine Forderung zurückzuführen, die der Hofrat Dr. Othoff, Professor der Pflanzlogie in der schönen Muenstadt am Neckar, ein eifriger Freisinnsmann, auf dem vor etwa 14 Tagen zu Offenburg stattgehabten Parteitag der badischen Volkspartei gethan hat. In der Debatte über die Stellungnahme des demokratischen Landtags-Abgeordneten Heimbürger zu den Wünschen des orthodoxen Protestantismus in Baden äußerte nämlich Prof. Othoff, man habe seiner Zeit von einem Mitglied der naturwissenschaftlich-mathematischen Fakultät der Heidelberger Hochschule (protitisch) gesagt, „er fürchte nur Gott nicht, sonst alles in der Welt“. Durch diese Aeußerung läßt sich der Geheime Rat Professor Königsberger betreffen und machte seinem Kollegen hierwegen auch sofort auf schriftlichem Wege ernstliche Vorstellungen. Professor Othoff bedauerte, wie der „Straßb. Post“ berichtet wird, in seinem Antwortschreiben auf das lebhafteste, Herrn Königsberger durch jene in der Hitze der Debatte gesprochenen Worte verletzt zu haben, und erklärte sich zur öffentlichen Zurücknahme seiner Aeußerung bereit. Nach weiterem Briefwechsel gab sich Prof. Königsberger mit diesem Anerbieten unter der Bedingung zufrieden, daß die Zurücknahme bis zum 7. Mai früh in der „Frank. Ztg.“ erfolge, die auch dem die beleidigende Wendung enthaltenden Verhandlungsbericht Raum gegeben hätte. Infolgeirgendwelcher Hindernisse erfuhr die Othoff'sche Erklärung jedoch um einen Tag verspätet, was zur Folge hatte, daß Prof. Königsberger inzwischen die ganze Zwischenzeit mit seinem Kollegen Othoff gepflogene Korrespondenz durch Abdruck in einer Heidelberger Tageszeitung der Öffentlichkeit übergab. Welchen Ausgang nunmehr der Streit der beiden gelehrten Herren nehmen wird, bleibt abzuwarten.

**Die sächsische Volkspartei** demagogisch liberalisiert zuehend. Jüngst stimmten Angehörige der Partei begeistert in die Flottenhymne ein. Jetzt hat sich eins ihrer Mitglieder, ein Dr. Heimbürger, lebhaft für — Getreidezölle anzuwenden und, was noch viel bedeutsamer, das führende Organ der Volkspartei in Württemberg, der Stuttgarter „Beobachter“ hält den jahyenden Schild über den Getreidezollschwärmer:

„Auf dem Parteitag der Volkspartei in Baden hat unser Freund Dr. Heimbürger zu treffende Worte zur Agrarfrage gesprochen. Sie haben in der Presse vielfach Beachtung gefunden, und die Gegner glauben, etwas neues darin entdeckt zu haben. Als ob es nicht ein alter demokratischer Grundsatz wäre, daß da, wo die Selbsthilfe nicht anreicht, Staatshilfe einzutreten hat; und als ob es nicht selbstverständlich wäre, daß dieser Grundsatz für die Landwirtschaft keine Ausnahme weniger gilt, als für andere Berufsstände. Oder will das Aufzergewöhnliche darin entdeckt werden, daß Heimbürger sagt: Eine gewisse Zahl (Johöhe) wie 3,5 oder 2 oder 4 M. kann man nicht als feststehende heilige Zahl betrachten? Es wird noch keinen Demokraten eingefallen sein, 3 M. den 3/4 Mark-Zoll für ein unveränderbares Evangelium zu erklären. Man weiß heute schon fast sicher, daß die nächsten Handelsverträge eine Getreidezollveränderung bringen werden. Es wird aber doch niemandem einfallen, glauben zu wollen, daß aus principieller Festhaltung gerade am 3/4 M.-Zoll irgend ein Handelsvertragsstreich die Handelsverträge verwerfen wird. Es ist daher recht naiv, zu meinen, die „Gesinnungsmäßigkeit“ eines Demokraten werde dadurch beeinträchtigt, daß er nicht gerade an die Heiligkeit und Unverletzbarkeit des 3/4 M.-Zolls, der auch nicht programmatisch ist, glaubt.“

Schiller sprach die sächsische Volkspartei von Staatshilfe für die Schwachen. Jetzt ist die Lösung: Staatshilfe behufs Arbeiteranhängerung!

**Bei der Landtags-Ordnungswahl** im Wahlkreis Bismarck (Sachsen-Meiningen) erhielt Behder-Someberg (Soz.) 400, Arng (Bauernbund) 378, Häufiger (unparteiisch) 338, Otto (fr.) 248 Stimmen. Einige kleine Orte fehlen. Es wird Stichwahl zwischen dem Socialdemokraten und dem Bauernbündler stattfinden.

**Stuttgart, 10. Mai.** (Sig. Ver.) Der württembergische Landtag steht jetzt unter dem Zeichen der nächsten Auflösung und kommenden Neuwahlen. Nachdem das große Reformwerk gescheitert, wird um so eifriger Arbeit geleistet, damit man den Wählern bei der Wahltagung wenigstens etwas zeigen kann. Eine der gehähtesten Steuern in Württemberg, deren Aufhebung oder Abänderung bei den letzten Wahlen alle Parteien versprochen hatten, die sogenannte Umgeldsteuer, ist nun glücklich, ein wenig neu angepöppelt, beibehalten worden, und die Regierung hat ausdrücklich erklärt, daß sie in die Abschaffung der dreifachen Härten des Gesetzes nur aus dem Grund einwilligt, weil sie damit die Frage der Beseitigung des Umgelds und der politischen Diskussion verschwinden lassen wolle. Das Umgeld ist eine Getränkesteuer, eine Wirtschaftsabgabe an Obstmoß und Wein, welche von den Wirten in der Weise erhoben wird, daß der Wirt mit der Steuerbehörde seinen Umsatz verallortet. Die Steuer hat den Effekt, den Wein ohne Unterscheid der Qualität mit 11 Pf., den Obstmoß mit durchschnittlich 2 Pf. pro Liter zu belasten, jedoch nur der Wein und der Obst, der in Wirtschaften getrunken wird, während die Getränke, welche der wohlhabende Wein- und Obsttrinker in den Keller legt, steuerfrei bleiben. Die Volkspartei und der socialdemokratische Vertreter hatten einen Antrag auf Abschaffung des Umgelds eingebracht mit der Motivierung, die Hälfte der Steuer durch eine Erhöhung der Ertragssteuern der Einkommensteuer, die andre Hälfte durch eine Gewerbesteuer für Wirte abzulösen. Die Steuer hat einen Ertrag von ca. 2 Millionen. Mit der Vertagung der Steuerreform entfiel der Antrag von selbst und es blieb nur noch eine Abänderung einzelner Bestimmungen im Rahmen des Gesetzes, welche hauptsächlich die Erhebung betreffen und den Schankwirten zu gute kommen.

Gestern beriet die Kammer über die Einführung eines Centrumsantrags, betreffend die Versicherung mit Staatsunterstützung. Die Kommission hatte vorgeschlagen, die Regierung um den Entwurf einer Versicherung mit Staatsunterstützung nach bayerischem Muster zu ersuchen. Gegen diesen Antrag hatte die Volkspartei Bedenken, weil die Verwaltungskosten zu hoch werden könnten, und so nahm der Landtag unter Ablehnung des Kommissionsantrags einstimmig den vollenparteilichen Antrag an, der lediglich die Subventionierung der bestehenden Orts-Versicherungsvereine durch den Staat wünscht. Eine Centralisation nach bayerischem Muster fand keine Gnade vor den Augen des Landtags.

Auch eine **Warenhaussteuer-Debatte** hatten wir heute im Landtag anlässlich einer Petition des „Sängervereins für Handel und Gewerbe“ um Erlass einer solchen Steuer. Die Regierung erhob durch Staatsminister Fißel schwere Bedenken gegen eine solche Steuer, die eine Steuer auf billigen Einkauf und rationellen Betrieb sei. Höchstens könne den Gemeinden das Recht gegeben werden, die Warenhaussteuer bis zu einer gewissen Grenze selbständig zur Besteuerung heranzuziehen. Alle bürgerlichen Parteien beteiligten sich um die Wette an der Mittelstandsretterei. Volkspartei, Centrum, deutsche Partei und Konservative verlangten einstimmig eine Warenhaussteuer zum Schutze des gewerblichen Mittelstands. Nur der Vertreter der Socialdemokratie, Ag. Aloh, trat dem demagogischen Schwund entgegen und begründete seinen Standpunkt damit, daß er die Wirkung eines derartigen Gesetzes für den Schutze des Mittelstands beschränkt und die Konzentration der Betriebe als ein immanentes Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise eingehend nachwies und mit drassischen Beispielen aus allerwärts Nähe belegte. Die Debatte über die Warenhaussteuer wird morgen fortgesetzt.

**Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Am Donnerstag verhandelte die Eifener Strafkammer gegen den aus Berlin gebürtigen Klemper Gustav Müller wegen Majestätsbeleidigung. Die beleidigende Aeußerung, die sich gegen die Person Wilhelm II. richtete, ist im Kreise von Bekannten des Angeklagten gefallen. Die Ver-

Handlungen wurden unter Aufsicht der Deffentlichkeit geführt. Das Urteil lautete auf 3 Monate Gefängnis.

Die Rheinische Zeitung, welche wegen Majestätsbeleidigung, deren er sich am Abend vor Kaisergeburtstag zu Oberhausen in einer Wirtschaft schuldig gemacht haben soll, wurde von der Strafkammer zu Köln der früheren Lehrers, jetzige Kommissar und Handlungsreisende Joseph Wüthler aus Oberhausen bei verhängenen Führen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

### Des Grafen Selbstverteidigung.

Der edle Graf Pückler-Alcin-Zichirne ist, wie bereits gemeldet, von dem Bezirksauswahlgang in Glogau unwürdig seines Amtes befunden worden und seines Postens als Amtsvorsteher entsetzt worden. Damit verliert Preußen seinen originellsten Amtsvorsteher, und es ist bedauerlich, daß der Bezirksauswahlgang so wenig Verständnis für den Humor des Grafen gezeigt hat. Warum soll Graf Pückler nicht weiter in strenger Bildersprache Bildung und Aufklärung verbreiten?

Das hat der Graf Pückler auch selbst vorwurfsvoll gefragt, als er in der folgenden großartigen Verteidigungsrede seines Wesens Wollen und Streben enthüllte. Diese Rede aber lautete, der „Staatsbürger-Zeitung“, diesem „Reichs-Anzeiger“ von Klein-Zichirne zufolge, so:

„Zunächst, meine Herren, bemerke ich, daß ich mich in meinem Leben stets so benommen habe, wie es sich ziemt für einen königlich preussischen Amtsvorsteher und für einen preussischen Edelmann, und ich möchte doch denjenigen sehen, der es wagen sollte, mir irgend eine unehrenhafte Handlung vorzuwerfen; dem Manne würde ich im Gesicht Handlung mit der Schärfe meines guten Schwertes und würde ihm beweisen, was es heißt, mich ungerecht zu beleidigen. Heutzutage aber werden verständige Leute vor den Kopf gestochen. Wenn die Regierung so weiter fortfährt, dann wird allerdings bald der Zusammenbruch erfolgen, die Katastrophe und das Bedeule und dann werden die Herren Minister, die Herren Präsidenten und Oberpräsidenten, die Geheimen Räte und alle die Herren vom Grünen Tisch, die werden dann zuerst zu Grunde gehen.“

„Man hat mir vorgeworfen, ich habe durch meine Reiterfeste, die ich mit den Bauern der Umgegend von Zeit zu Zeit veranstaltete, die Würde des Amtsvorstehers verletzt. Nun, meine Herren, ich bin allerdings mitunter bei Morgengrauen, wenn die andern Leute noch in den Federn lagen, mit Trompetengeschmetter durch die Dörfer geritten; da ist die ganze demokratische Presse über mich hergefallen, weil sie unfähig war zu verstehen, was ich mit diesem Mitt beabsichtigte; ich hatte damit einen ersten sozialen Zweck im Auge; ich wollte die Bauern etwas anrütteln aus ihrem kolossalen Stumpfsein und wollte sie durch Reiterfeste entmenslichen und begeistern. Die preussischen Edelleute haben die heilige Verpflichtung uns zu kümmern um die Leute; wir müssen die Massen wieder sammeln um unsre alten und berühmten Fasnähen; denn wenn wir dies nicht thun, dann kommen die freisinnigen und demokratischen Heger, welche den Leuten den größten Nutzen verreden, und dann geht sie auf, die häßliche und giftige Saat, wie Sie ja alle sehen können hier im Glogauer Kreise; denn nirgends in ganz Ostpreußen haben wir so verkommen, so trostlos und so jammervolle politische und soziale Verhältnisse wie hier; warum? weil die Judenbande in der hiesigen Gegend regiert, und weil ein großer Teil des Kreises diesem Gesindel nachläßt, anstatt energisch Front dagegen zu machen; hier muß mit eiserner Faust dazwischengeschlagen werden, sonst kommen wir nicht heraus aus dieser jüdischen Jammerwirtschaft.“

„Ich bin ferner angeklagt, durch meine antijüdischen Reden die Würde des Amtsvorstehers verletzt zu haben; ich wünschte mir, meine Herren, daß jeder Amtsvorsteher seine Pflicht so erfüllen würde, wie ich, und überall so energisch für Deutschtum, Christentum und Vaterland eintrete, dann würden wir bald bessere soziale Zustände im Lande haben, als jetzt, und brauchen uns nicht herumzuarbeiten mit einem fremden, hergebrachten Volk. Ich habe mir durch meine politische Thätigkeit schon die größten Unannehmlichkeiten zugezogen; ich habe zweimal vor Gericht gestanden, ich bin zweimal angeklagt und zweimal freigesprochen worden. Nehmen Sie sich ein Beispiel, meine Herren, an jenen schneidigen Richterkollegen; das waren Männer, die das Herz auf dem richtigen Fleck hatten und die ihre Volksgenossen nicht im Stich ließen in schwerer Stunde. Aber auch von ihnen erwarte ich heute, daß Sie sich als rechte Männer, als wahre Christen, als wahre Patrioten zeigen und ein freisprechendes Urteil fällen werden; denn Sie sind ja Menschen, die menschlich fühlen und ein Gewissen in der Brust haben, das Ihnen laut und vernünftig sagen wird, daß diese ganze Anklage haltlos und ungerechtfertigt ist. Sollten Sie jedoch dennoch zu einem verurteilenden Erkenntnis gelangen, dann werden Sie es an sich selbst erfahren, was es heißt, unschuldige Leute zu verurteilen.“

„Trotz dieser Rede ist der edle Graf verurteilt worden, und zwar von seinen eigenen Standesgenossen. Er wird nun seine Reiterfeste als Privatmann ausüben müssen; aber er mag sich vor dem Groben- und Paragrafen in acht nehmen. Daß dieser Mann, auf dessen geistiger Verfassung sich kein Zweifel bestehen kann, als Führer von den Antisemiten beschlagener wird — kennzeichnet diese Partei.“

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Die studentischen Krawalle von 9. Mai haben sich am Vormittag des 10. Mai wiederholt. Wieder war das Vestibule der Universität zum Kampfplatz ausgerufen worden. Als die Mitglieder dreier internationaler Studentenverbindungen in Contour erschienen, war das für die deutsch-nationalen Studenten das Zeichen zum Angriff. Vergebens suchten die Bedeute die Angreifenden von ihren Opfern zu trennen. Die liberalen Studenten wurden zum Thore hinausgedrängt. Zwei deutsch-nationale Studenten wurden dem Rektorat vorgeführt. Der Rektor verbot bis auf weiteres das Aushängen und bedrohte künftige Unruhestifter mit den schärfsten Maßregeln. Nachmittags wiederholten sich die Exzesse. Deutsch-nationale wie liberale Studenten versuchten in geschlossener Kolonne ins Parlament einzudringen. Es kam zu heftigen Krawallen mit der Polizei, die schließlich das Eindringen der beiden feindlichen Haufen nicht verhindern konnte.

Nach lebhaftem Debattieren zwischen Studenten und Wählern wurde vier Studenten gestattet, in das Parlamentsgebäude einzutreten. Die vier Studenten begaben sich zum christlich-sozialen Reichsrats-Abgeordneten Dr. Weidmann und verhielten ihm über die heutigen Vorgänge an der Universität.

Die Herren Studenten werden wegen ihres thätlichen Widerstands gegen die Polizei schuldigstenfalls mit ein paar Tagen Kerker davonkommen, während die Warschauer Arbeiter wegen ganz derselben Vergehen mit lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien bestraft und ihre österreichischen Brüder in ähnlichen Fällen schon zu schweren Kerkerstrafen verurteilt wurden!

### England.

London, 11. Mai. Unterhaus. Unterstaatssekretär Brodric teilt mit, daß wegen des Angriffs chinesischer Dorfbewohner auf die britische Kommission, welche die Grenze des Gebietes von Weihaiwei reguliert, die chinesischen Mitglieder der Kommission gewünscht hätten, die Fortsetzung der Grenzregulierungsarbeiten hinauszuschieben, der Leiter der britischen Kommission sei aber angewiesen worden, die Arbeiten fortzusetzen, gleichviel ob die chinesischen Kommissare sich daran weiter beteiligen oder nicht. Dem britischen ersten Kommissar seien Verhärzungen gefandt worden, und er habe gestern gemeldet, daß die Lage im allgemeinen beruhigend sei.

## Spanien.

Ueber die Unruhen in Spanien bringt folgendes Telegramm des „Wolffschen Depeschenbureaus“ neuere Mitteilungen: Madrid, 10. Mai. In Madrid, Valladolid, Burgos und Saragossa wurden heute mittig die Läden geschlossen. — Im Laufe des Ministerrats erklärte Ministerpräsident Silvela in Bezug auf die Schließung der Läden, die Regierung achte alle politischen Meinungen, werde aber die Ordnung energisch aufrecht erhalten. In Bezug auf die Unruhen in Barcelona erklärte der Ministerpräsident, dieselben seien das Werk einer ledigen Minorität. Gerüchtwiese verlautet, eine amtliche Depesche melde, daß in Valencia erste Unruhen ausgedrohen seien.

Dieses Telegramm erhielt durch eine Privatdepesche der „Voss. Ztg.“ folgende Ergänzung:

Madrid, 11. Mai. Der gestrige Schluß der Geschäfte in ganz Spanien war fast überall, besonders aber in Madrid, Valencia und Sevilla, von Tumulten begleitet, wobei Gendarmen durch Steinwürfe verletzt, Aufrührer verwundet und verhaftet wurden. In Valencia wurde ein Mann getötet. In Barcelona ging's noch bedenklicher her. Ein förmlicher Straßenkampf fand statt. In einem südlichen Vorort wurden Barrikaden gebaut. Die Aufrührer schossen auf die heranrückende Gendarmerie. Viele mußte durch Schrapnell und Mörser verhalet werden zur Einnahme der Barrikaden. Viele Aufrührer wurden getötet, die ganze Straße war blutig getränkt. Bestimmte Angaben stehen noch aus. Die Regierung ist entschlossen, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Heute wird über Barcelona der Kriegszustand verhängt.

Barcelona, 11. Mai. Gestern Abend erneuerten sich die Aufschörungen. Einige Volkshäuser errichteten Barrikaden und empfangen die Gendarmerie mit Gewehrschüssen. Die Gendarmerie erwiderte das Feuer. Es wurden auch von Terrassen und Balkonen auf die Gendarmerie Schüsse abgegeben. Wie es heißt, wurden mehrere Personen verwundet. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Ordnung ist wieder hergestellt. Es geht das Gerücht, daß der Belagerungszustand erklärt werden soll.

Sevilla, 11. Mai. Gestern fanden hier Aufschörungen statt; man schleuderte Steine in die Nähe des Militärkasinos. Die Gendarmerie trieb die Menge auseinander, welche Widerstand zu leisten suchte. Mehrere Zivilpersonen und einige Polizeibeamten wurden verwundet. Das Militär besetzte die Straßen und stellte die Ruhe wieder her.

Ein Herold-Telegramm aus Paris meldet: Der „Zoin“ berichtet aus Madrid, daß die gestrige Stimmung der Kammer und Industriellen im ganzen Land allgemein gewesen ist. Aus 19 Provinzen und 60 anderen Provinzialstädten sind gleichlautende Meldungen eingelaufen, daß sämtliche Läden und Magazine geschlossen gewesen sind.

Barcelona, 11. Mai. Heute Nachmittag erfolgte abermals ein Zusammenstoß zwischen Unruhestiftern und Polizei. Der Wagen- und Straßenbahn-Verkehr ist eingestellt.

## Bulgarien.

Zur Bauernhebung. Die Regierung ergreift energische Maßnahmen, um den Aufstand zu unterdrücken — von der Verleistung der Rekruten und andern Schritten zur Hebung der trostlosen Lage der revolutionären Bauern hört man nichts. Die Offiziere und Unteroffiziere zweier Compagnien des in Rußland garnisonierenden 33er-Regiments, sowie der Kommandant desselben Regiments, Oberst Georgiew, sind infolge der Vorgänge von Resens in militärgerichtliche Untersuchungshaft genommen worden.

Die beiden genannten Compagnien stehen im Verdacht, sich allzu willig von den sie umringenden Bauernmassen haben entlassen zu lassen. Auch sind bereits Kriegsgerichte in den unter Belagerungszustand gestellten Bezirken konstituiert worden. Um völlige Ruhe herzustellen, beabsichtigt die Regierung, die Rekruten mehrerer Jahrgänge einzuziehen, um die Dörfer von waffenfähigen Mannschaften zu entblößen. Eine Maßnahme, die nur eine neue wirtschaftliche Schädigung der Bauern bedeuten würde.

## Rumänien.

Bukarest, 10. Mai. Ein Lehrer Namens Constantin, welcher infolge eines gegen ihn durchgeführten Prozesses seiner Stelle entsetzt worden war, erschien heute beim Unterrichtsminister Ilkati in Audienz. Nachdem er einige erregte Worte an den Minister gerichtet hatte, zog er einen Revolver aus der Tasche. Anwesende Bedienstete entwaffneten Constantin und übergaben ihn der Polizei. Beim ersten Verhör erklärte er, er habe in Gegenwart des Ministers Selbstmord verüben wollen. Die Untersuchung wird fortstellen, ob es sich um einen Mordanschlag oder einen Selbstmordversuch handelt.

## Afrika.

Kumassi gefallen? Aus Afrika, der an der Goldküste gelegenen Hafenstadt, wird dem „Reuterschen Bureau“ gemeldet, daß das Gerücht umlaufe, daß Kumassi, die Whanti-Stadt, in der der Gouverneur mit den Hottentrotten eingeschlossen ist, gefallen sei. Vom Kolonialamt wurde auf Anfragen mitgeteilt, daß keine Bestätigung des Gerüchtes vorliege. Die Telegrammlinie nach Brasilien ist unterbrochen. Der Aufstand gewinnt an Ausbreitung, auch hat es den Anschein, als ob die Stämme der Kims, Arohos und Aborngas heimlich mit den im offenen Aufbruch befindlichen Stämmen konspirierten.

## Amerika.

Zum Fall Root. Die Rede des Kriegsministers Root scheint nach einer Korrespondenz der „Abein-West. Ztg.“ aus New York dem doch nicht auf eine bloße Verurteilung, sondern auf ernsthafte Bestrafungen zurückzuführen zu sein, die die Vereinigten Staaten bezüglich deutscher Kolonialerwerbungen in Brasilien hegen. Dasselbe es doch sogar, daß das Staatsdepartement die Konsuln in Südamerika und in Deutschland zur besonderen Berichterstattung aufgefordert habe. Die Berichte des amerikanischen Generalkonsuls in Rio de Janeiro, Eugen Seeger, verrieten allerdings keinerlei Besorgnis, obwohl darin den wirtschaftlichen Bestrebungen des deutschen Elements in Brasilien große Aufmerksamkeit gewidmet werde. Die Deutschen, heißt es in einem Bericht, zählen zwar 300 000 Köpfe und hielten sich trotz ihres großen finanziellen und kommerziellen Einflusses sehr isoliert und seien auf Wahrung ihrer nationalen Eigenliebkheiten bedacht, allein sie betreiben auch keinerlei Abneigung gegen ihr Adoptiv-Vaterland. Auch seien unter den 300 000 Deutschen noch keine 200 deutsche Unterthanen. Natürlich verweist auch die „Abein-West. Zeitung“ das Gerücht von der Absicht deutscher Kolonialerwerbungen in das Bereich der Fabel. Mag das Gerücht auch jeder Begründung entbehren, jedenfalls tragen die flottentollen Blätter vom Schlage der „Abein-West. Ztg.“ für die Entstehung desselben in erster Linie die Verantwortung, sind doch gerade sie es gewesen, die zu Gunsten der Flottenerweiterung stets auf die angebliche Notwendigkeit hingewiesen haben, den vielen Hunderttausend Deutschen im Ausland durch eine starke Flotte Schutz zu gewähren. Fühlen sich die Deutschbrasilianer, die man dabei stets in erster Linie mit im Auge hatte, in Brasilien wohl, so war auch das Gerücht von dem Schutze dieser ausgewanderten Deutschen überflüssig. Und wenn auch die Regierung an Kolonialerwerbungen in Südamerika nicht denken sollte, so haben doch unsere Weltmachtpolitiker derartige Projekte mehr als einmal mit bestem Wohlwollen erörtert. Das Ausland konnte dies müßige Geschwätz gar nicht anders deuten, als jetzt die Londoner „Sunday Special“, die sich über den Fall Root wie folgt äußert:

„Roots Rede hat große Sensation hervorgerufen, aber im Grunde genommen ist es gar keine Frage, daß er vollständig recht hat. Wenn die Vereinigten Staaten sich damit begnügen, die Monroe-Doktrin auf Nordamerika zu beschränken, würde die Gefahr einer Komplication mit europäischen Mächten nicht bestehen, aber sobald die Vereinigten Staaten sich zu der Auffassung neigen, daß keine europäische Macht das Recht besitzt, in Südamerika in irgend einer Weise zu intervenieren, muß ein Krieg

mit einer der erstklassigen europäischen Mächte kaum mehr als eine Frage der Zeit bleiben. Mit jedem Jahre wird der Druck der anwachsenden Bevölkerung in Italien und Deutschland größer und schon haben sowohl Deutschland wie Italien große Ansiedelungen ihrer Völker in Südamerika, besonders in Brasilien und Argentinien. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß die deutsche Regierung seit langen Jahren Projekte als ein günstiges Gebiet für deutsche Kolonisation betrachtet hat.“

Die Argumentation des englischen Blattes ist nur die unjurer Weltmachtpolitiker. Wie oft hat man darüber geklagt, daß die überflüssige deutsche Volkskraft dem Ausland zu gute komme, daß deshalb Siedelungskolonien erworben werden müßten. Man darf sich also nicht darüber beschweren, daß Amerika jetzt verständlich Drohungen ausstößt und England — wenigstens thut das die „Sunday Special“ — sich Amerika als Bundesgenossen offeriert.

## Partei-Nachrichten.

Wahlmache. Die „Kreuz-Zeitung“ kann es sich nicht verhehlen, über unsere getrigge Rolle zu der Wahl im Wahlkreise Offenburger-Nehl einige wirklich recht unangebrachte Bemerkungen zu äußern. Sie findet unter andern darin „den besten Beweis, daß die Abgabe sozialdemokratischer Stimmen hauptsächlich eine Folge der Wahlmache und erst in zweiter Linie die Erscheinungsform einer wirklich revolutionären Stimmung ist.“

„Wahlmache“ ist ein recht gefährliches Wort im Munde der Herren Konservaliven; konservative Wahlen sind allerdings in der Regel das Ergebnis einer schamlosen Wahlmache unter Mißbrauch der wirtschaftlichen und der öffentlichen Macht, die in den Händen der konservativen Mäcker liegt. Die „Kreuz-Zeitung“ möge die Verdichte der Wahlprüfungs-Kommission über konservative Wahlen, zum Beispiel über die des Herrn v. Löbell, des Herrn v. Simons, des Herrn v. Polenz usw. usw. studieren — sie hat es vermutlich auch gethan — dort kann man erfahren, von wem Wahlmache getrieben wird. Wie betreiben diese Wahlmache und wir brauchen keine; wir brauchen nur Aufklärung und Aufstellung der Massen, die von den konservativen systematisch in Unwissenheit und Trägheit erhalten, und nur erst, wenn diesen die sozialdemokratische Agitation auf den Nägeln brennt, durch Wahlmache mit Gewalt an die Linie getrieben werden.

### Ein altes Muster in neuer Anlage.

Wir teilen schon mit, daß man in Halle einen Prozeß wegen Veranlassung eines verbotenen Umzugs vorbereitet und daß man sich dazu 31 Teilnehmer an dem Prozeßzuge angeeignet hat. Dieser Umzugsprozeß scheint aber nur die äußere Form für viel weiterreichende Pläne zu sein. Schon am Tage nach der Reise wurde in der bürgerlichen Presse Halle's die Behauptung aufgestellt, daß an der Maidemonstration zu hundert in großer Zahl beteiligt gewesen seien. Unser hallesches Parteiblatt trat dieser Behauptung mit der nötigen Entschiedenheit entgegen. Damit konnte man die Sache als abgethan ansehen, da man wohl zu der Annahme berechtigt sein konnte, daß irgend ein moralisch vollkommenes Subjekt diese für unschuldige Leute längst abgethane Verleumdung der Sozialdemokratie des Zeitschönorars wegen wieder einmal herbeigeführt habe.

Diese Annahme erweist sich nunmehr doch als zu optimistisch. Es schreibt jetzt der hallesche „Generalanzeiger“:

„Zur Maiseier. Das sozialdemokratische „Volkblatt“ schreibt mit Bezug auf unsere Mitteilung, daß gegen Herrn Swintow und dreißig andre Teilnehmer am „Spaziergang“ wegen Veranlassung eines verbotenen Umzugs beziehungsweise Teilnahme an demselben Strafangeize erstatlet ist: „So werden wir also noch eine zweite Maiseier vor Gericht erleben. Und wird diese gewiß Vergnügen bereiten, ob der Polizei nicht, ist eine andre Frage.“ Es ist wohl ohne weiteres anzunehmen, daß die Polizei derartige Anzeigen des „Volkblatts“ wegen nicht erstatlet. Aber auch das Vergnügen des sozialdemokratischen Organs dürfte eine wesentliche Einschränkung erfahren, wenn auf der Auflagenkau neben bisher unbefristeten Arbeitern auch sechs sozialistische Lathier und Zubehörer Platz nehmen.“

Dazu schreibt unser hallesches Parteiblatt unter andern:

„Es wird sich die Gelegenheit finden, an Gerichtstufen die schamlose Verlogenheit der hiesigen Presse, die besonders in den Berichten über unsere Maiseier zu Tage getreten ist, gedehrend zu brandmarken; vielleitig gelingt es auch, in so manche dunklen Gänge hineinzuführen. Wenn nicht alles trägt, ist die Teilnahme einiger anständiger Elemente an der Maiseier, die von uns selbstverständlich beim besten Willen nicht hätte verhindert werden können, eine perfide Spitzeltat gewesen. Die Wassermauschen Gestalten, die bei dem Rencontre am Paradeplatz im Hintergrunde Steine zu sammeln ansingen, sahen ganz danach aus, als ob sie bestellte Arbeit verrichteten.“

„Mancher Umstand, der uns nachträglich bekannt geworden ist, läßt nur den Schluß zu, daß gewisse Leute der Maiseier mit großen Hoffnungen entgegengekommen haben. Stillsieht gelangt es, den Schleiher zu listen. Es ist nichts so fein gekloppt, als daß eine sozialdemokratische Spürnause nicht dahinter zu kommen vermöchte.“

Es scheint demnach wirklich, daß der planmäßig angelegte Versuch vorliegt, das um seine wirtschaftliche und politische Verletzung kämpfende Proletariat dadurch zu diskreditieren, daß man es in Zusammenhang bringt mit Inhäleren, diesem Abschamm der korrupten bürgerlichen Gesellschaft, der ein ebenso eltes Kennzeichen dieser Gesellschaft ist, wie beispielsweise die „Harnlosen“. Man ist geneigt, heut einen solchen Versuch kühnlich zu finden. Indes, er wird gemacht und es wird dafür gesorgt werden, daß die Unkennehmer gründlich abgeführt werden.

Maiseier in Russland. Die dreißigjährige Maiseier in Sila verließ glänzend. Schon einige Tage vor dem 1. Mai wurden in der ganzen Stadt Flugblätter verbreitet, in denen die Arbeiterforderungen dargelegt wurden. Die Blätter wurden sowohl in den Häusern verteilt, als auch allenthalben angeheftet. Selbst in den Theatern sah man sie.

Am 1. Mai selbst war das ganze Militär auf den Beinen. Soldaten auf ihren kleinen ruppigen Pferdchen, die Amie im Sattel, durchritten vom frühesten Morgen an die Straßen. Die Klassenbewußten Proletarier ließen sich aber dadurch nicht einschüchtern. Gegen 8 Uhr früh kamen sie heraus aus den Höhlen des Clouds und begannen, sich auf dem Newsky Prospekt zu sammeln. Männer und Frauen, jung und alt strömte herzu. Durch rote Bänder kennzeichneten sich die Demonstranten. Nach kurzer Zeit war der Newsky Prospekt sowie die benachbarten Straßen von einer tausendköpfigen Menge dicht gefüllt, die nun begann, sich in unruhiger Ordnung durch die Straßen der Stadt zu bewegen, begleitet von den Sozialen, die die Mitte der Straßen einhielten. Zwei Stunden dauerte der Riesenparadegang; um 10 Uhr ging alles wieder ruhig auseinander. Das Militär verhielt sich ruhig und deshalb kam es zu keinerlei Störungen und zu keinerlei Verhaftungen. Der Eindruck der Demonstration auf das Bürgertum der Stadt war ein sehr tiefer.

In Rizeu wurde am 1. Mai ein Flugblatt verbreitet. In den Flugblättern werden neben den reinen Arbeiterforderungen, wie Währungsreform, Ausdehnung der Arbeiterkassen, Befreiung der Koalitionsfreiheit etc., auch allgemeine politische Forderungen erhoben. So fordern sie Pressefreiheit, Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens für alle, auch für die politischen Prozesse, Gleichberechtigung der Nationalitäten und Konfessionen usw. bis zu einer konstitutionellen Verfassung.

Nachwehen der Maiseier in Italien. Sozialistische Bürgermeister verschiedener Städte hatten den Tag der Arbeit dadurch geehrt, daß sie die Schulen an diesem Tag geschlossen und den schuldigen Beamten und Arbeitern freigegeben hatten. Die Bürgermeister dieser Städte sind darauf auf Anweisung des Ministers von

ihren Aemtern suspendiert worden. Das ist geschehen in Lecco, Suggara, Gublia und andren Städten. Die Gemeinderäte der genannten Städte haben aber ihren Bürgermeistern Vertrauensboten aufgestellt und wollen den Maßregelungen Widerstand entgegen setzen.

Eine Landeskonferenz der Socialdemokraten Siebenbürgens wird während der Pfingstfeiertage in Kronstadt abgehalten werden.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat ihren Jahresbericht für das Jahr 1899 herausgegeben. Die Broschüre enthält eine übersichtliche Zusammenstellung der Tätigkeit des Kartells. Auf den Inhalt eingehen erübrigt sich, nachdem wir bereits früher von dem mündlichen Bericht, der den Delegierten erstellt wurde, ausführlich Notiz genommen haben. Allen, die sich für die Gewerkschaftsbewegung interessieren, ein zusammenfassendes Bild der Berliner Lohnkämpfe und der nützlichen Tätigkeit gewerkschaftlicher Organisationen gewinnen wollen, kann die Broschüre empfohlen werden, sie ist zum Preis von 20 Pf. in der Buchhandlung Vorwärts zu haben.

Die Lohnbewegung der Schuhmacher der besseren Maßgeschäfte ist in dieser Woche zu Ende geführt worden. Es hat sich bei dieser Bewegung hauptsächlich darum gehandelt, einige Ungleichheiten in dem Tarif, welche nach dem Streik vom Jahre 1898 bestehen blieben, auszugleichen. Dieses ist auf dem Wege der Verhandlungen erreicht worden. In Betracht kamen namentlich sechs Verhältnisse, welche ca. 120—150 Arbeiter beschäftigen. Die Lohnerhöhungen betragen bei den betreffenden Artikeln 25 Pf. bis 1,25 M. pro Paar.

Die Aussperrung der Berliner Stodarbeiter ist beendet. Wie bekannt, wurden am 1. Mai 80 Stodarbeiter ausgesperrt. Darauf haben die Arbeiter folgende Forderungen an die Fabrikanten gestellt:

I. Die Anerkennung des 1. Mai als Feiertag und Freigabe desselben für die kommenden Jahre. II. In den Verhältnissen, wo noch einzelne Kollegen unter dem Minimallohn arbeiten, denselben einzuführen. III. Wo noch Ueberstunden ohne 25 Prozent Aufschlag gearbeitet werden, auch diesen zu bezahlen.

Diese Forderungen haben die Fabrikanten jetzt unterzeichnet und ist die Arbeit wieder aufgenommen. Für die Zukunft dürften die Herren Stodarbeiter die Aussperrung ihrer Arbeiter nicht so leichtfertig betreiben.

### Deutsches Reich.

Mehrere Arbeitersekretariate an einem Ort. Die durch den „Vorwärts“ bekannt gewordene Thatsache, daß in Waldenburg neben unserem Arbeitersekretariat ein zweites von den wahren Freunden der Arbeiter, von den Unternehmern errichtet wird, sieht nicht vereinzelt da; auch in Nürnberg haben die Unternehmer sofort nach Errichtung unseres Arbeitersekretariats eine „Ausnahmestelle der deutsch-freimüthigen Partei“ errichtet, ebenso besteht in München neben unserem Arbeitersekretariat eine ähnliche Einrichtung der Centrumspartei und in Frankfurt a. M. erhält das Institut für Gemeinwohl neben unserem Arbeitersekretariat eine private Einrichtung gleicher Art. Bemerkenswert ist ferner, daß die Arbeiter durch die Bemühung dieser Institute beweisen, daß sie ein sehr hohes Vertrauen zu ihren Einrichtungen, dagegen ein außerordentlich geringes zu den Konkurrenzunternehmungen haben. Bezeichnenderweise gilt dies auch für die unorganisierten und die ländlichen Arbeiter.

Lohnbewegungen der Lederarbeiter. Die Weißgerber in Eplingen setzen auf dem Wege der Verhandlung eine Lohnerhöhung von 22,20 M. auf 24 M. und für Secordarbeiter entsprechende Zulagen durch. Für Lederfärber wurde der Stundenlohn um 3 Pf. erhöht. In derselben Weise erreichten die Weißgerber in Wiegens eine Lohnerhöhung von 19 M. auf 20 M. und für das Winterhalbjahr die zehnstündige Arbeitszeit. In Neumarkt i. Schl. haben am 8. Mai sämtliche Weißgerber die Arbeit eingestellt, weil ihnen ihre Forderung: die Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden nicht genehmigt worden ist. Die Weißgerber in Königssee und die Lohgerber und Lederzurichter in Breslau befinden sich zur Zeit befaßt Lohnaufbesserungen und Verkürzung der Arbeit in Unterhandlungen. In den Lohgerbereien von Pienitz u. Anecht in Elmshorn sind Lohnverkürzungen vorgenommen. Seitens der Arbeiterseite besteht die Absicht, falls sich die Angelegenheit nicht durch Verhandlung beseitigen läßt, energisch dagegen Front zu machen. Die Weißgerber in Grimma setzten eine Lohnerhöhung ohne Arbeitszeitveränderung durch von 21 auf 22,50 M. und legten laut gegenseitiger Vereinbarung diesen Lohn auf zwei Jahre fest. Das ernsteste Bestreben ist bei den Lederarbeitern darauf gerichtet, die elfstündige Arbeitszeit, soweit diese noch vorhanden, in die zehnstündige zu verwandeln. Ein leichtes wäre es, das durchzusetzen, wenn nicht leider an jenen Orten die Organisationszugehörigkeit zu wünschen übrig ließe.

Die rachsüchtig das Unternehmertum gegen unliebsam gewordene Arbeiter die Hungerpeitsche schwingt, zeigt folgender Fall: Einem früher bei der Firma Weder, Eisengießerei in Zeuzsch bei Leipzig, beschäftigt gewesenem Former, der wegen seiner Beteiligung am vorjährigen Formertitel jenen unannehmlichen Verdacht der zweijährigen Aussperrung über sich ergehen lassen mußte, war es endlich nach langer Arbeitslosigkeit gelungen, in einer Fabrik in Markranstädt als Tagelöhner Arbeit zu erhalten. Der Fall wurde jedoch nachbar und der Unternehmer sah sich veranlaßt, den Arbeiter wieder zu entlassen. Dieser hat sich bereits viermal an seine frühere Arbeitsstätte gewandt; hier ist ihm auch erklärt worden, daß Former eingestellt werden können, aber der Fabrikbesitzer Weder weigert sich ganz entschieden, ihn wieder zu beschäftigen und verweist ihn an andre Geschäfte. Aber anderwärts ist es ihm um so weniger möglich, Arbeit zu erhalten, weil ihm im Bureau der Metallindustriellen kategorisch der notwendige Arbeitschein verweigert wird. So ist es diesem Arbeiter, der weder vor noch nach dem Streik jemals eine führende Rolle spielte, nicht möglich, in Leipzig und Umgegend Arbeit zu erhalten, selbst nicht einmal außerhalb seines Berufs. Und dies alles nur deshalb, weil er von einem ihm gesellschaftlich zustehenden Recht Gebrauch machte und an seinen Berufsgenossen nicht zum Verräter wurde.

Ein grober Unfug. Von der Erfurter Polizei erhielt ein Malergehilfe folgendes Strafmandat zugesandt:

Sie haben am 15. April d. J. abends gegen 11 Uhr als streifender Maler auf dem hiesigen Personen-Bahnhof Streifposten gestanden, hierbei den Fleischer Jülich angehalten und gefragt, ob er ein Maler sei und somit groben Unfug verübt.

Die Uebertretung wird bewiesen durch den Malermeister Theodor Jülich.

Es wird deshalb hiermit gegen Sie auf Grund des § 340, 11 des Strafgesetzbuchs eine Geldstrafe von 9 M., an deren Stelle, wenn Sie nicht bezugstreben ist, eine Haft von drei Tagen tritt, hiedurch festgesetzt.

Wenn es nicht ein recht betrübendes Zeichen unsrer Rechtszustände wäre, dann könnte man über den polizeilichen Einfall nur herzlich lachen, man bekommt immer mehr Respekt vor dem nie mangelnden Geschick der Polizei und Gerichte, dem groben Unfug immer noch neue Seiten abzugewinnen.

Der Verband deutscher Buchdrucker veröffentlicht soeben seinen Geschäftsbericht vom Jahre 1899. Danach zählt der Verband an Schlusse des Jahres 27 187 Mitglieder. Es bedeutet das eine Zunahme von 1815 gegen das Vorjahr. Die Gesamteinnahmen des Verbandes, einschließlich des Restvermögens der in den Verband überführten liquidirten dahrischen Invalidentasse in Höhe von 123 600 M., betragen im Berichtsjahre 1 596 525,54 M., die Gesamtausgaben 1 005 097,29 M., so daß ein Ueberschuß von 591 428,25 M. oder ein Vermögen von 2 088 251,14 M. (gegen 2 106 822,89 M. in 1898) erzielt wurde.

Im Unterjahren — in Kammer stud die Beträge für das

Jahr 1898 beigefügt — erhielten die Mitglieder: auf der Reise 114 882,37 M. (115 177,51 M.), am Orte 159 205,75 M. (141 688 M.), wegen Maßregelung 33 534,30 M. (41 899,20 M.) beim Umzuge 11 228,61 M. (7755 M.), in außerordentlichen Nothfällen 476 M. (407,30 M.), bei Krankheit 458 899,92 M. (372 138,13 M.), bei Invalidität 82 632,25 M. (67 949 M.), in Todesfällen 25 316,40 M. (19 197,50 M.), für Rechtschutz 963,23 M. (797,20 M.), die Verwaltungskosten betragen 50 642,91 M. (48 054,46 M.) und sonstige Ausgaben in der Hauptverwaltung 63 016,15 M. (33 181,18 M.).

Die Abrechnung weist eine sehr hohe Krankenziffer auf. Von der gesamten Mitgliederzahl entfallen auf jedes Mitglied 12 Krankentage. Unter Zuhilfenahme der Krankheits- und Sterblichkeitsstatistik ist festzustellen, daß 30,5 Proz. aller Patienten an Brust- und Lungenkrankheiten leiden und 62,5 Proz. aller Geforderten der Berufskrankheit zum Opfer fielen.

Trotz der allgemein günstigen Geschäftsperiode fehlt es 1124 Mitgliedern an Arbeitsgelegenheit, auf jedes Mitglied berechnet kommen im Jahr 15 1/2 Tage Arbeitslosigkeit. Mit der in Liquidation befindlichen Invalidentasse hat der Verband ein Vermögen von rund 3 1/2 Millionen Mark. Der vereinbarte Tarif ist in 905 Orten bei 3070 Firmen mit 34 000 Gehilfen durchgesetzt.

Unser Justiz. Die Staatsanwaltschaft in Lübeck hat gegen den Genossen K a s c h wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung Untersuchung eingeleitet. Kasch soll durch die Notiz, daß das Gewerkschaftskartell über alle Brauerei- und Bierereien den Vorkauf verhängt habe, und durch die Notiz, daß J u z u g von den Fabriken ferngehalten sei, welche ihre Arbeiter ausgesperrt haben, sich der Verurteilung schuldig gemacht haben. — Auch gegen die Kartellkommission scheint man auf demselben Wege vorgehen zu wollen; wenigstens entfallt die Kriminalpolizei eine eifrige Tätigkeit in Sachen des Brauereiverkehrs. Die Unternehmer werben tausend Arbeiter aufs Pflaster und schneiden ihnen durch Verurteilung jede Möglichkeit ab, anderweitig Arbeit zu finden. Dagegen hat die läbliche Staatsanwaltschaft nichts einzuwenden. Genosse Kasch warnt vor J u z u g, da genügende Arbeitskräfte vorhanden sind, und — die läbliche Staatsanwaltschaft erblickt darin eine Verurteilung! Da zweifle noch einer an unsrer Rechtsgleichheit!

Ausgewiesen. Auf Anordnung der bairischen Regierung ist der Fabrikarbeiter P o n t i a n i c h in M ü n c h e n, aus Steiermark gebürtig, aus dem bairischen Staatsgebiete ausgewiesen. Als Begründung für diese Maßnahme gibt Herr Minister v. F e i l d e r an, daß es nach dem Feinheitsgesetz mit Rücksicht auf die öffentliche Wohlfahrt geschehe. Wie unser Münchener Partei-Organ mitteilt, kann in dem Verhalten des Ausgewiesenen unmöglich diese Begründung eine Rechtfertigung finden. Der Betroffene arbeitet seit einem Jahr, während seines ganzen Aufenthalts in München, ununterbrochen in ein und demselben Geschäft. Aus seinem früheren Arbeitsverhältnis kam er geradezu glänzende Zeugnisse mitbringen, politisch ist der Mann nie thätig gewesen, nur an der Gewerkschaftsbewegung nahm er teil. Das müßte also in Bayern die öffentliche Wohlfahrt fördern! Wie sonderbar, während in Berlin nicht endenwollende Freundschaftsbezeugungen zwischen den Monarchen beider Staaten Deutschlands und Oesterreichs ausgesprochen wurden, werden die Unterthanen unsrer so beehrten Nachbarn zum Reich hinarbeitet.

## Socials.

Alters- und Invalidenversicherung. Nach den Zusammenstellungen des Reichs-Verkehrsamts liefen am 1. April d. J. 343 341 Invalidenrenten und 194 869 Altersrenten.

Die Unfallversicherung beim sächsischen Bergbau. Es waren beim sächsischen Bergbau 1899 im ganzen 28 435 versicherungspflichtige Personen beschäftigt. Die Zahl der angemeldeten Unfälle betrug 8991; das ist bei rund 300 Arbeitstagen auf den Tag 12,97 Unfälle. Unfallentschädigungspflichtig wurden davon nur 269, alle übrigen blieben in den Grenzen der Krankentageentschädigung. Tödliche Unfälle kamen 43 vor, 63 hatten dauernde teilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge.

Nach der Summe der anrechnungsfähigen Löhne berechnet, verdiente ein Arbeiter durchschnittlich im Steinlohlenbergbau 1076,71 M., im Braunkohlenbergbau 880,50 M., im Erzbergbau 812,89 M. und im Kalbergbau 772,25 M.

Ein Monopolbetrieb, aber kein staatlicher Musterbetrieb ist der sachsen-meiningsche Dampf- und Zafschiefereibetrieb, über dessen Arbeiterverhältnisse wenig erbauliche Dinge im vorigen Jahr bekannt wurden. Wie wenig die ökonomischen Verhältnisse eine Sparmaßnahme bei den hygienischen Einrichtungen und bei der Entlohnung der Arbeiter rechtfertigen, beweist der Rechnungsdahlschluß für das Jahr 1898. In demselben betrug der Reingewinn 3 229 593 M. gegenüber 2 674 035 M. im Jahr 1898. Die Löhne, die Lebensverhältnisse, die Arbeitsverhältnisse der dort Beschäftigten haben an der Steigerung des Förderungswerts keinen Anteil.

Der Achtstundentag in einer indischen Baumwollspinnerei. Im Februar wurde in einer Baumwollspinnerei Cooria (Swadeshi Mills) der Achtstundentag an Stelle des bisherigen Zwölfstundentags eingeführt, wobei gleichzeitig jedem Arbeiter, der früher nur eine Maschine zu bedienen hatte, die Ueberwachung zweier Maschinen übertragen wurde. Die Löhne wurden so geändert, daß der Verdienst der Arbeiter durch die Reduktion der Arbeitszeit nicht vermindert wurde, und trotzdem ergab sich eine Herabsetzung der Produktionskosten um 25 bis 33 Proz.! Der Achtstundentag wurde so durchgeführt, daß je 4 Stunden ununterbrochen gearbeitet wird; zwischen den beiden vierstündigen Arbeitszeiten ist eine einständige Pause für die Mahlzeit eingeschaltet. Die Produktion der Swadeshi Mills ist sowohl der Quantität wie der Qualität nach dieselbe wie früher unter der zwölfstündigen Arbeitszeit. Die Arbeiter verdienen dasselbe, und die Betriebskosten sind wesentlich geringer.

## Gerichts-Beitrag.

Ein großer Einbruchdiebstahl und Diebstahlprozess wird am 15. d. M. die 3. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigen. Es handelt sich dabei um die Folgen der Ausbeutung eines großen Hebernetzes in dem Keller des Obsthändlers J o s e p h L ü t t g e n, Fieledrichstraße 32, welche der Kriminalpolizei im Februar d. J. gelungen war. Wie erinnerlich sein dürfte, wurden dabei Seidenstoffe aufgefunden, die aus dem Einbruchdiebstahl bei F e i b a u c h u s, P r e u z, Leipziger- und Markgrafenstraße-Edel, herkommen, ferner wurden zahlreiche andre gestohlene Sachen, Tuchballen, Gardinen, Wäsche, Delanturachen u. aufgefunden, endlich konnte die Polizei in der Lüttgenschen Privatwohnung noch ein großes Lager gestohlener Gegenstände aller Art mit Beschlagnahme versehen. Nach und nach wurden außer dem Lüttgenschen Ehepaar noch 11 Personen zur Haft gebracht, die zum Teil als gefährliche Kollidende der Polizei schon lange bekannt sind. Am zahlreichsten vorbestraft ist der Cigarrenmacher R o b e r t H a s s e, in der Verbrecherwelt der „Weißhase“ genannt, neben ihm werden der „Schlächter-Anton“, der „Keine Paul“ und andre Vertreter der Verbrecherwelt auf der Anklagebank Platz zu nehmen haben. Da die Verhandlung einen großen Umfang annehmen dürfte, wird sie im kleinen Schwurgerichtssaal stattfinden. Zu den 25 von der Staatsanwaltschaft geladenen Zeugen haben die Rechtsanwälte Dr. Schwindt und Dr. W e r t h a u e r noch eine Reihe Entlastungszeugen geladen, so daß etwa 40 Zeugen zu vernehmen sein werden.

Die Bemühung von Falschmilde-Unterschriften bei Eingaben an das Gericht ist jüngst in der Berufungsinstanz auf ihre Verächtlichkeit hin von der Strafkammer geprüft worden. Für ein Dienstmädchen, welches mit einem Strafmandat in Höhe von 3 M. bedacht worden war, erhob Rechtsanwalt Dr. Schwindt Einspruch und beantragte richterliche Entscheidung. Der betreffende Antrag an das Gericht war mit seiner Falschmilde-Unterschrift versehen. Das Schöffengericht verworfen den Einspruch, weil es der Meinung war, daß er infolge der Anwendung der Falschmilde-Unterschrift der ge-

schlich vorgeschriebenen Form entbehrte. Diese Ansicht bekämpfte der Verteidiger in der Berufungsinstanz, indem er darauf verwies, daß eine im 14. Bande der Entscheidungen des Reichsgerichts in Civilsachen abgedruckte Entscheidung keinen Zweifel darüber lasse, daß die Ansicht des Schöffengerichts eine irrige und die Bemühung falschmildeter Unterschriften zulässig sei. Die Strafkammer war derselben Ueberzeugung, sie hob das erste Urteil auf und wies die Sache an die erste Instanz zurück, damit der Angeklagten nicht eine Instanz verloren gehe.

## Versammlungen.

Eine gut besuchte Versammlung der Dachdecker tagte am Mittwoch im Englischen Garten. Wohl referierte über: Die Streik-Kaufel in den Bauverträgen der Unternehmer mit der Stadt Berlin. Dem Redner wurde für seine Ausführungen reichlicher Beifall gezollt. Die Resolution, welche energisch Protest gegen derartige Maßnahmen erhebt, wurde wie in den 4 großen Bauhandwerker-Versammlungen auch hier einstimmig angenommen.

Zum Punkt 2: Ob die Beschlüsse der Meisterschaft auch zur Durchführung gelangt sind, wurde berichtet, daß die Vereinbarungen bei allen Firmen bewilligt sind. Nur bei der Firma Hartleib ist nicht bewilligt. Diese ist aber mehr ein Gerüstverleihschäft, wo Dachdecker weniger in Frage kommen.

Sodann wurde die Mitteilung von dem Ableben des Kollegen Joseph Henke gemacht, welcher durch Abwurf verunglückt war. Die Versammlung ehrte das Andenken in der üblichen Weise.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 6. Mai seine ordentliche Generalversammlung bei Graumann, Rauhstr. 27, ab. Herr Dr. Sommerfeld sprach in einem sehr lehrreichen Vortrag über „Gewerbekrankheiten, deren Ursachen und Verhütung.“ Dem Vortrag folgte eine kurze Diskussion. Alsdann gab der erste Kassierer Henkel die Abrechnung von der Krania-Vorstellung, die einen Ueberschuß von 20,90 M. ergab. Es folgte die Abrechnung vom ersten Quartal 1900. Einer Einnahme von 995,25 M. stellt sich eine Ausgabe von 818 M. gegenüber, mithin verbleibt ein Ueberschuß von 177,25 M. Als Delegierte zum Kongreß der lokalen organisierten, durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften werden die Kollegen Kleinlein und Haffner gewählt. Unter Vereinsangelegenheiten ersuchte Kollege Erdel, da die öffentliche Schulden-tilgungskommission demnächst ihre Abrechnung giebt, die noch verbleibenden Kollegen um sofortige Abrechnung. Neugewählt in die Arbeitsnachweisungskommission wurden Somtow und Kirchhöfer. Neu aufgenommen wurden 5 Kollegen.

Der Verein der Lithographen, Steindruck und Berufsgenossen (Zahlst. III) tagte am 8. d. M. im Treddener Garten. Das Mitglied Henkel hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Entstehung und Entwicklung unsrer Schrift. Sodann wurde unter Vereinsangelegenheiten beschlossen, im Monat Juli eine Dampfparade zu arrangieren. Zum internationalen Kongreß kamert D i l b e r t, daß er demselben keine so große Bedeutung beimessen könne. Anstatt einer internationalen sei es richtiger eine nationale Widerstandsliga zu schaffen. Hierauf wurde beschlossen, nicht mehr als zwei Delegierte nach Paris zu schicken, und zwar je einen Drucker und Lithographen.

Im Verein der Fleischneger sprach am 3. Mai Genosse Hinrichsen über „Zweck und Nutzen der Arbeiter-Organisation“. Alsdann wählte die Versammlung das Mitglied Franz Keller zum Delegierten für den am 24. bis 26. Mai stattfindenden Kongreß der Vertrauensmänner-Centralisation. Ein Antrag, den Beitrag zum Streifenfonds auf 50 Pf. pro Woche zu erhöhen und die Kollegen, die nur drei Tage arbeiten, zu einem Beitrag von 25 Pf. zu verpflichten, wurde angenommen. Sodann wurde beschlossen, die regelmäßigen Versammlungen jeden ersten Donnerstag im Monat bei Buske, Grenadierstr. 33, stattfinden zu lassen.

## Der Krieg.

### Weiterer Rückzug der Boeren.

Eine Depesche des Feldmarschalls Roberts vom 10. Mai, 9 Uhr abends besagt: Ich hatte heute einen erfolgreichen Tag. Ich trieb den Feind von einem Ort zum andern. Die britischen Truppen befinden sich jetzt 8 Meilen nördlich vom Sandfluß. Die Kavallerie und die berittene Infanterie befinden sich in Ventersburg, die Division Luder bei Deelfontein, die Truppen Hamiltons mit Kavallerie in Broodwood. Als ich zuletzt von ihnen hörte, waren sie auf dem Marsche nach den Kreuzwegen in der Nähe von Ventersburg begriffen. Hamilton begegnete hartnäckigem Widerstande. Die Brigade Smith Dorrien war einige Stunden damit beschäftigt, Hamiltons Nachhut zu schlagen. Die bisher gemeldeten Verluste sind unbedeutend.

So ganz kampfesüchtig scheinen nach dieser Meldung die Boeren denn doch noch nicht zu sein.

Auch im Rücken von Lord Roberts begannen die Boeren wieder Lebenszeichen von sich zu geben. Ein Telegramm besagt:

Zhabanqu, 10. Mai. Infolge einer Besprechung der Boerenführer ist der Feind nach Süden zurückgekehrt und hat jetzt eine Linie östlich von Zhabanqu inne, welche sich 20 Meilen von Norden nach Süden erstreckt. Die Kavallerie des Generals Prabant hatte ein Gefecht mit einer feindlichen Patrouille. Man erwartet, daß es von neuem zum Kampfe kommen wird.

### Auch General Buller

scheint sich endlich rühren zu wollen. Wenigstens läßt folgendes Telegramm darauf schließen:

Durban, 10. Mai. Bei den Truppen Bullers herrscht lebhaftige Tätigkeit, es werden aber keine Mitteilungen über die gegenwärtigen Bewegungen durchgelassen.

### Letzte Mitteilungen.

Mafers, 10. Mai. (Meldung des Heuter'schen Bureau's). Die Freistaat-Boeren konzentrieren sich in beträchtlicher Stärke in Verteidigungs-Stellungen auf den Hügeln des Korannabergs ostwärts von der Linie Zhabanqu-Windburg. General Buller bezog gestern nacht ein Lager am kleinen Ueberschuß zwischen Zhabanqu und Ladhbrand.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Torpedoboot-Flottille

ist auf ihrer Sprichfahrt in Vingen angekommen. Dem in Wiesbaden erscheinenden „Rhein. Courier“ wird darüber aus Vingen vom 11. Mai gemeldet:

Heute mittag traf die Torpedoboot-Flottille hier ein und wurde von den Spitzen der Behörden, den Vereinen und einer großen Menschenmenge empfangen. Im Rathaus wurde den Offizieren ein Ehrentrunk kredenz und darauf Burg Klopp besichtigt. Heute nachmittag fand im Hotel Victoria ein Festmahl statt. Während desselben traf ein Telegramm des Großherzogs von Hessen ein, in welchem der Großherzog mitteilt, daß er am Montag mit der Flottille nach Mainz zu fahren gedenke.

Leuberg, 11. Mai. (B. G.) Die Situation im Streitgebiet der Holzarbeiter nimmt ein ernstes Aussehen an. Es sind massenhafte Proklamationen aufrührerischen Inhalts verbreitet, was als Beweis gilt, daß die Bewegung einen politischen Charakter annimmt. Bisher sind 10 Compagnien Infanterie, 2 Compagnien Jäger und eine Escadron Husaren in das Streitgebiet abgerückt.

Frankfurt a. M., 11. Mai. (B. G.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus New York: In Manila wurde eine Verschwörung entdeckt und 100 Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich auch Beamte. 3000 Insurgenten haben Balan im südlichen Luzon gesichert und die amerikanischen Garnisonen gelötet.

Reichstag.

191. Sitzung, Freitag, den 11. Mai, 1 Uhr. Am Bundesratsitz: Graf Posadowski. Zunächst wird auf Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission dem Rechtsanwält Dr. Rüd in Jittau die Genehmigung zur Einleitung einer Privatklage gegen den Abg. Fischer-Sachsen (Soe.) verweigert.

Hierauf wird die Beratung der Novelle zu den Unfallversicherungs-Gesetzen bei dem Mantelgesetz fortgesetzt.

§ 1 wird bis zur Erledigung der übrigen Unfallversicherungs-Gesetze zurückgestellt.

§ 2 ohne Debatte angenommen.

§ 3 handelt von den Schiedsgerichten und beginnt wie folgt: „Die Entscheidung von Streitigkeiten über Entschädigungen auf Grund der Unfallversicherungs-Gesetze wird den gemäß § 103 ff. des Invalidenversicherungs-Gesetzes errichteten Schiedsgerichten übertragen.“

Diesem Satz beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Soe.) folgende Fassung zu geben: „Die Entscheidung von Streitigkeiten über Entschädigungen auf Grund der Unfallversicherungs-Gesetze wird besonderen Kammern der Gewerbegerichte und nach Maßgabe dieses Gesetzes in der Art der Gewerbegerichte zu errichtenden landwirtschaftlichen Schöffengerichten übertragen.“

„Die Worte in § 62 des Invalidenversicherungs-Gesetzes und deren Bezirk sich über den Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde nicht hinaus erstreckt“ werden aufgehoben.“ Für den Fall der Ablehnung auch dieses Antrags folgenden neuen Satz einzufügen: „Bei der Wahl der Arbeitervertreter auf Grund des § 62 des Invalidenversicherungs-Gesetzes, sind für die Entscheidung von Streitigkeiten über Entschädigungen auf Grund der Unfallversicherungs-Gesetze auch Vorstände solcher eingetragener oder auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften errichteter Hilfskassen wahlberechtigt, welche die im § 75a des Krankenversicherungs-Gesetzes vorgesehene Bescheinigung besitzen, aber sich über den Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde hinaus erstrecken.“

Abg. Wolfenbuhr (Soe.):

Unser Antrag bezweckt, daß die Gewerbegerichte, die jetzt seit zehn Jahren in Deutschland bestehen, ausgebaut werden sollen zu Schiedsgerichten in Unfallfällen. Diese Gerichte besitzen das Vertrauen der Arbeiter, derjenigen Personen, über deren Angelegenheiten sie entscheiden sollen. Vor zehn Jahren schwärmte man selbst in Regierungskreisen für diese Institute. Deshalb ist diese Begeisterung jetzt geschwunden? Zu Vertrauen bei den Arbeitern haben die Gerichte nicht verloren, ebenso wenig bei den Unternehmern. Höchstens möchte der Centralverband Deutscher Industrieller diese Gerichte gern aus der Welt schaffen. Der einzige Grund für die Abneigung gegen diese Gerichte bei der Regierung liegt darin, daß mit ihnen ein vererbendes das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht ist, nach dem die Weisiger gewählt werden. Gerade dieses Wahlrecht aber hat den Gerichten das Vertrauen der Arbeiter verschafft. Daher beantragen wir, daß besonderen Kammern dieser Gewerbegerichte die Entscheidung von Streitigkeiten über Entschädigungen auf Grund der Unfallversicherungs-Gesetze übertragen werde. Die Vorlage weist die Rechtsprechung in Unfallfällen den Schiedsgerichten des Invalidenversicherungs-Gesetzes zu. Es giebt aber unter den Weisigern in diesen Gerichten Leute, die mit der Unfallversicherung überhaupt nichts zu thun haben. Außerdem sollen auch die Weisiger durch die eingeschriebenen Hilfskassen usw. nur gewählt werden, wenn diese über den Bezirk der unteren Verwaltungsbehörden nicht hinausgehen. Dadurch sind die Mitglieder einer ganzen Reihe solcher freien Hilfskassen von der Wahl zu den Schiedsgerichten ausgeschlossen. Nur das zu verhindern, haben wir unter ersten Eventualantrag gestellt. Durch die Annahme unseres letzten Antrags würde erreicht werden, daß in allen Kreisen der Versicherten die Weisiger gewählt werden können. Ich bitte Sie um Annahme der Anträge. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Fehr v. Stumm (Sp.):

erklärt, gegen den Paragraphen stimmen zu wollen, da er das Prinzip der territorialen Schiedsgerichte an Stelle der Abgrenzung der Schiedsgerichte nach Berufsgruppen für verfehlt halte. Es würde dadurch nur erreicht, daß Leute über Sachen urteilen, die nicht in ihr Fach gehören.

Gheimrat v. Waditz

bittet um Annahme der Kommissionsvorläge. Die territorialen Schiedsgerichte seien auf dem Gebiete der Unfallversicherung eine unabwendbare Notwendigkeit und er sei überzeugt, daß sich diese Meinung in der Praxis bewähren werde.

Abg. Fehr v. Nischhofen:

Wir bedauern zwar die neue Regelung der Schiedsgerichte, haben aber darauf verzichtet, Abänderungsanträge zu stellen und werden für die Kommissionsfassung stimmen.

Abg. Hoffmann-Dillenburg (natl.)

erklärt sein Einverständnis mit den Kommissionsbeschlüssen. Die Anträge der Socialdemokraten werden abgelehnt, § 3 in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 5 Abs. 1 überträgt der für den Sitz des Schiedsgerichts zuständigen Landes-Centralbehörde oder der durch sie bestimmten andern Behörde die Entscheidung darüber, wieviel Weisiger von dem Ausschusse der Versicherungsanstalt aus solchen Berufsgruppen oder Ausführungsbehörden zu wählen sind, die im Bezirke des Schiedsgerichts vertreten sind.

Die Socialdemokraten beantragen, diesem Absatz 1 folgende Fassung zu geben:

„Die für den Sitz des Schiedsgerichts zuständige Landes-Centralbehörde oder die durch sie bestimmte andre Behörde entscheidet, wieviel Weisiger aus solchen Berufsgruppen oder Ausführungsbehörden zu wählen sind, die im Bezirke des Schiedsgerichts vertreten sind. Die Verteilung ist entsprechend der Zahl der in den einzelnen Berufsgruppen beschäftigten Personen festzusetzen. Die Wahl erfolgt für die einzelnen Schiedsgerichte gesondert, entsprechend der Wahl zu den Gewerbegerichten. Die Bestimmung des § 4 Absatz 1 Satz 2 findet Anwendung (Erstreckt sich der Bezirk des Schiedsgerichts über Gebiete oder Gebietssteile mehrerer Bundesstaaten, so wird die Bestimmung, sofern ein Einverständnis unter den beteiligten Landesregierungen nicht erzielt wird, vom Reichslanzler getroffen.“

Absatz 2 des Paragraphen setzt fest, die zur Vertretung der Arbeitgeber bestimmten Weisiger für die Berufsgruppenbestimmten aus den hundertberechtigten Mitgliedern der Genossenschaften, deren gesetzlichen Vertretern und Bevollmächtigten Leitern für die Ausführungsbehörden aus den Beamten der Betriebe, für welche die Ausführungsbehörde bestellt ist, zu wählen sind. Den Vorständen der Berufsgruppenbestimmten und den Ausführungsbehörden ist Gelegenheit zu geben, geeignete Personen in Vorschlag zu bringen.

Die Socialdemokraten beantragen das Recht, geeignete Personen vorzuschlagen, auch für die Fachvereine der Arbeiter.

Abg. Stadthagen (Soe.):

Auch bei diesem Antrag gehen wir wieder von dem Gedanken aus, daß es notwendig ist, daß die Weisiger sachverständig sind. Diefelbe Forderung wird in verschiedenen Petitionen von Arbeitern erhoben. Gerade bei dem Schiedsgericht, wo der Verletzte persönlich erscheint, ist es nötig, daß Sachverständige dabei sind. Auch wenn es sich um rein juristische Interessen handelt, geht man davon aus, daß die Weisiger sachverständig sein sollen. So sind zum Beispiel bei den Handelskammern zwei von den Richtern aus dem

Handelsstand genommene Laien. Die Wahl soll für die einzelnen Schiedsgerichte gesondert erfolgen, entsprechend der Wahl zu den Gewerbegerichten. Jetzt ist es so, daß die Behörden in den einzelnen Bezirken die Kandidaten vorschlagen. In den Wahlkörperbestimmungen ist vielfach aber keine Möglichkeit gegeben, sich über die Kandidaten zu verständigen. Wenn aber die Schiedsgerichte Vertrauen genießen sollen, muß der Kreis der Wähler, die die Betroffenen wählen, so viel wie möglich erweitert werden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Gewerbegerichte erfreuen sich zweifellos bei den Arbeitern großen Vertrauens. Sie haben aber auch keine vorentscheidende Instanz, die das Verfahren von vornherein in falsche Bahnen leiten konnte. Hier sind mit die Berufsgruppenbestimmungen als erste entscheidende Behörde gebildet. Da sollten Sie aber wenigstens nicht noch in der zweiten Instanz eine Instanz schaffen, die sofort dem Vertrauen der Arbeiter mit Notwendigkeit begegnen muß. Unser Antrag läßt sich ohne Schwierigkeiten durchführen. Von einem komplizierten Verwaltungsapparat kann nicht die Rede sein.

Was den zweiten Antrag betrifft, so sind bisher wohl die Berufsgruppenbestimmungen, nicht aber auch die Fachvereine als Organe anerkannt. Das ist eine Ungerechtigkeits, die zu beseitigen wir als selbstverständliche Forderung betrachten. Ich bitte um Annahme beider Anträge. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Hierauf werden die socialdemokratischen Anträge abgelehnt, der Paragraph wird in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

§ 7 lautet in der Kommissionsfassung: „Bei der Verhandlung über Unfälle aus der Land- und Forstwirtschaft sowie aus dem Bergbaubetriebe sind Weisiger aus diesen Berufsgruppen zuzuziehen, sofern nicht besondere Ausnahmeverhältnisse einzelne Abweichungen rechtfertigen.“

In übrigen kann der Vorsitzende des Schiedsgerichts auf Antrag der Berufsgruppenbestimmungen oder der Ausführungsbehörde oder eines Schiedsgerichtsmitgliedern zur Verhandlung und Entscheidung in einem einzelnen Fall, abweichend von der festgesetzten Reihenfolge, Weisiger aus den Betrieben derjenigen Berufsgruppenbestimmungen oder Ausführungsbehörden zuziehen, welcher der Betrieb, in dem sich der Unfall ereignet hat, angehört. Sofern solche Weisiger nicht vorhanden sind, können Weisiger aus solchen Betrieben bestimmt werden, die dem Betrieb, in welchem sich der Unfall ereignet hat, wirtschaftlich nahe stehen. Hat der Vorsitzende einen solchen Antrag abgelehnt, so kann vor Beginn der Verhandlung eine Entscheidung des Schiedsgerichts über den Antrag beantragt werden, welche endgültig ist.“

Die Abgg. Albrecht und Gen. (Soe.) beantragen, diesen Paragraphen zu gestalten wie folgt:

„Zu den Verhandlungen über Unfälle sind die Weisiger derjenigen Berufsgruppen oder Ausführungsbehörden zuzuziehen, welchen der Betrieb, in dem sich der Unfall ereignet hat, angehört. Sofern solche Weisiger nicht vorhanden sind, können Weisiger“ usw. (wie oben).

Eventuell: „Abs. 1 zu streichen und in Abs. 2 die Worte „In übrigen“ zu ersetzen durch: „““

Schließlich beantragt der Abg. Köfide-Deffau (wildlib.), im Abs. 1 vor „zuzuziehen“ einzufügen: „im übrigen die sonstigen Weisiger“.

Abg. Stadthagen (Soe.):

Wir sind der Ansicht, daß Sachverständige bei allen Entscheidungen über Unfälle zuzuziehen sind. Eine Zweifel des Verletzten, ob seine Behandlung auch sachgemäß sei, darf überhaupt nicht aufkommen. Schwierigkeiten in der Ausführung unseres Antrags liegen nicht vor. Aber wären auch wirklich verwaltungs-technische Schwierigkeiten vorhanden, dann müßten diese juristischen, wo es gilt, dem Verletzten eine sachgemäße Behandlung zu teil werden zu lassen. Sollten Sie aber diesen unsern Antrag ablehnen, dann bitten wir dringend, den Absatz 1 zu streichen, damit alle Arbeiter gleich behandelt werden. Es liegt doch gar kein Grund vor, den im Bergbau verletzten Arbeiter besser zu behandeln als den verletzten Fabrikarbeiter. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Gheimrat Caspar:

Es ist schon hervorgehoben, daß es unmöglich ist, in allen Fällen sachverständige Weisiger bei den Entscheidungen über Unfälle zuzuziehen. Deswegen braucht man doch aber nicht soweit zu gehen, daß man, wie der Redner sagt, wenn die Wohlthat der Zuziehung sachverständiger Weisiger nicht allen Arbeitern gewährt werden kann, soll sie überhaupt keinem Arbeiter zu teil werden. Ich kann daher die Anträge der Abgg. Albrecht u. Gen. nicht zur Annahme empfehlen. Dagegen ist mir der Antrag Köfide durchaus sympathisch; ich bitte ihm zuzustimmen.

Abg. Köfide-Deffau (wildlib.):

Durch die Annahme meines Antrags würde ein großer Teil dessen erreicht werden, was auch die Abgg. Albrecht und Gen. mit ihrem Antrag bezwecken. Die Herren geben allerdings bedeutend weiter und verlangen, daß sachverständige Weisiger aus jeder einzelnen Berufsgruppe zuzuziehen sind. Der Herr Regierungsvertreter hat aber überzeugend nachgewiesen, daß dies nicht möglich ist. Nehmen Sie aber meinen Antrag an, dann wird wenigstens ein Teil dessen, was die Herren Socialdemokraten mit ihrem Antrag bezwecken, erreicht werden.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag der Socialdemokraten wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt; der Antrag Köfide dagegen wird mit großer Mehrheit angenommen, desgleichen die so veränderte Kommissionsfassung.

§ 7a ist von der Kommission neu eingefügt worden und bestimmt, daß das Schiedsgericht zu Beginn eines jeden Geschäftsjahrs in der ersten Spruchung aus der Zahl der am Sitze des Schiedsgerichts wohnenden approbierten Ärzte diejenigen auswählt, die als Sachverständige bei den Verhandlungen vor dem Schiedsgericht in der Regel nach Bedarf zuzuziehen sind.

Abg. Fehr v. Stumm u. Halber (Sp.) beantragt den § 7a zu streichen.

Abg. Fehr v. Stumm (Sp.):

Der Beschluß der Kommission ist überflüssig und unpraktisch. Es geht nicht an, auch die Schiedsgerichte unter die Vormundschaft der Ärzte zu stellen. Warum soll der Arzt auch durchaus da wohnen, wo der Sitz des Schiedsgerichts ist? In der Mehrzahl der Fälle liegt das durchaus nicht im Interesse der Schiedsgerichte. Meistens schafft die Bestimmung auch gewissenhaften Ärzte erster und zweiter Klasse, d. h. solche, die das Schiedsgericht keines Vertrauens für würdig hält, und solche, bei denen das nicht der Fall ist. Ich bitte Sie den Paragraphen abzulehnen.

Abg. Rimborn (C.) verweist als Berichterstatter darauf, daß der Paragraph in der Kommission einstimmig angenommen ist.

Der Antrag Stumm wird abgelehnt, § 7a angenommen. § 8 giebt dem Schiedsgericht die Befugnis, denjenigen Teil des Betriebes, in dem der Unfall vorgekommen ist, in Augenschein zu nehmen.

Im Absatz 4 des Paragraphen, der lautet: „Dem Schiedsgericht eingereichte Urkunden sind sowohl der Berufsgruppenbestimmungen als auch dem Verletzten rechtzeitig mitzuteilen; inwiefern ärztliche Zeugnisse in gleicher Weise mitzuteilen sind, unterliegt zunächst der Entscheidung des Vorsitzenden“, beantragen die Socialdemokraten, die Worte „inwiefern bis Vorsitzenden“ zu streichen.

Abg. Fischer-Sachsen (Soe.):

Bereits in der Kommission vor 1897 wurde ein Antrag angenommen, der ebenfalls verlangt, daß dem Verletzten und der Berufsgruppenbestimmung das ärztliche Gutachten unter allen Umständen mitgeteilt werde. Man hat nun den Antrag aus Humanitätsgründen abgelehnt. Ein Mann, der seine Verletzung nicht für sehr schwer

halte, werde durch die Mitteilung, daß er vielleicht Tuberkulose habe, sehr niedergedrückt und mutlos werden. Die Arbeiter selbst wünschen aber Mitteilung von dem Gutachten, um ihr Recht vertreten zu können. Auch kann dadurch verhindert werden, daß die Verletzten in die Gutachten schreiben, die sie nur durch Jutragen erfahren haben und die eigentlich nicht hinein gehören. Ich bitte Sie den Antrag anzunehmen.

Der Antrag wird abgelehnt. § 8 angenommen.

Als § 8a beantragen die Socialdemokraten einzufügen: „Soll dem Verletzten nicht die Vollrente bewilligt werden, weil er in einem andern als seinem bisherigen Berufe noch etwas erwerben könne, so sind Sachverständige aus dem Berufsgebiete, in dem für den Verletzten noch eine Erwerbsmöglichkeit vorhanden sein soll, vor der Entscheidung zu hören.“

Abg. Fischer-Sachsen (Soe.):

Es ist vielfach vorgekommen, daß man nicht die Vollrente zubilligt, weil der Verletzte noch in dem oder dem Berufe etwas verdienen könne. In der Regel läßt man sich da auf das Zeugnis des Arztes. Wenn dieser sagt, der Mann ist nur zu 40% erwerbsunfähig, nimmt man ganz mechanisch an, daß er noch zu 60% in andern Berufen erwerbsfähig ist. Wir erlauben Sie daher, hier die Bestimmung aufzunehmen, daß zunächst Sachverständige vernommen werden.

Staatssekretär Graf Posadowski

hält den Antrag nicht für ausführbar. Die Berufe, in denen der Verletzte noch erwerbsfähig sein kann, werden gewöhnlich sehr häufig sein, so daß eine Vernehmung von Sachverständigen aus all' diesen Berufsgruppen unmöglich wäre. Nur wenn ein bestimmter Beruf in dem Schiedsgerichtlichen Entscheid genant wäre, wäre diese Bestimmung ausführbar. Das ist jedoch fast nie der Fall. Es wird gewöhnlich nur heißen, der Mann kann nicht mehr schwere Lasten tragen usw. Meistens wird die Einrichtung der territorialen Schiedsgerichte, die ich für den Gewinn des ganzen Gesetzes halte, es schon vor selbst mit sich bringen, daß nur Sachverständige in den Schiedsgerichten sitzen.

Abg. Wolfenbuhr (Soe.):

Es ist eine Thatsache, daß in sehr vielen Urteilen der Schiedsgerichte den Verletzten empfohlen wird, in bestimmten Gewerben Arbeit zu suchen. Daher ist unser Antrag durchaus nicht unbedenklich. Außerdem kam ja der Verletzte selbst die Frage auf, was meint ihr für einen Beruf, der für mich noch geeignet wäre, und wenn dann einer oder der andre Beruf genannt wird, ist die Vernehmung eines Sachverständigen sehr leicht ausführbar und durchaus notwendig. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt.

§ 10 bestimmt die Organisation des Reichs-Versicherungsamts.

Abg. Hoffmann-Dillenburg (natl.) beantragt, das Wort „Spruchkammern“ durch „Senate“ zu ersetzen, im Interesse der Gleichstellung mit dem Reichsgericht.

Staatssekretär Graf v. Posadowski bittet, dem Antrag nicht stattzugeben, sondern das gute Wort „Spruchkammern“ beizubehalten.

Abg. Kirch (C.): Ich bitte ebenfalls, das gute deutsche Wort beizubehalten. Ich wünsche nur, daß die verschiedenen Regierungen auch sonst statt der fremdwortigen deutsche Worte einsetzen.

Der Antrag Hoffmann wird angenommen.

§ 15 setzt im Gegensatz zur Regierungsvorlage, die von vier Mitgliedern spricht, fest, daß die Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts in der Besetzung von fünf Richtern erfolgen.

Staatssekretär Graf Posadowski erklärt, daß die Regierung gegen die Fassung der Kommission erhebliche Bedenken habe.

§ 15 wird in der Fassung der Kommission angenommen.

§ 15a ist von der Kommission in das Gesetz eingefügt worden und bestimmt, daß die Entscheidung von drei vereinigten Spruchkammern eingeholt ist, wenn es sich um eine noch nicht festgestellte Auslegung gleichlicher Bestimmungen von grundsätzlicher Bedeutung handelt oder wenn die Spruchkammer in einer grundsätzlichen Rechtsfrage von der Entscheidung einer andern Spruchkammer abweicht will.

Der Abg. v. Nischhofen (L.) beantragt diesem Paragraphen folgende Fassung zu geben:

„Will eine Spruchkammer des Reichs-Versicherungsamts in einer grundsätzlichen Rechtsfrage von der Entscheidung einer andern Spruchkammer abweichen, so ist die Sache zur Entscheidung an eine erweiterte Spruchkammer zu verweisen. Diese entscheidet unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts in der Besetzung mit zwei nichtständigen Mitgliedern des Reichs-Versicherungsamts aus dem vom Bundesrat gewählten Mitgliedern, zwei ständigen Mitgliedern, zwei richterlichen Beamten und je einem Vertreter der Arbeitgeber und -nehmer. An Stelle der zwei nichtständigen können ständige Mitglieder des Reichs-Versicherungsamts zugezogen werden. Das Gleiche gilt, wenn eine Spruchkammer von der Entscheidung der erweiterten Spruchkammer abweichen will.“

Abg. v. Nischhofen-Damodorf (L.) empfiehlt seinen Antrag, weil er das von der Kommission beschlossene sehr komplizierte Verfahren wesentlich vereinfacht.

Gheimrat Caspar bittet ebenfalls, den Antrag Nischhofen anzunehmen.

Abg. Gaulde (fr. Sp.) beantragt, die Worte in dem Antrag v. Nischhofen „je einen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ zu ersetzen durch „je zwei Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer“, und erklärt sich mit dieser Modifikation für den Antrag Nischhofen.

Abg. Stadthagen (Soe.) tritt für die Kommissionsfassung ein. Abg. Gaulde sei der Vater des Kommissionsantrags und sollte doch sein Kind jetzt nicht so verlegen.

Der Antrag Nischhofen wird mit dem Amendement Gaulde angenommen.

§ 20 bestimmt:

Die Berufsgruppenbestimmungen sind berechtigt, unter Berücksichtigung der landesgesetzlichen Vorschriften Einrichtungen zu treffen

1. zur Versicherung der im § 86 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes, § 117 des Unfallversicherungs-Gesetzes für Land- und Forstwirtschaft, § 110 des See-Unfallversicherungs-Gesetzes bezeichneten Personen gegen Haftpflicht;

2. zur Organisation des Arbeitsnachweises;

3. zur Errichtung von Rentenzusatz- und Pensionskassen für die Mitglieder der Berufsgruppenbestimmungen, die bei ihr versicherten Personen und die Beamten der Berufsgruppenbestimmungen sowie für die Angehörigen dieser Personen.

Die Teilnahme an diesen Einrichtungen ist freiwillig. Wird jedoch eine Haftpflichtversicherung bei einer landwirtschaftlichen Berufsgruppenbestimmung eingerichtet, so sind die Berufsgruppen verpflichtet, derselben beizutreten, falls dies in der Berufsgruppenbestimmung mit Zweidrittelmehrheit beschlossen wird. Soweit es sich um Haftpflichtansprüche aus der reichsgesetzlichen Unfallversicherung handelt, darf bei der Einrichtung unter 1 nicht mehr als zwei Drittel durch Versicherung gedeckt werden. Bei der Einrichtung zu 2 sind die Arbeiter in gleichem Umfang wie die Arbeitgeber an der Verwaltung zu beteiligen.

Beschlüsse der Berufsgruppenbestimmung, durch welche Einrichtungen der im Abs. 1 bezeichneten Art getroffen werden, sowie die hierfür erlassenen Statuten und deren Abänderung bedürfen der Genehmigung des Bundesrats.

Dazu beantragt der Abg. Hoffmann-Dillenburg (natl.):

a) den Eingang und Ziffer 1 dahin zu fassen: „Die Berufsgruppenbestimmungen sind berechtigt, Einrichtungen zu treffen

1. zur Versicherung der Betriebsunfallversicherer und der ihnen in Bezug auf Haftpflicht gleichgestellten Personen gegen Haftpflicht“;

b) in Ziffer 3 Abs. 2 den zweiten Satz:

Wird jedoch eine Haftpflichtversicherung bei einer landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft eingerichtet, so sind die Berufsgenossen verpflichtet, dieselben beizutreten, falls dies in der Genossenschaftsversammlung mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen wird, zu streichen;

c) dem Abs. 3 am Schlusse hinzuzufügen:  
Die Berufsgenossenschaften unterliegen auch in Bezug auf diese Einrichtungen der Aufsicht des Reichs-Versicherungsamts.

Der Abg. **Fischbeck** (fr. Vg.) beantragt, den § 20 zu streichen. Ferner beantragt der Abg. **Gamp** (Rp.), in Abs. 2 die Worte „nicht mehr als zwei Drittel durch Versicherung gedeckt werden“ zu ersetzen durch: „eine Versicherung gegen vorzüglich herbeigeführte Unfälle nicht statthaben“.

Die Abgg. **v. Waldow** und **Reichenstein** (L.) und Genossen beantragen in Absatz 2 die Worte von „Wird jedoch“ bis „beschlossen wird“ zu streichen.

Schließlich beantragen die Abgg. **Albrecht** und Genossen (Soz.) die Ziffern 1 und 2 und Absatz 2 zu streichen, eventuell dem Absatz 2 zuzufügen:

„Die hiernach zur Organisation und Verwaltung des Arbeitsnachweises heranzuziehenden Arbeiter sind von dem Versicherten auf Grund des für die Gewerbeurteile maßgebenden Wahlrechts zu wählen.“

Im Gegensatz zum Abg. **Fischbeck** bin ich der Meinung, daß es sehr freudig zu begrüßen ist, wenn den Berufsgenossenschaften die Möglichkeit gegeben wird, die Haftpflichtversicherung in den Kreis ihrer Tätigkeit einzubeziehen. Ich bin nur gegen die Beschränkung, daß die Versicherung höchstens zwei Drittel des Schadens betragen darf.

Abg. **v. Nischhofen**-Damsdorf (L.):  
Auch ich würde die Annahme des Antrags **Fischbeck** aufs äußerste bedauern. Ich bin ein Freund der Berufsgenossenschaften und bin bereit, ihnen auch andere Aufgaben zuzuwenden als die Unfallversicherung. Ich bin nur mit dem Absatz, den ich zu streichen bitte, nicht einverstanden, da er ein Ausnahmestück für die land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften darstellt.

Abg. **Fischbeck** (fr. Vg.) [auf der Tribüne schroter verständlich] befragt seinen Antrag. Die Berufsgenossenschaften hätten mit der Unfallversicherung genug zu thun. Dieselben Gründe, die für die Einbeziehung der Haftpflichtversicherung sprächen, könnten auch für die Einführung der Feuerversicherung und noch ganz anderer Aufgaben geltend gemacht werden.

Staatssekretär **Graf Vosabowitsch**:  
Ich möchte Sie dringend warnen, zuvorgezogene den Beitritt zu den Versicherungsklassen herbeizuführen. Auch dagegen bin ich, daß man sich gegen den vollen Schaden versichern kann, denn dann hat die Regresspflicht so gut wie keine Bedeutung mehr. Es passieren Unfälle, die auf die größtmögliche Fahrlässigkeit der Unternehmer zurückzuführen sind. Würde man der volle Schaden ausbezahlt werden, so würde das sicher dazu beitragen, daß die Sorge für die Aufrechterhaltung der Unfallversicherungs-Vorschriften abnimmt. Das aber wäre zu bedauern. Ich bitte Sie daher, nur den Antrag v. Waldow anzunehmen.

Abg. **v. Waldow-Reichenstein** (L.):  
Ich halte die Gefahr der Haftpflichtversicherung nicht für sehr groß. Ein Zwang darf aber in dieser Beziehung nicht ausgeübt werden. Man darf eben niemand zu seinem eignen Glücke zwingen. Es muß jedem überlassen bleiben, sich gegen Haftpflicht zu versichern wie und wo er will. Ich bitte Sie daher, meinen Antrag anzunehmen.

Abg. **Mollenhuth** (Soz.):  
Es ist eine Forderung, die den Arbeitern unverständlich bleiben wird, daß ein Unternehmer, der so fahrlässig einen Unfall herbeigeführt hat, daß gegen ihn auf Grund des Haftpflichtgesetzes vorgegangen werden kann, sich nur gegen diese Haftpflicht versichern kann. Je teurer dem Unternehmer ein Unfall zu stehen kommt, desto mehr wird er für Verhütung der Unfälle sorgen. Wenn er gegen jeden Schaden des Unfalls versichert ist, wird ihm nicht daran liegen, Unfälle zu verhindern. — Was dann die Befugnis zur Organisation von Arbeitsnachweisen betrifft, so können wir uns auch davon nichts Gutes versprechen. Diese Arbeitsnachweise werden sich gestalten wie der Arbeitsnachweis des Verbands der Metallindustriellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es werden lediglich Organisationen zur Milderung von Arbeitern sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter erhalten Karten, mit denen sie Anträge halten müssen. Diejenigen Arbeiter aber, die irgendwie sich mißlieblich gemacht haben, erhalten die Karten nicht, so werden direkt von den Unternehmern arbeitswillige Leute an der Arbeit verhindert werden. — Diese Arbeitsnachweise würden nur den offenen Krieg zwischen Arbeitern und Berufsgenossenschaften proklamieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte Sie, den ganzen Paragraphen abzulehnen.

Abg. **Dr. Hise** (L.):  
Es besteht ein Bedürfnis, berufliche Arbeitsnachweise einzuführen. An der Verwaltung sind ja Arbeiter und Arbeitgeber in gleichem Maße beteiligt. Der Arbeitsnachweis wird also durchaus segensreich wirken. Natürlich müssen die Arbeitervertreter auf Grund des geheimen Wahlrechts gewählt werden. Gegen eine solche Bestimmung würde der Bundesrat nichts haben.

Abg. **Mollenhuth** (Soz.):  
Herr Hise ist wirklich sehr naiv, wenn er das glaubt. Nach der Haltung der Regierung beim Invaliditätsgesetz ist daran nicht zu denken. Nach der jetzigen Haltung wird sich die Sache so gestalten, daß die Arbeitgeber die Arbeiter ernennen, welche dem Arbeitsnachweis angehören.

Damit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung wird der Eingang und Ziffer 1 des ersten Absatzes nach dem Antrage **Hoffmann-Dillenburg** (nat.) verändert.

In Absatz 2 wird nach dem Antrag **v. Waldow-Reichenstein** (L.) der zweite Satz gestrichen.

In Absatz 3 wird der Zusatz des Antrags **Hoffmann-Dillenburg** angenommen.

Die übrigen Anträge werden abgelehnt.

§ 22 enthält Vorschriften über das Zutrittstreten der einzelnen Bestimmungen der Unfallversicherungs-Gesetze.

Der Abg. **v. Nischhofen** (L.) beantragt dazu:

Die Bestimmungen des § 8 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes und § 11 des Unfallversicherungs-Gesetzes für Land- und Forstwirtschaft (Verhältnis zu Krankenkassen und Armenverbänden) treten erst am 1. Januar 1902 an die Stelle der bisherigen Bestimmungen.

Der Antrag wird nach unwesentlicher Debatte angenommen. Ebenso der Rest des Gesetzes, sowie folgende Resolution: Die Regierung ist ersucht, dem Reichstag thunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen betr. Unfallversicherung der bei Rettung oder Verzug von Personen oder Sachen verunglückten Personen.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Unfallversicherungs-Gesetz für Land- und Forstwirtschaft.)

Das Wort zur Geschäftsordnung erhält

Abg. **Ulger** (Soz.): Es herrscht Ungevißheit im Hause über die Geschäftsfrage des Hauses, die noch vergrößert wird durch Gerüchte über die Dispositionen, welche für die nächste Woche getroffen sein sollen. Es soll unter dem Vorsitz des Präsidenten **Carlen Valfestrem**, der leider nicht anwesend ist, eine Besprechung über die Geschäftsfrage stattgefunden haben, so daß die gesamte Linke dieses Hauses nicht zugezogen worden ist. (Hört! hört! links!) Dort soll beschlossen sein, das Reichsbeschuldigungsgesetz und die sogen. lex Heinze in der nächsten Woche auf die Tagesordnung zu setzen. Ich erlaube mir daher, an den zweiten Herrn Vizepräsidenten die Bitte zu richten, uns mitzuteilen, welche Dispositionen für die nächste Zeit getroffen sind.

Vizepräsident **Schmidt**-Eberfeld: Mir ist nichts bekannt von einer Besprechung, die unter dem Vorsitz des Grafen Valfestrem

stattgefunden haben soll. (Hört! hört! links!) Allerdings hat eine Besprechung des Gesamtverbandes unter Ausschluß des Präsidenten stattgefunden, um wie häufigst über eine Erhebung für diesen zu beraten. (Heiterkeit.) — Ueber die Geschäftsfrage weiß ich nur so viel, daß beschäftigt wird, die Unfallgesetze möglichst hinter einander zur Erledigung zu bringen. Ob es notwendig sein wird, in der nächsten Woche eine oder die andere Vorlage einzuführen, kann ich nicht übersehen. Das Plottengesetz wird jedenfalls in nächster Woche noch nicht zur Verhandlung kommen, da die Budgetkommission ihrer nächste Sitzung erst auf Dienstag angesetzt hat.

Abg. **Gamp** (Rp.) bittet das Reichsbeschuldigungsgesetz in der nächsten Woche zur Verhandlung zu stellen, da dessen schnelle Erledigung von der Regierung gewünscht werde.

Vizepräsident **Schmidt** sagt Erwägung dieses Vorschlags zu. **Schluss 6 Uhr.**

## 12. Verbandstag des Centralverbandes deutscher Brauer und Berufsgenossen.

Dresden, 9. Mai.

Im höchst ausgestatteten Saale des Gewerkschaftshauses in der Albrechtstraße begannen heute die Verhandlungen des deutschen Brauer-Kongresses. Die Tagesordnung ist eine sehr umfangreiche, sie umfaßt 14 Punkte, deren wichtigste lauten: Die Taktik bei Streiks, die Frage der Tarifgemeinschaft und die Erledigung einer großen Anzahl von Anträgen aus allen Gauen Deutschlands. Die Verhandlungen leiten **Wichle-Hannover** und **Ahler-Dresden** als Vorsitzende.

Der Vorsitzende des Verbandes **Bauer-Hannover** berichtete über die Tätigkeit des Vorstandes und anschließend hieran gab **Ragerl-Hannover** den Kassenbericht. Die letzten zwei Jahre ergaben nebst einem Kassenbestand von 14 037,58 M. eine Einnahme von 214 682,93 M. An Eintrittsgeldern wurden 8128 M., an Beiträgen 142 264,40 M., an freiwilligen Beiträgen zur Unterstützung von Streiks 31133,05 M., an Abonnements und für Ineritate 3040,18 M., für Protokolle 412,55 M., aus zurückgezählten Unterstützungen 392,78 M., aus vorhandener Fonds 12 000 M. vereinnahmt. Außerdem gingen 2313,10 M. an sonstigen Einnahmen ein. Die Ausgaben betragen für Verwaltung 33 803,10 M.

An Unterstützungen zahlte der Verband insgesamt 110 921,04 M., davon betrug die Arbeitslosen-Unterstützung 18 048,61 M. Die Krankenunterstützung 17 569,15 M.; für Unterstützung an gemahregelte Kollegen 8891,61 M.; für in Not geratene Kollegen 970 M.; für Unzugskosten 512,90 M.; für Rechtschutz, Strafen und Gerichtskosten 3412,63 M.; für Streik-Unterstützung im Beruf 60 496,67 M. und für Streiks anderer Gewerkschaften 2032 M.

Am 1. Januar 1900 betrug der Kassenbestand 4553,30 M. Bis zum 31. März 1900 betrug die Einnahmen 17 823,57 M., die Ausgaben 7279,67 M., so daß am 31. März ein Kassenbestand von 10 543,90 M. vorhanden ist. Außerdem hat der Brauerverband noch einen Streikfonds, dessen Betrag sich am 31. März 1900 auf 8853,57 M. stellte, sowie einen internationalen Unterstützungsfonds, dessen Bestand am gleichen Tage 2258,84 M. betrug. Das gesamte Vermögen des Verbandes belief sich somit am 31. März 1900 auf 21 656,01 M.

Der Bericht über die Presse, den der Redacteur der „Brauer-Zeitung“, **Krieg-Hannover** gab, führte zu keiner größeren Debatte. — Ein Antrag, wonach den am 9. Mai 1840 Gefallenen ein Kranz gewidmet werden soll, wird sofort einstimmig angenommen.

Zum Bericht der Proskommission fand keine Debatte statt. Darauf wurde den drei Verbandsbeamten und den übrigen Kommissionsmitgliedern Decharge erteilt.

Dresden, 10. Mai.

Die heutigen Beratungen begannen bei dem Punkte Agitation. Der Verbandsvorsitzende **Bauer-Hannover** nimmt hierbei Veranlassung, den bestehenden Agitationskommissionen zu empfehlen, mit Kollegen der Orte, wo sich noch keine Zellen des Verbandes befinden, persönlich in Verbindung zu treten, befragt aber im übrigen, dem Hauptvorstand, da er die Kosten zu tragen habe, auch die Agitation zu überlassen. Außerdem sprechen hierzu noch 35 Redner, wovon die meisten die Bildung von fest abgegrenzten Agitationsbezirken befürworteten. Angenommen wurde nach stündiger Debatte ein Antrag, die Agitationskommissionen aufzuheben und die Agitation den Hauptvorstand in Verbindung mit den Zellen regeln zu lassen. Ebenso der Antrag, daß der Verband in Gauen eingeteilt wird, die zugleich als Wahlkreise für den Verbandstag gelten. Zu den Vorarbeiten zur Gau-Einteilung wird eine Kommission, bestehend aus sechs Personen, eingesetzt, die sofort ein sog. Gouteglement auszuarbeiten hat. — Ein Vortrag **Mein-Hamburg**, nach welchem der Hauptvorstand eine Fortschritte zur Agitation herausgeben soll, wird angenommen. Ein weiterer Antrag, regelmäßige Agitationstouren festzusetzen, wird ebenfalls angenommen. Darauf wird in die Beratung der allgemeinen Anträge, welche sich in der Hauptsache mit der Entschädigung der örtlichen Funktionäre befassen, eingetreten. Es wird beschlossen, den Funktionären nur die varen Auslagen, Veranlassungen usw. zurückzuerstatten, sowie 50 Pf. für jedes an einer Sitzung teilnehmende Mitglied zu bewilligen. Die Beiträge zu den örtlichen Gewerkschafts-Zeitungen sollen aus den Verbandsmitteln gezahlt werden.

Nachdem **Takill** bei Streiks referiert **Klein-Hamburg**, Dieser führte an: Es sei sehr wichtig, von Bewegungen, die auf eine Verbesserung der Lage, Verkürzung der Arbeitszeit u. dergleichen, schon monatelang vorher den Unternehmern Kenntnis zu geben. Sollte ein Streik wirklich durchgeführt werden, so sei im stillen der Boden der Bewegung zu öffnen, dann aber, und zwar gleich nach Heftigkeiten der Einigungsverhandlungen mit den Unternehmern, plötzlich und energig loszubrechen. Den Unternehmern imponieren man bei solchen Verhandlungen durch Ruhe und Sachlichkeit. Ferner müßten beim Ausbruch des Streiks alle Vorbereitungen gründlich getroffen und alle Personen zur Leistung des Streiks schonvorhanden sein. Aber auch andere Gewerkschaften sind zu benachrichtigen, da gerade bei einer Brauerbewegung diese eine große Rolle spielen. Dabei gelte von **Vierbohrer**: Bei letzteren müsse auch den Arbeitern in der Umgegend der betreffenden Orte Mitteilung gemacht werden, um zu verhindern, daß diese mit dem boykottierten Bier überfahren würden.

Die interessante Debatte, die sich dem Referat angeschlossen, bewegte sich durchaus im Sinn des Referenten.

## Versammlungen.

Eine Delegiertenversammlung der Straßenbahn-Schaffner und Wagenführer hat in der Nacht zum Freitag in den Anninshallen stattgefunden, nachdem die Beamten der sämtlichen Depots ihre Vertrauensmänner gewählt hatten. Diese Versammlung hatte nur den Zweck einer Vorgesprächung, bei welcher die der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft zu unterbreitenden Forderungen beraten wurden. Dieselben lauteten: Erhöhung des Kinsangsgehalts auf 100 M. und des Höchstgehalts auf 150 M., Einführung einer neunständigen Arbeitszeit, zu welcher die Pausen auf den Endstationen sowie die Zeit vom Dienstantritt auf dem Depot bis zur Abfahrt, sowie diejenige von der Beendigung der letzten Fahrt bis zur erfolgten Abrechnung zu rechnen sei, die möglichst frühe Durchführung der den Beamten zustehenden 4 freien Tage im Monat. Bei ausnahmsweiser Abwesenheit eines solchen eine Entschädigung von 60 Pf. pro Dienststunde. Schließlich wird noch die Einführung des Pensionsfonds und die Verlegung des Ober-Inspektors **Stavenow** und des Ober-Kontrollieurs **Krause** gefordert werden. Die Delegierten werden die Forderungen in der nächsten Woche der Direktion unterbreiten.

Zu Dienstagabend ist eine große Versammlung im Zempalast geplant, in der die Forderungen nochmals eingehend beraten werden sollen.

Die Müllschaffer und Mitschaffer der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer erhoben in einer Versammlung, die am

Donnerstag stattfand, Protest gegen die Einführung einer rigorigen Arbeitsordnung. Die aus dem Vortage des Referenten **Stiene** hervorgegangene, handelt es sich um eine Instruktion für die Schaffner (Mitschaffer) der Wirtschaftsgenossenschaft. Die Instruktion besteht zwar schon seit längerer Zeit, sie ist aber seit dem letzten Streik der betreffenden Arbeiter vollständig zum größten Teil außer Kraft gesetzt worden, sie soll aber jetzt in etwas veränderter Form von den Arbeitern durch Unterschrift anerkannt werden. Zur Kennzeichnung der Instruktion hob der Referent einige Bestimmungen derselben hervor. So müsse der Schaffner für eine Lebermappe, die nur 1,25 M. wert sei, an die Genossenschaft 2 M. zahlen, er werde verpflichtet, Trinkgelber, die ihm für gewisse Verrichtungen von den Hausbesitzern zufließen, an die Genossenschaft abzuliefern, und des Sonntags solle der Schaffner den Wagen waschen. Für Verstöße gegen die Instruktion seien eine ganze Reihe von Geldstrafen vorgesehen, aber es werde nicht gesagt, wozu die Straf-gelder verwendet werden. — Die Diskussionsredner waren übereinstimmend gegen die Anerkennung der Arbeitsordnung. Unter anderem wurde hervorgehoben, daß die Schaffner nicht nur zum Wagenwaschen, sondern auch zur Instruktion des Sonntags erscheinen müssen. Ein Redner erzählte, daß er wegen einer Gefällig-keit, die er bei Ausübung seiner Arbeit als Schaffner der Wirtschaftsgenossenschaft einem Hausbesitzer erwiesen, entlassen und noch mit einer Strafe von 20 M. belegt worden sei, die ihm von der Kautionsabgezogen wurde. — Die Versammlung beauftragte eine Kommission, bei der Direktion der Wirtschaftsgenossenschaft vorstellig zu werden und die Zurücknahme der genannten Instruktion zu verlangen.

Die Stelmacher nahmen in ihrer Versammlung am 9. Mai den Bericht über die Verhandlungen mit den Zimmungsmeistern entgegen, die sich mit den Lohnforderungen der Arbeiter beschäftigten. Die Meister haben mit schwacher Majorität der Einführung der neunständigen Arbeitszeit zugestimmt und eine entsprechende Lohnerhöhung bewilligt. Aufgabe der Stelmacher wird es nun sein, diese Forderung strikte zur Durchführung zu bringen, denn Zustimmung der Meister dürfte nur mit Rücksicht auf den Holzarbeiter-Verband erfolgt sein, der den Arbeitern eine Stütze ihrer Forderungen bot. Von der Kommission wurde den Kollegen vorgeschlagen, Sonnabend bei der Lohnzahlung ihren Arbeitgebern zu erklären, daß von Montag ab neun Stunden mit der entsprechenden Lohnaufbesserung gearbeitet wird mit dem Hinweis auf den Beschluß der Zimmung. Sollten sich Arbeitgeber hiermit nicht einverstanden erklären, so soll am Montag die Arbeit nicht wieder ausgenommen werden. Für die Kollegen, welche in den Streik treten, findet Montagvormittag 10 Uhr bei **Schiller, Rosenkranzstr. 57**, eine Versammlung statt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 13. Mai, vorm. 9 1/2 Uhr im oberen Saal des „Englischen Gartens“, Alexanderstr. 27: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. — Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn **Wilhelm Bölsche**: „Waldsiedel und Himmelskinder“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Christverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Berlin III.) Sonntag, den 13. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, Versammlung bei **Gaßler, Dönhofsstr. 23**: Monatsbericht. Ueber **Wichle** beim Arbeitsnachweis der Eisenindustriellen. Herrenpartie.

Radsportverein „Courier“. Fahrt nach Werder Sonntag 6 Uhr morgens. Start: **Rheinbergstr. 39**.

## Nochmals Herr Schlalizer.

Die gründlich Herr Schlalizer den Verein kennt, den er in dem belakuten Zone von oben herab Maßschläge zu erteilen für gut befindet, zeigt die gestrige Erwiderung, in der er meine Wenigkeit, den Vorsitzenden, als „Säulenleiter“ angreift. Er weiß aufeinander nicht einmal, daß die Säulenleitung Sache des Vorstandes und nicht des Ausschusses ist, dem der Vorsitzende durchaus in demokratischer Weise, als bloßes Mitglied eingeordnet ist.

Dies nebenbei. Schlalizer ist es, daß Herr Schlalizer in seiner Antwort das elementarste Erfordernis jeder Diskussion, den guten Willen, den Gegner überhaupt zu verstehen, vermissen läßt. Ich sage: Nach Schlalizers Art einen Dramaturgen anstellen und bezahlen, hieße: die Volksschule zu einer experimentierenden Secessionsbühne machen, also den Charakter, mit dem sie groß geworden, ändern wollen; und ich sage hinzu, daß diese Veränderung schon wegen der Dürre der dramatischen Produktion ganz unfruchtbar er-scheine. Herr Schlalizer fällt es gar nicht ein, auf diese Erwägungen einzugehen. Statt dessen produziert er, wiederum in jenem belakuten Ton, auf den er nach seinen Einleitungsworten noch besonders stolz zu sein scheint, ein paar alberne Assimilationen, die darauf ab-zuwenden, meine Ablehnung als Unwissen einer Ignoranz, die von dramaturgischer Tätigkeit noch überhaupt nie etwas hat läuten hören, hinzustellen. Und um den Effekt noch krasser zu machen, kommt als Nachschuß dann die in ihrer bodenlosen Uebertriebenheit wahrhaft haarsträubende Behauptung, daß jede Bühne einen Dramaturgen hat.

Viele die Schammschlägerei zeidnet den Versuch des Herrn Schlalizer aus, zwischen meiner Ablehnung seines Vorschlags und einem Citat aus den Volksschulheften einen Widerspruch heraus-zufingern. Eben weil die Kritik, auf die wir gehofft ... nicht gekommen ist, eben darum ist der Vorschlag, einen besonderen Dramaturgen anzustellen und unter Aufgäbe ihres alten Charakters eine Versuchsbühne verlamter Talente zu werden, besonders thöricht. Denn was nicht da ist — die von uns zuerst erhobte Kunst —, das wird auch der bestbezahlte Dramaturg nicht finden können. Wo bleibt da der Widerspruch, Herr Schlalizer? Zeugne ich etwa damit, daß ich den alten Charakter der Volksschule Ihre im Pro-jekt entgegenstelle, daß ich überhaupt Veränderungen in der Lage unfreies Vereins vollzogen haben mögen? Und wenn nicht, was beweist der von Ihnen angezogene Satz für den gewünschten Widerspruch? So klar die Wahrheit, so dunkel sind die Deduktionen.

Godt! Bezeichnend für die Logik von Herrn Schlalizer ist endlich auch die Entdeckung „des kleinen demagogischen Aniffs“: einer Demagogie, die in meinem Hinweis liegen soll, daß der Dramaturg, dessen Nutzen ich bestreite, aus Arbeitergroßen bezahlt werden müßte. Warum Demagogie? Nun, ruft Herr Schlalizer, werden nicht auch die Schauspieler, der Regisseur, der Kassierer aus Arbeitergroßen bezahlt? Die Demagogie besteht also aufeinander darin, daß man zwischen notwendigen und nicht notwendigen Ausgaben, da wo es sich um Arbeitergroßen handelt, einen Unterschied macht!

So viel zur Charakteristik von Herrn Schlalizers Kampfesweise.

Wenn ich in meinem ersten Artikel beiläufig erklärte, daß, nach den Kritiken des Herrn Schlalizer, im Schiller-Theater gegen-über andern Bühnen „Alles Licht sei“ und daß diese seine Privatmeinung seinen Lesern hinlänglich bekannt wäre, so habe ich damit Thatsachen konstatiert, die sich nicht gut abstreiten lassen. Den Vorwurf be-züglich der Parteilichkeit habe ich damit gegen ihn nicht erhoben und nicht erheben wollen. Ich will annehmen, daß seine Kritiken immer die unmittelbaren Eindrücke, die er im Theater erhielt, wieder-spiegeln. Aber wenn diese Eindrücke dauernd derart waren, daß die Kritiken über das Schiller-Theater eine bei Herrn Schlalizer ganz exzessive Färbung des Lobes und der Anerkennung annahmen, und zwar in solchem Maße, daß das anfällig und in wenig freundlicher Weise gedeutet wurde, dann hätte man von der Selbstkritik des Herrn Schlalizer vielleicht erwarten dürfen, daß er, bei der eigentümlichen Haltung, die er zum Schiller-Theater einnahm, gegen die Objektivität seiner Eindrücke in gewissem Grade nicht zurück geworden wäre; man hätte vielleicht erwarten dürfen, daß sein Fall, durch eine solche Selbstkritik geklärt, ihn, um auch den Schein der Parteilichkeit zu vermeiden, ihn drängen würde, die kritischen Berichte über eine Bühne, an der er selbst interessiert war, in andre Hände abzugeben. Es ist Herr Schlalizers Schuld, wenn ich, durch seine Provokation am Schlusse gezwungen, in dieser Sache, die ja mit der „Freien Volksschule“ gar nichts zu thun hat, so deutlich werden mußte.

Conrad Schmidt

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonnabend, den 12. Mai.  
Opernhaus. Das eiserne Pferd. Anfang 8 Uhr.  
Schauspielhaus. Schwarzwald. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Deutsches. Die Geschwister Untreu. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Festung. Hedele. Jephthas Tochter. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Berlin bei Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Im Gril. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neubaus. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Westen. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Der Richter von Zalamea. Anfang 8 Uhr.  
Thalia. Wie man Männer feiert. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Suisen. Ihr Pathe. Anfang 8 Uhr.  
Central. Berlin nach Elb. Anfang 8 Uhr.  
Belle-Alliance. Onkel Bräutig. Anfang 8 Uhr.  
Victoria. Opernvorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Jodons Abenteuer. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.  
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 8 Uhr.  
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Eine alte Geschichte. Anfang 8 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Vasage-Vanoyllum. Spezialitäten-Vorstellung.  
Urania. Jubiläum. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.  
Landsstrasse 48/49. Abends 8 Uhr (im Theaterloaf): Von den Alpen zum Vesuv.  
Roggen. 5 Uhr: Dasselbe. (Gründigste Stelle)

### Schiller-Theater

(Wallner-Theater).  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Der Richter von Zalamea.  
Schauspiel in 3 Aufzügen v. Calderon de la Barca, deutsch v. Adolf Wildbrandt.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
Nacheth.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Der zerbrochene Krug.  
Hierauf:  
Amphitryon.  
Montag, abends 8 Uhr:  
Fröschweller.

### Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dresdenerstr. 72/73.  
Gastspiel Annie Dirksen.  
Wie man Männer feiert.  
Soubrette: Woffe in 4 Akten. Musik v. Victor Koger.  
Hauptrollen: Annie Dirksen, Elise Kramm, Joh. Junfer-Schay, Ellen Roland, Reinhold Westhof, Hermann Haas, Albert Kühne.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage: Wie man Männer feiert.

### Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.  
Nur noch  
3 Vorstellungen.  
Um 8 1/2 Uhr Direktor Winder in dem so erfolgreichen Charakterbild  
Eine alte Geschichte.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Montag, den 14. Mai  
letzte Vorstellung.  
(Schluß der Saison)  
Ethen-Vorgeschichte, Gütcheine sind zum letztenmal gültig.

### Apollo-Theater.

Im Reiche des Indra  
Tortajada  
sowie die neuen Spezialitäten.  
Garten-Konzert 7 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Vorverkauf täglich im Theater sowie im Künstlerdank und Invalidendank

### Metropol-Theater.

Deutsches. 15/17. Direktion R. Schulz. Telefon I 2126.  
Um 8 Uhr 10 Min.:  
Der grösste Operetten-Erfolg der letzten 3 Jahre.  
Der Zauberer am Nil.  
Sensuelle Ausstattungs-Operette (sowie)  
das neue erstklassige Mai-Spezialitäten-Programm  
Anfang täglich 8 Uhr (auch Sonntags).  
Stempeln oberhalb gefaltet.

## Urania

Taubenstrasse 48/49.  
Im Theater abends 8 Uhr:  
„Von den Alpen zum Vesuv.“  
Um 5 Uhr: Dieselbe Vorstellung. Ermäßigte Preise.  
Invalidenstr. 57/62:  
Tägl. Sternwarte.  
Nachmittags 5-10 Uhr.

### Passage-Panopticum.

9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.  
Letzte Woche!  
35  
Togo-Neger  
Vorstellungen stündlich.  
Passage-Theater:  
Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr.

### CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.  
Grösste Sehenswürdigkeit der Residenz!  
Neu! Mr. Roberts, der erste Zauberkünstler und Illusionist der Welt!  
Neu! Die Bückeburger, humoristisches Sänger- und Konzert-Ensemble.  
Entree 50 Pf.  
Kinder u. Militär ohne Charge 25 Pf.

### Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.  
Sensationeller Lacherfolg!  
Anfang 8 Uhr.  
Berlin nach Elb.  
Gr. Fosse in glänzender Ausstattung. Die sensationellen Schlager: Eisenbahn-Quartett! Cordula! Lebenslauf einer Künstlerin! Aufzug der Parfams. (Blühendes Ballett.)  
Morgen u. folgende Tage: Berlin nach Elb.

### Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstrasse 132.  
Zum vorlesenden:  
Der  
Mineralfönig von Transvaal.  
Ohm Krüger: Direktor Carl Weiss.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorgeschichte haben Gültigkeit. Bei günstiger Witterung: Im Garten  
Frei-Konzert.  
Anfang 7 Uhr.  
Morgen: Der Mineralfönig v. Transvaal.  
Montag: Wiederholung der Frei-Konzert-Vorstellung: „Deutschlands Erhebung und Einigung im 19. Jahrhundert.“

### Victoria-Theater.

Alexanderplatz.  
9. Gastspiel des ersten Hamburger plantendischen Ensemble! Kolossalster Lacherfolg!

### Familie Buchholz.

Verher: Tante Lotte.

### Kurfürsten-Damm.

Eröffnung 16. Mai.  
Barnum & Baileys

### grösste Schauausstellung der Erde.

Nur auf 26 Tage.  
Grossartiges internationales Vergnügungs-Etablissement  
In Amerika begründet.  
Ein ausgewähltes Programm von 100 Nummern  
in 3 Manegen, auf 2 Bühnen und 1 Rennbahn.  
2 Menagerien 2  
Billets haben Gültigkeit für alle angezeigten Sehenswürdigkeiten und geben dem Inhaber Anrecht auf einen Sitzplatz.  
Keine Nachzahlungen.  
Täglich 2 Vorstellungen um 3 und um 8 Uhr. Eröffnung 1 Stunde vor Anfang der Vorstellung zur Besichtigung der Menagerien, der interessantesten lebenden menschlichen Abnormitäten und einer ganzen Sammlung von Wunderdingen.  
Preise nach Lage der Plätze:  
Entree inkl. Sitzplatz 1 u. 2 Mk.  
Sporrsitz . . . . . 3 „  
Reservierter Platz . . . . . 4 „  
Logo pro Platz . . . . . 6 „  
Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte für alle Plätze mit Ausnahme der 1. und 2. Mark-Plätze. Sämtliche Plätze sind nummeriert mit Ausnahme der 1. und 2. Mark-Plätze. 4 und 6 Mark-Plätze im Vorverkauf bei Paul Grimm, Cigarren-Importeur, Unter den Linden No. 47. Der Billetverkauf findet auch an der Kasse bei Eröffnung der Ausstellung statt.

### Belle-Alliance-Theater.

Onkel Bräutig.  
Abendmahl für die Sommer-Saison 1900. (15. Mai bis 1. September.)  
Tägliches Programm:  
Im Park:  
Grosse Militär-Konzerte. Elite Variété-Vorstellung. Weltbekannte Illumination. Elektrische Leuchtbäume.  
Im Theater:  
Erstklassige Gastspiele. Abonnement: 5 M. bzw. 3 M. für die ganze Saison gültig täglich an der Theaterkassa.

### W. Noacks Theater.

Bismarckstr. 16.  
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:  
Theater-Vorstellung.  
Der Wirrwarr.  
Fosse mit Gesang in 5 Akten von Kogebue.  
Nach der Vorstellung:  
Tanzfränzchen.

### Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger  
Anfang:  
Bismarckstr. 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pfennig.  
Sonderverkauf 40 Pf.

### Schweizer Garten

Am Königsthor. — Haltestelle der Ringbahn. — Am Friedrichshain.  
Jeden Sonntag:  
Grosses Garten-Konzert  
von der Hauskapelle und 44618  
Specialitäten-Vorstellung.  
Volkshelustigungen | Im grossen Saal  
Ball.  
Anfang 4 Uhr. Von Pfingsten ab täglich:  
Konzert und Vorstellung.  
Entree 30 Pf.

### „See-Terrasse“, Lichtenberg,

Röderstrasse 6.  
(Die breite Röderstrasse verbindet das Stauerhaus Landsberger Allee mit dem Dorfe Lichtenberg)  
Zu Fuss in 8 Min. v. den betr. Ringbahnstationen u. Haltestell. der elektr. Bahn erreichbar.  
Vergnügungs-Etablissement I. Ranges 20 000 Personen fassend.  
Täglich: Konzert der Römer Bersagleri.  
Täglich vorzögl. Elite-Programm im Variété-Theater.  
Novität: „Lichtenberg auf Stelzen“ Kolossaler Lacherfolg!  
Tanz: Sonntag, Montag und Donnerstag.  
Großer Vergnügungspark.  
Hippodrom, 4 Kegelbahnen, 20 Ruderboote, Stallungen, Schutzhäuser für 100 Fahrräder. Familien können Kaffee kochen.  
Eintrittspreis: 10 Pf., Kinder frei.

## Baumblüte Werder

Gluten-Kakao  
Gemüse- und Kraftsuppen  
Bouillon-Kapseln  
Suppen-Würze  
finden bei allen, welche auf eine schmackhafte, gesunde Küche und Sparsamkeit sehen, die grösste Anerkennung. Zu haben bei Gustav Stiemer, NW, Zwinglistrasse 141.

### Atteft:

Herrn  
Apotheker A. Wurm!

Die glückliche Zusammensetzung des „Magendoktors“ und seine vorzügliche Wirkung auf die Magenfunktion scheinen darin zu gipfeln, dass er bei grossem Extraktgehalt (5,24) nur 30,5 Proz. Alkohol enthält. Er wirkt daher robortierend und anregend (erwärmend), ohne wegen des relativ kleinen Alkoholgehalts zu schaden. Ich kann demnach den „Magendoktor“ überall dort empfehlen, wo eine anregende Mischung für den Magen angezeigt ist, wo Gewöhnung aber an Alkohol möglichst vermieden werden soll.  
T. . . . . 22. Febr. 1900.  
Dr. med. E. . . . . Gerichtsarat.

Gratisproben werden, so lange der Vorrat reicht, in Dankschreiben und Droguenhandlungen abgegeben.  
Ausschank in den Restaurationen.

## Otto Wetzels & Co.

Mechanische Schuhfabrik mit Dampftrieb.



Herren-  
Zugstiefel, starke Ware.  
von M. 3,90 an.

Damen-  
Spangenschuhe, braun u. schwarz.  
von M. 2,90 an.

Kinder-  
Schuhe v. 35 Pf. an.  
Kinder-  
Stiefel von 1,30 an.

Otto Wetzels & Co.  
Schuh-Fabrik.  
BERLIN

Unsre Verkaufsstellen in Berlin befinden sich:  
32. Landsberger-Strasse 32.  
6. Dresdener-Strasse 6.  
52. Wilsnacker-Strasse 52.  
Unsre Preise sind deutlich auf der Sohle ausgestempelt.  
Direkter Verkauf ohne jeden Zwischenhandel.

### Deutsche Konzert-Hallen

Stadtbahnhof Börse.  
Täglich:  
Grosse Theater- und Variété-Vorstellung.  
Die humoristischen Bildsch. Wersch. Zimmermann, Garich, Benari.  
„Die Lucia von Rixdorf“  
Sowje  
Fergeant Schneidig und militärische Eindrücke.  
Beginn der ausländischen Orchester Woche. 6 Uhr, der Theaterabt. 8 Uhr

### See-Terrasse, Lichtenberg,

Röderstrasse 6.  
(Die breite Röderstrasse verbindet das Stauerhaus Landsberger Allee mit dem Dorfe Lichtenberg)  
Zu Fuss in 8 Min. v. den betr. Ringbahnstationen u. Haltestell. der elektr. Bahn erreichbar.  
Vergnügungs-Etablissement I. Ranges 20 000 Personen fassend.  
Täglich: Konzert der Römer Bersagleri.  
Täglich vorzögl. Elite-Programm im Variété-Theater.  
Novität: „Lichtenberg auf Stelzen“ Kolossaler Lacherfolg!  
Tanz: Sonntag, Montag und Donnerstag.  
Großer Vergnügungspark.  
Hippodrom, 4 Kegelbahnen, 20 Ruderboote, Stallungen, Schutzhäuser für 100 Fahrräder. Familien können Kaffee kochen.  
Eintrittspreis: 10 Pf., Kinder frei.

## Baumblüte Werder

Gluten-Kakao  
Gemüse- und Kraftsuppen  
Bouillon-Kapseln  
Suppen-Würze  
finden bei allen, welche auf eine schmackhafte, gesunde Küche und Sparsamkeit sehen, die grösste Anerkennung. Zu haben bei Gustav Stiemer, NW, Zwinglistrasse 141.

### Atteft:

Herrn  
Apotheker A. Wurm!

Die glückliche Zusammensetzung des „Magendoktors“ und seine vorzügliche Wirkung auf die Magenfunktion scheinen darin zu gipfeln, dass er bei grossem Extraktgehalt (5,24) nur 30,5 Proz. Alkohol enthält. Er wirkt daher robortierend und anregend (erwärmend), ohne wegen des relativ kleinen Alkoholgehalts zu schaden. Ich kann demnach den „Magendoktor“ überall dort empfehlen, wo eine anregende Mischung für den Magen angezeigt ist, wo Gewöhnung aber an Alkohol möglichst vermieden werden soll.  
T. . . . . 22. Febr. 1900.  
Dr. med. E. . . . . Gerichtsarat.

Gratisproben werden, so lange der Vorrat reicht, in Dankschreiben und Droguenhandlungen abgegeben.  
Ausschank in den Restaurationen.

## Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Klein-Verkau. Jede harte Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Nichtspitze u. flappnähte. Beste Leder-Pilot-Taschen, die Felle  
(bei Entnahme von) 4 M. 50  
(6 Stück 26 M.)  
Edel indigoblaues Jackett für  
Machinisten, Monteur etc. 1 M. 90  
Edel indigoblaue Felle dito . 1 M. 50  
Prima brauner Felle 8.-, 5,50, 3,50  
Gefütterter brauner Jackett 13.- 9.-  
reize Mittel, gebildet Reize 2 M.  
Rohr-Rittel in weissen Art. 2 M. 25  
Mechaniker-Rittel (braun) . 2 M. 40  
Weisses Leder-Jackett, ge-  
füttert, zweifach . . . 7 M. 50  
Weiße Leder-Hose, Prima  
Ware . . . . . 3 M. 75

## Baer Sohn

En gros. Export. En detail.  
Grosshändler. 24a. Brückenstr. 11.  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Die 15te Vertikale 1900 über gesamte Herren- und Knaben-Bekleidung (Anzüge 1 Million) wird loslassen und portofrei zugesandt.  
Verkau von 20 M. an franco. —  
Bei Bestellung genügt Angabe der Brust u. Hüfweite u. Schrittlänge.  
Obige Preise gelten für normale Größen.  
40902

## Fertige Kleider

zu sehr billigen Preisen.  
Fertiges Kleid a. reissellosem englischen Stoff. 15 M., 18 M.  
Fertiges Kleid, elegante Braut-  
menschen-Moden, engl. Stoff.  
20 M., 25 M., 30 M.  
Schwarze Kleider 20 M.  
25 M.  
Gesellschafts-Kleider in den  
neuen Jacoens 20 M., 30 M.

## Einzelne Röcke

in den neuesten Jacoens.  
Schwarz und farbig, auf Futter  
6 M., aus guten detaillierten  
Stoffen 7 M., 10 M., 12 M.

## Jackenkleid

in Leder und Cheviot  
10 M., 15 M., 18 M.  
Jackenkleid  
in Cheviot und Covercoat  
25 M., 30 M.  
Figarokleid  
(Stoff mit hergem. Nadeln)  
12 M., 15 M., 18 M.

## Seiden-Kleider 30 M.

## Jacketts

unter die neuesten Jacoens,  
8 M., 10 M., 12 M.  
elegant verziert 15 M.  
Capes und Kragen,  
bestät 5 M., 7 M., 9 M.,  
12 M., 15 M.

## Sielmann & Rosenberg

Kommendantenstrasse,  
Edel Lindenstrasse.  
Wer-Stoff-hat  
fertige Anzüge 20 M., feinste  
Zutaten, saubere Arbeit, zwei  
Anproben. 45678  
!!! Ohne Konkurrenz !!!  
!!! Ladeloher Sie !!!  
Anzüge, Röcke, Jacketts,  
Röcke spottbillig.  
Verkauf fast jeden Stoff billiger  
als Fabrikunter-Holaktion.  
Herren-Bekleidung  
Brunnenstrasse Nr. 66, part.

## Schultze,

Wasserthorstr. 1/2, 1.  
Behandlung aller Haut-,  
Harn- und Haisentleiden ohne  
jegliche Beerdigung. 3073L  
Sprechstunden 9-2 u. 5-9.  
Donnerstagsvormittag keine  
Sprechstunde.  
Bei Verweisung der  
Versandkarte 10 Proz.

## Laabs

Eisenstr. 30.  
Behandl. aller Haut-, Harn-  
und Haisentleiden  
ohne schädliche Mittel u. Gifts.  
Sprechst. 9-2 u. 5-9.  
Freitag und Sonntag nur 9-2.  
Sprechstunden Grunhagenstr.  
G. Jannasch (früh. Kaiser)  
Gesellschafts- u. Salon, Anfahrt. 10.  
empfehl. Berlin-Tempelhof und Saal  
in öffentlichen Versammlungen. Jeden  
Sonntag: Ball! 45192





Kommunales.

Coals giebt es in den Gasanstalten für die kleinen Leute in diesem Jahre höchstwahrscheinlich nicht mehr, denn die gesamte verfügbare Produktion dieses Jahres ist von dem Verwaltungsdirektor an mehrere Großhändler verkauft worden.

Sehr bezeichnend für die Verwaltung der Gaswerke ist es, daß von diesem Vorgang die Gasdeputation sowie ihr Vorsitzender Stadtrat Ramskau erst etwas erfahren hat, als an der Thatsache nichts mehr zu ändern war.

Um der dadurch entstehenden Not in etwas zu begegnen, hat die Brennmateriale-Deputation beim Magistrat den Antrag gestellt, die 300 000 Hektoliter, welche ihr für die Schulen usw. zur Verfügung stehen, an die kleinen Abnehmer zu verkaufen, und in den städtischen Schulen und Anstalten wieder zur Kohlenfeuerung überzugeben.

Die Arbeiter haben sich also auf noch höhere Coalspreise einzurichten, denn die Händler werden ihren Vorteil schon wahrzunehmen wissen.

Zur Frage der Streik Klausel. Bei der Vergabe der Arbeiten für das Hauptgebäude des IV. Krankenhauses hat das Magistratskollegium bestimmt, daß diese Arbeiten derjenigen Firma übertragen werden, welche die Ausnahme der Streik Klausel nicht verlangt.

Die Arbeiter haben sich also auf noch höhere Coalspreise einzurichten, denn die Händler werden ihren Vorteil schon wahrzunehmen wissen.

Zur Frage der Streik Klausel. Bei der Vergabe der Arbeiten für das Hauptgebäude des IV. Krankenhauses hat das Magistratskollegium bestimmt, daß diese Arbeiten derjenigen Firma übertragen werden, welche die Ausnahme der Streik Klausel nicht verlangt.

Lokales.

Achtung, 1. Wahlkreis! Den Parteigenossen zur Nachricht, daß die Mitglieder des Wahlvereins am Sonntag, den 13. d. M., einen Ausflug nach Stralau und Treptow machen.

Achtung, 7. Wahlkreis. Am Sonntag, Punkt 7 Uhr früh Flugblattverteilung zu der event. erforderlichen Neuwahl. Sammelpunkte: I. Abteilung Wilmers Lokal, Wilmstr. 59.

Der Arbeiterschaft zur Nachricht, daß das Lokal Eiseller, Chausseestr. 88, der Arbeiterschaft zu Versammlungen zur Verfügung steht.

Mittelalter um 1900.

Betrachtet man die Extravaganzen gewisser sich als national gebendenden Kreise, so kann man kaum zu einem andern Schlusse kommen, als daß Deutschland in dem Zeitalter eines bis dahin unerreichten technischen und naturwissenschaftlichen Fortschritts geradezu wieder ins Mittelalter, da wo es am frühesten ist, hineintaumelt.

Das sind ganz dieselben Mittel, die vor einigen Jahrhunderten im Schwung waren. Die Judenverfolgung in Bern, welche 1287 in Konstanz anhub, wurde mit der Beschuldigung eingeleitet, daß die Juden ein Anablen mit Radelischen getötet hätten.

Warum nur diese dunklen Blätter aus der Geschichte des Christentums ausschlagen? Judenbrutereien im mittelalterlichen Sinn sind trotz ewiger geheimer Herzenswünsche unsrer in der Religion der Liebe erzeugten Urteufeln nicht mehr gut möglich.

wohnt am Orte wie verwüstet aussehend; auch nicht eine einzige Familie sei von den Verheerungen verschont geblieben, welche die Wölfe, aufgeregt infolge der königlichen Affaire und der damit verbundenen Agitation, angerichtet hätte.

Man sieht, am guten Willen, es dem Mittelalter gleich zu thun, fehlt es den vom Richte des Socialismus noch nicht aufgeschlachten Rassen in jener dunkeln Gegend kaum.

In Berlin liegt es an der Intelligenz der Bevölkerung, über den heillosen Zustand der Wäcker und Winderwald gelacht wird. Im dunkeln Osten kann ihre Art aber noch Unheil genug anrichten.

Die Stadtverordneten-Versammlung erhält als Bundesgenossin des Scharfmachertums von den Blättern dieser Kunst verdienten Lob gesendet. Die „Post“ hält den am Donnerstag gefassten Beschluß für den „allein richtigen“.

Bei den nahen Beziehungen eines großen Theils der Stadtverordneten zu den Unternehmertreibern würden die Herren sich in ihr eignes Fleisch schneiden, wenn sie den Magistrat ersichtlich zu einer Maßregel bestimmen wollten, welche deren Verdienst empfindlich schmälere, unter Umständen sogar ihre Existenz gefährden kann.

Die moralischen Folgen dieser kommunalen Verdrüderung mit den Freunden des Buchhandelsworts schildert die „Volls-Zeitung“ treffend in folgenden Worten:

Die Berliner Arbeiter erleben aber wieder einmal daraus, was sie von dem kommunal-liberalen System zu erwarten haben, der im roten Hause sein Wesen treibt. Das Herz dieser Spielart von Liberalismus ist allemal da, wo des Kapitalismus Fahren wehen.

Aus den Kreisen der Bade-Angehörigen wird uns geschrieben: Vor einigen Tagen ging durch die Berliner Tagespresse eine Notiz, wonach eine Frau in der Volks-Bade-Anstalt an der Schillingbrücke ertrunken sei.

Der Rebbach der Großen Werlener. Nach der soeben veröffentlichten Jahresrechnung nahm die Große Werlener Straßenbahn im Jahre 1899 an dem Betriebe 20 348 004 M. ein.

Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt jetzt 68 625 000 M., wovon im vorigen Jahre 44 250 000 M. Dividendenberechtigt waren. Die Kapitaldividende betrug 10 1/2 Proz.

Die Arbeiter-Wildungsschule hat in diesen Tagen ihren Jahresbericht herausgegeben. Die Schule hatte am 31. März 1900 das neunte Jahr ihrer Tätigkeit vollendet.

Zur Beschränkung des Straßenhandels, für die abermals in den Kreisen der Hausbesitzer und Geschäftleute lebhaft agitiert wird, schreibt uns der Vorstand der Freien Vereinigung selbständiger Handwerker mit Unter- und Oberfrüchten, daß er mit dem Inhalt der an den Polizeipräsidenten und Stadtverordneten-Versammlung gerichteten Petition, wonach die Waren der Straßenhändler mehrmals am Tage amtlich revidiert werden sollen, vollständig einverstanden sei.

Portragenden erhöht wurden und außerdem eine Steigerung der Mietspreise eintrat, können wir trotzdem die Verhältnisse als günstige bezeichnen. Gewiß wäre zu wünschen, daß trotz der erhöhten Ausgaben eine größere Mitgliederzahl die Schule ganz unabhängig von sonstigen Einnahmen mache, doch konnte dieses Ziel trotz aller Agitation unter den Arbeitern nicht erreicht werden.

Es liegen sich im vorigen Jahre 538 Mitglieder einschreiben, nämlich 82 Damen und 456 Herren. Davon waren politisch wie gewerkschaftlich organisiert 121, politisch allein 17, gewerkschaftlich allein 198.

Der Bericht enthält am Schluß den auch von uns lebhaft gehegten Wunsch, daß es der Schule auch ferner möglich sei, dazu beizutragen, daß Wissen und Bildung in immer weitere Kreise der Arbeiterschaft eindringe, daß die Schule ungehindert in ihren ferneren Bestrebungen ihr Ziel dazu beitrage, daß für den großen Befreiungskampf der arbeitenden Klasse immer mehr Kämpfer herangebildet werden.

Herrn v. Thielens als Socialpolitiker zu rechtfertigen, die saure Art ist Herrn Schweinburg aus Anlaß unres geistigen Leitartikels übertragen worden. Um mit einer Lohnerhöhung für die Eisenbahn-Arbeiter renommieren zu können, hätte Herr Schweinburg sich, auch nur eine der vielen Zahlen des von uns veröffentlichten Erlasses zu erwähnen; der Offiziosus kommt vielmehr mit dem Scherz, daß die 10 und 20 Pf., die den Arbeitern fortan in den ersten drei und sechs Monaten mehr gewährt werden sollen, um im folgenden Jahre ihm wieder entzogen zu werden, in der That im Hande seien, die Leistungs-fähigkeit der Zweieinhalbmark-Männer derart zu heben, daß von einer übermäßigen Inanspruchnahme bei solchem Mieselohn nicht die Rede sein kann.

Die Ausdehnung der Haftpflicht auf die Automobilen, so schreibt man uns, ist eine durchaus zeitgemäße Forderung; sie ist um so berechtigter, als die Zahl der Automobilen auch in Berlin von Tag zu Tage eine größere wird.

Als doch! Dem Beschluß, Herrn Dr. Sangerhans das Ehrenbürgerrecht zu verleihen, ist gestern das Magistratskollegium beigetreten.

Als Anlaß des Festschmucks, der den Berliner Steuerzahler 88 000 M. kosten soll, ist dem Baumeister im jüdischen Hochbau, Herrn Maydorff, vom Kaiser von Oestreich das Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens verliehen worden.

Im wunderschönen Monat Mai. Ein kleines Schanzergestöber gab es gestern vormittag gegen 11 1/2 Uhr.

Ein Geschenk von 100 Balmen ist dem hiesigen Verein zur Förderung der Blumenpflege bei Schulkindern durch den Garteninspektor Weidlich gemacht worden.

Eine hartnäckige Selbstmörderin. Bei einem Fabrikanten in der Alten Jakobstraße Nr. 66 diente seit neun Tagen eine neunzehnjährige Ernestine Schlippe, die aus Groß-Hörsfelde zugezogen war.

In der Strafsache gegen den Bankier August Sternberg sollen nach Mitteilung einiger Blätter in letzter Zeit neue polizeiliche Vernehmungen stattgefunden haben, die auf eine Ausdehnung des Verfahrens schließen lassen.

Zur Beschränkung des Straßenhandels, für die abermals in den Kreisen der Hausbesitzer und Geschäftleute lebhaft agitiert wird, schreibt uns der Vorstand der Freien Vereinigung selbständiger Handwerker mit Unter- und Oberfrüchten, daß er mit dem Inhalt der an den Polizeipräsidenten und Stadtverordneten-Versammlung gerichteten Petition, wonach die Waren der Straßenhändler mehrmals am Tage amtlich revidiert werden sollen, vollständig einverstanden sei.



**Wahrung der nordamerikanischen Wägen trat nunmehr auch bei uns in Wirkung und führte in Folge dessen einen Rückgang der Preise für Brotgetreide herbei.** — Roggen, für den die bekannten simulierenden Momente noch immer einwirkend in Betracht kommen, gab nur etwas um 0,50 M. nach, während Weizen, besonders für Sommer- und Herbstlieferungen, bis 1 M. im Preise zurückging. Für Hafer ließ die Kaufkraft nach; Tendenz eher schwächer, Preise kaum verändert. Mais lag etwas matter. Rüböl legte sich ein, gab jedoch späterhin ebenfalls nach. Zum Schluss gab auch Roggen noch weiter nach. Spiritus loco unverändert.

**Wägen per 1000 Kilogramm:** Weizen gelber 150.— M. ab Bahn, Gaveländer — M. polnischer weißer Winter — M. frei Berlin, schäffler (705 Gramm) — M. ab Boden. Normalgewicht (755 Gramm) — M. Abnahme im laufenden Monat, da 154—158,75 Abnahme im Juli 1900, Abnahme im September mit 2 M. Roggen oder Winterweizen. Tendenz matter. — Roggen per 1000 Kilogramm: Schlesischer Kamm und mit Menn — M. Märkischer (722 Gramm) 148.—, do. (716 Gramm) — M. ab Bahn, Oberbrucher (715 Gramm) — M. ab Bahn. Normalgewicht

712 Gramm 150,50 Abnahme im laufenden Monat, do. 147,50—146,75—147,25 Abnahme im Juli, do. 145,25—145—145,25 Abnahme im September mit 150 M. Roggen oder Winterweizen. Tendenz matter. — Hafer loco per 1000 Kilogramm: feiner pommerischer 144—153, mittel 138—148, medienburgischer feiner 144—153, mittel 138—143, weipreussischer feiner —, mittel —, polnischer feiner —, mittel —, schleischer feiner —, mittel —, ab Bahn. Normalgewicht 450 Gramm 134,50—134,25 M. mit Abnahme im Juli. Tendenz: schwächer. — Mais: Amerik. mixed loco 115 frei Wagon. Abnahme im laufenden Monat 112, Abnahme im September 107,50. Tendenz: schwach. — Gerste per 1000 Kilogramm: Futtergerste, leichte 128—136 M., schwere 137—146 M. — Weizen mehl: 00: 19,25—21,50 M. Tendenz: still. — Roggen mehl: 0 und 1: 19,85 bis 20,75 M. Abnahme im Juli — M. Abnahme im September — M. Tendenz: still. — Rüböl für 100 Kilogramm mit Fass in Markt, loco —, Abnahme im laufenden Monat, 57,80—57,60—57,80 Abnahme im Oktober. Tendenz: fest. — Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe ohne Fass 49,70 M. frei Haus.

**Witterungsüberblick vom 11. Mai 1900, morgens 8 Uhr.**

| Stationen  | Barometer Höhe mm | Windrichtung | Wolkenhülle | Temperatur in Grad C. | Stationen | Barometer Höhe mm | Windrichtung | Wolkenhülle | Temperatur in Grad C. |
|------------|-------------------|--------------|-------------|-----------------------|-----------|-------------------|--------------|-------------|-----------------------|
| Stettin    | 763               | SW           | 3/4 bed.    | 14                    | Papenburg | 759               | SW           | 4 bed.      | 11                    |
| Stargard   | 763               | SW           | 3/4 bed.    | 14                    | Waldow    | 763               | SW           | 4 bed.      | 11                    |
| Stralsund  | 764               | SW           | 3/4 bed.    | 14                    | Wolgast   | 763               | SW           | 4 bed.      | 11                    |
| Wolgast    | 763               | SW           | 4 bed.      | 14                    | Wustrow   | 763               | SW           | 4 bed.      | 11                    |
| Wismar     | 762               | SW           | 4 bed.      | 14                    | Yaritz    | 763               | SW           | 4 bed.      | 11                    |
| Wittenberg | 761               | SW           | 3/4 bed.    | 14                    |           |                   |              |             |                       |

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 12. Mai 1900.  
Nebel und vielfach wolkig, zeitweise heiter bei mäßigen nördlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

**Achtung! Bergolder. Achtung!**  
Verband der im Bergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zentrale Berlin).  
Montag, den 11. Mai, abends präc. 8 Uhr, in den Arminhallen, Romanfontänenstraße 20 (großer Saal):  
**Ausserordentliche General-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1900. 2. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung in Brandenburg. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Neuwahl des Hauptvorstands und der Revisoren. 5. Verschiedenes. Bei der hochwichtigen Tagesordnung wird das Erscheinen eines jeden Mitglieds erwartet. 25/10  
Eintritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuchs!  
Der Vorstand.

**Achtung, Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen!**  
Montag, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**Zwei große öffentl. Versammlungen.**  
Für den Südosten und Osten:  
im Saale des Herrn **Graumann, Raumbau, Straße Nr. 27.**  
Für den Norden und Wedding:  
im **Konkordia-Variété, Brunnenstraße Nr. 151.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die wirtschaftliche Lage der Konfektionsarbeiter nach die Stellungnahme der Konfektionsräte zum § 137 a der neuen Gewerbe-Ordnungs-Novelle. 2. Die Forderungen der Arbeiterinnen. 3. Verschiedenes. 164/13  
Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsbranche, erscheint in Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung recht zahlreich in diesen Versammlungen.  
Der Vertrauensmann: Ad. Ritter.

**Verband der Graveure, Ciseleure u. verw. Berufsg. Deutschl. (Filiale Berlin.)**  
Dienstag, 15. Mai 1900, abends 8 1/2 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdenstr. 45:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäftsbericht. 2. Bericht: „Aus der Geschichte der Arbeit“. 3. Bericht: „Die Stellung der Graveure in der Industrie“. 4. Verschiedenes.  
Der Vorstand.

**Verband der Möbelpolierer.**  
**Versammlung**  
am Montag, 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Diefel, Adlerstr. 123.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Weyl: Kampf um die Gewerbesteuer. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsgegenstände. 4. Verschiedenes.  
Montag, 21. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche General-Versammlung. Näheres siehe nächste Sonnabend. 146/15  
Die Streitigkeiten haben folgende Kollegen noch nicht abgeliefert: Reich, Mühl, Polsterstr. 40; Hugo Dieck, Nordstr. 8.  
Der Vorstand.

**Adolph Neumanns Volksgarten, (1000 Personen fassend.)**  
Bühnen-Verband „Apollo“.  
Aben Sonntag Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Zu Saal Tanz, Anfang 4 Uhr. Beitrag 10 Pf. Die Kasse bleibt bis 10 Uhr geöffnet. (19796)  
Der Vorstand.

**Warum zögern Sie noch?**  
Werden Sie mein Kunde, Sie haben dadurch nicht nur ein ausgezeichnetes Messer umsonst, sondern auch die Möglichkeit, sich in kürzester Zeit noch viel mehr ganz umsonst erwerben zu können; deshalb verlangen Sie sofort portofrei meinen Prospekt-Katalog über 400 Seiten mit vielen Arbeiten von Solingen Stahlwaren, Sonderausstattungsgegenständen, Gold-, Silber-, Lederwaren, Perlen, Seiden, Schmuck, Gold- und Silber-Uhren, Japanwaren usw. usw.

**14 Tage zur Probe oder als Geschenk**  
berlange ich von der Stahlwaren- und Waffenfabrik von  
**Friedr. Wilhelm Engels**  
in Nümmen-Gräfrath  
bei Solingen Nr. 241  
abgebildetes Messer Nr. 2064, mit prima magnetischer Silberhülle, feinem Hornheft per Stück 1,50 und verpackte mich, den Betrag dafür in dieser Zeit einzulösen oder, falls mir das Messer nicht gefällt, solches zurückzulassen. Sollte ich aber entsprechende Nachbestellungen auf Artikel Ihres Katalogs machen können, behalte ich das Messer als Geschenk.  
Ort, Straße, Hausnummer, Post (deutsch):  
Name, Stand (recht deutlich):

**5 Jahre Garantie!**

In dem Möbel- und Polsterwaren-Magazin  
Wilhelm Müller, Gericht-Straße Nr. 10, am Hauptplatz,  
komplette bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen,  
sowie einzelne Möbel, Polsterwaren und Teppiche zu nicht erhöhten Preisen auch auf Teilzahlung. (46332)

**Socialdemokratischer Wahlverein f. den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter  
**Eduard Klage,**  
Prinzen-Allee 46,  
am 7. Mai von der elektrischen Bahn überfahren wurde und seinen Verletzungen erliegen ist. Die Beerdigung findet heute, Sonnabend, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Pauli Kirchhofs (Widenallee) aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. 247/6  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Todes-Anzeige.  
Am 7. Mai, nachmittags 1 1/2 Uhr verunglückte unser langjähriger Mitglied, der Gürtler  
**Paul Paesike.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Sonnabend 6 Uhr von der Leichenhalle des neuen Lichtenberger Kirchhofs, Dorfstraße-Kirchhof, aus statt.  
Die Ordbewahrung.

**Todes-Anzeige.**  
Tagesterstag 17. Uhr verstarb nach kurzem schwerem Leiden unser langjähriger Sohn  
**Alfred Kupferschmidt**  
im Alter von 4 Jahren.  
Die tiefbetrübten Eltern,  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 13. d. M., nach 2 Uhr, vom Kranzengarten Bethanien (Bethanien-Ufer) aus, statt.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Kollegen zur Nachricht, daß der Kollege  
**Carl Adam,**  
welcher am 4. d. M. verunglückt ist, an den erlittenen Brandwunden am 8. Mai verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13., nachmittags 5 Uhr, vom Leichenhaus des Hauptfriedhofs 6, aus nach dem neuen Lichtenberger Kirchhof an der Dalkdorfer Chaussee statt.  
Ehre seinem Andenken.  
Der Vorstand der Filiale Berlin des Internationalen Gewerkschaftsverbandes der Kupferschmiede Deutschlands.

**Centralverband deutscher Brauer.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 9. d. M. Kollege  
**Paul Köpich**  
verstorben ist.  
Beerdigung am 10. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle Friedrichshain nach dem Friedhof des Kirchhofs in Wittenberg.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.  
Der Vorstand. J. A.: Braug.

**Centralverband der Maurer Deutschlands.**  
Jahresheft Nordost.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Dienstag, den 8. Mai, unser Kollege, das Ehrenmitglied  
**Gustav Welschenbach**  
im Alter von 89 Jahren an den Folgen seines vor 5 Jahren erlittenen Unfalls verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 12., nachm. 4 Uhr, vom Trauerhaus, Bergstr. 121, aus nach dem Norddorfer Kirchhof, Norddorferstraße, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht.  
Der Vorstand.  
Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines guten Mannes sowie für die vielen Kranzgeschenke sagen wir allen, besonders den Rüstern und Mitarbeitern der Firma Karl Scheller, unsern innigsten Dank.  
Wwe Auguste Ziellow  
und Söhne.  
7785

**Arbeiter - Radfahrer - Verein „Berlin“.**  
11/13  
Morgen 9 Uhr ab  
Königsdamm (Grenz-  
wälderstraße) nach  
**Eberswalde**  
(4. Mühl), ca. 50 Km.  
Gänge willkommen. 11/15  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Filialen aufgelöst sind. Versammlungen von jetzt ab am ersten Donnerstag im Monat bei Wilsch, Norddorferstr. 26, am dritten Donnerstag bei Raabe, Kolonnenstr. 23.

**Zähne von 2 Mk.**  
Neelle Garantie. — Teilzahlung.  
Kleineren in 2 Stunden.  
Plombieren 1,00. — Zahnreinigung.  
Zahnziehen wirklich schmerzlos!  
Sprechstunden 8-8, Sonntags 8-4.  
Münchenerstraße 25,  
Ecke Marktstraße.

**Nordsee-Fische**  
billig!  
in allen Größen pro Pfund 15-20 Pf.  
**Schellfische**  
**Cabliau,** der so sehr beliebt ist, zum Kochen wie zum Braten sehr empfehlenswert,  
16 Pfg., im Ausschnitt 20 Pfg. pro Pfund.  
**Seelachs 18 Pfg., im Ausschnitt 25 Pfg. pro Pfund.**  
**Schollen (Goldbutten) 25 Pf. Bratflundern 33-50 Pf.**  
**Rotzungen 20-25 Pf. — Austernfisch 25 Pf. im Ausschnitt 35 Pf.**  
Geräucherte Flundern, Schellfische, Seelachs, Roche etc. billig!  
**Delikatess-Fisch-Kotelettes**  
gebraten und mariniert, in Blechdosen von 8 Liter = 17 Pfd. Mk. 3,50,  
4 Ltr. = 8 Pfd. Mk. 2,00, 2 Ltr. = 4 Pfd. Mk. 1,25  
empfiehlt die Deutsche  
**Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“**  
Grösste Hochsee-Fischerei Deutschlands mit 31 eignen Fischdampfern  
in ihren 6 Verkaufsstellen:

|   |   |  |
|---|---|--|
| <b>Haupt-Filliale:</b><br>Berlin C. 22, <b>Bahnhof Börse,</b><br>Bogen 9-10.  | <b>No. III. Berlin NW.,</b><br>Lüneburgerstr., Ecke Paulstr.,<br>Stadtbahnhof 388,9 (Centralbahnh.) | <b>No. V. Berlin N. (Wedding),</b><br>Reinickendorferstr. 1,<br>Eingang Schulzendorferstr. |
| <b>No. II. Charlottenburg,</b><br>Wilmerdorferstr. 10/11,<br>am Wilhelmplatz. | <b>No. IV.</b><br>Im Schlesischen Bahnhof<br>Hadaistr. 22.  | <b>No. VI. Prinzenstr. 30,</b><br>zwischen Horitzplatz u.<br>Ritterstrasse.                |

**NB.** Seefisch ist das billigste und beste Volksnahrungsmittel, ersetzt das Fleisch vollständig und ist überaus wohlschmeckend, nahrhaft und bekömmlich.

**Trinkt vom Fass!**  
**Goldklares Weissbier**  
aus der Weissbier-Brauerei „Friedrichstadt“  
**Julius Borsdorf, Neue Königsstrasse No. 31/32.**  
Es ist das beste Weissbier. — Verfälschung unmöglich!  
Ausschank-Local: Schultze, Frankfurterstr. 5. Naass, Frankfurter Allee 100.  
Pfausch, Zochstraße 24. Schöpp, Neue Königsstr. 30. Schmidt, Am Friedrichshain 71.  
Köpnick, Schillingstr. 30. Krüger, Norddorferstr. 44. Welkisch, Alexanderstr. 24. Ewald,  
Schönleberstr. 6. Kunz, Wardenstr. 1. Schulz, Pöddersstr. 10. Breitkreutz, Prinzenstr. 44.  
Dörper, Wallstr. 2. Dietrich, Neustädterstr. 11/12. Giebeck, Alte Köpenickerstr. 53. Link,  
Wronkestr. 99. Ulrich, Prinzenstr. 99. Zernikow, Georgenstr. 24. Kopparsch, Neue  
Königsstr. 6. Christ, Wronkestr. 9. Neissner, Wronkestr. 34. Jungblut, Gertruden-  
straße 31. Nachwitz, Schulstr. 19. Fink, Wronkestr. 1. Wien, Sonnstr. 8. Balzer, Luisen-  
straße 25. Scheithauer, Grunewaldstr. 105. Zepp, Rüttenbergstr. 32. Schwartz, Unter  
den Linden 78.  
Vororte: **Schöneberg:** Assmann, Hauptstr. 101. Lindemann, Götterstr. 85.  
Niedorf, Alex, Bergstr. 131. Heilhaus, Bernauerstr. 52. **Steglitz:** Wiesinger, Wronke-  
str. 4. Weisenfeld, Schloßstr. 92. **Wilmersdorf:** Frenz, Königs-Garten 4. Wilmers-  
dorf: Hoffmann, Wandstr. 41. Zitzsch, Zitzschbergstr. 32. **Köpenick:** Meyer.

**Für Dampferpartien!**  
„Zum Sporthaus“ in Ziegenhals bei Zenthau.  
(Vorortstation der Sörliger u. Stadtbahn).  
Neu eröffnet! Gänzlich renoviert!  
Günstig am Wald und Wasser gelegen. Dampferleg.  
Juni, Juli und August nach Sonnabende und Sonntage frei.  
Tagebuch, auch per Telefon.  
Hugo Engel, Berlin O., Zitzschstr. 87. Tel.-Amt VIIa Nr. 7703.

**J. Brünn**  
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4  
Wegen Umbau meiner Geschäftsräume gelangen große Lager-  
bestände meiner  
40729  
**Teppiche! Gardinen!**  
**Steppdecken! Portieren!**  
**Tischzeug! Handtücher!**  
**Fertige Wäsche!**  
zu sehr billigen Preisen zum  
**Ansverkauf!!**

**Wichtig! Wichtig!**  
Am 16. Mai, abends 8 Uhr  
beginnen  
**Zwei neue Kurse**  
der 46342  
**Elektra.**  
Prinzenstr. 55,  
1. für Elektromotoren, 2. für  
Vorgeschrittenen (Maschinenbau  
und Elektrodienst).  
Anmeldungen schleunigst, auch  
Sonntags. — Prospekte und  
Verzeichnis gratis.

**Brauerei G. Senß**  
Wronkestrasse 13  
(am Marktplatz).  
Mitglied des Radfahrervereins  
„Eid-08“.  
Weiz, Weizen, Mais u. Weiden-  
bier zum Selbstbrennen, bei reichlichem  
Wass. a Liter 10 Pf. Der Verkauf  
findet direkt in der Brauerei täglich  
von 6 Uhr morgens bis 2 Uhr nach-  
mittags statt. 39202

**Restaurant Jägerhäuschen**  
in Saatvinkel  
empfiehlt für Vereine und Gewerkschaften.  
Wilh. Schumann. 715b

**Etablissement „Südost“**  
Waldemarstr. 75. (14751)  
Mehrere Sonnabende u. Sonntage  
im Mai, Juni, Juli zu vergeben.

**Ober-Schöneweide**  
Wilmersdorferstr. 18  
**Otto John**  
empfehlen  
Restoration  
bei Ausbesserungen. (46322)

**Düend-Ober-Schöneweide.**  
Restaurant Sporthaus.  
Camp. Vereinen, Gesellschaften u. Saal.  
Garten, Regal u. Saal. Dohlsau.

**Strand-Resaurant am Müggelsee**  
zwischen Müggelsee u. Andahlsdamm.  
Gemütliche Gärten, Vereinen und  
Korporationen für Sommervergnügen  
u. Ausflüge mein großartig gelegenes  
Lokal. Saal für ca. 3000 Personen,  
hallen, gemütliche Nebenräume.  
Belustigungen aller Art. Constante  
Preise. W. Zegebrodt,  
459021 „Strandhaus“, Rödow.

**Natur-Seilverfahren.**  
Gant, Garn u. Kleinfäden.  
Frauen-Kranzstr., halt über  
ohne Verunstaltung (30782)  
R. Wagner, Juwelierstr. 151/1  
9-2, 5-9, Sonntag 9-2.

**Büffets!**  
Son heb. Firmen sehr leistungsfähige  
fähige Referenzen für Büffets  
(nachweisl. gute Arbeit) gegen  
Kasse gesucht. 10/15  
Off. L. M. 153 Postamt 48.

**Fahrräder**  
prima deutsche Fabrikate a 175 M.  
auf Teilzahlung.  
**W. L. Adomeit,**  
Lothringerstrasse 63, I.

# Conrad Tack & Cie. Burg bei Magdeburg

## Deutschlands bedeutendste Schuhfabriken

66 eigene Verkaufsgeschäfte in allen grösseren Städten Deutschlands.

**Prämiirt mit der goldenen Medaille 1893.**

Unstreitig billigste und beste Bezugsquelle für Schuhwaren jeder Art, da der Verkauf unserer **Gesamtproduktion ohne jeden Zwischenhandel zu billigsten, festen, in unserer Fabrik mit deutlichen Zahlen auf die Sohle gestempelten Preisen, direkt an das Publikum erfolgt.** Jede Uebervorteilung ausgeschlossen. Händlern können auf unsere billigst berechneten Preise keinerlei Rabatt gewähren.

### Verkaufshäuser in Berlin:

|                              |                                  |  |                            |
|------------------------------|----------------------------------|--|----------------------------|
| O., 50 Andreasstr. 50.       | S., 240/41 Friedrichstr. 240/41. | C., 15 Spittelmarkt 15.                              | NW., 29 Beusselstr. 29.    |
| O., 139 Frankfurterstr. 139. | W., 50 Potsdamerstr. 50.         | N., 1 Danzigerstr. 1, <sup>Ecke</sup> Schönh. Allee. | NW., 22 Wilsnackerstr. 22. |
| S., 65 Oranienstr. 65.       | C., 14 Rosenthalerstr. 14.       | NW., 37 Turmstr. 37.                                 |                            |

Charlottenburg, 122 Wilmsdorferstr. 122. Rixdorf, 30/31 Bergstr. 30/31.

### Verkaufshäuser im Reiche:

|   |   |   |   |
|---|---|---|---|
| <b>Altenburg</b> , Markt 15.                                  | <b>Danzig</b> , Gr. Wollwebergasse 14.              | <b>Hamburg</b> , Steinstr. 111.             | <b>Nürnberg</b> , Plothenhofstr. 2.                 |
| <b>Altona</b> , Reichenstr. 14.                               | <b>Darmstadt</b> , Ludwigstr. 16.                   | <b>Dammthorstr.</b> 4.                      | <b>Posen</b> , Krämerstr. 19/20.                    |
| <b>Breslau</b> , Reuschestr. 47/48.                           | <b>Dresden</b> , König Johannstr. 21.               | <b>Halberstadt</b> , Breitweg 83.           | <b>Potsdam</b> , Brandenburgstr. 49.                |
| <b>Burg b. Magdeb.</b> , Markt 10.                            | <b>Dessau</b> , Kavallerstr. 18.                    | <b>Halle a. S.</b> , Schmeerstr. 1.         | <b>Reichenbach</b> , Markt 8.                       |
| <b>Braunschweig</b> , Damm 12.                                | <b>Dortmund</b> , Westenhellweg 51.                 | <b>Hannover</b> , Gr. Packhofstr. 13.       | <b>St. Johann-Saarbrücken</b> , Bahnhofstr. 83.     |
| <b>Brandenburg a. H.</b> , Steinstr. 8.                       | <b>Düsseldorf</b> , Bolkerstr. 25a.                 | <b>Heilbronn</b> , Kaiserstr. 26.           | <b>Stuttgart</b> , Tübingerstr. 16.                 |
| <b>Bromberg</b> , Brückenstr. 2.                              | <b>Eiberfeld</b> , Wallstrasse, Ecke Schloßergasse. | <b>Hildesheim</b> , Hoherweg 35.            | <b>Stassfurt</b> , Schloss- und Steinstrassen-Ecke. |
| <b>Beuthen, O.-Schl.</b> , Bahnhofstr. 28/29.                 | <b>Elbing</b> , Alter Markt 46.                     | <b>Köln</b> , Breitestr. 103.               | <b>Stettin</b> , Heumarkt 1.                        |
| <b>Cassel</b> , Königstr. 62.                                 | <b>Erfurt</b> , Bahnhofstr. 4.                      | <b>Kiel</b> , Holstenstr. 22.               | <b>Strassburg</b> , Kinderspielplatz 1.             |
| <b>Crefeld</b> , Hochstr. 31.                                 | <b>Forst i. L.</b> , Kottbuserstr. 19.              | <b>Königsberg i. Pr.</b> , Schmiedestr. 13. | <b>Wiesbaden</b> , Langgasse 33.                    |
| <b>Chemnitz</b> , Innere Johannisstrasse, Ecke Herrenstrasse. | <b>Frankfurt a. M.</b> , Fahrgasse 107-100.         | <b>Leipzig</b> , Reichstr. 13.              | <b>Worms</b> , Kämmererstr. 49.                     |
| <b>Cottbus</b> , Sprembergerstr. 4.                           | <b>Genthin</b> , Brandenburgerstr. 48/49.           | <b>Mannheim</b> , Q 1. 8.                   | <b>Zwickau</b> , Wilhelmstr. 6.                     |
| <b>Coblenz</b> , Rheinstr. 9.                                 | <b>Graudenz</b> , Alte Strasse 6.                   | <b>Magdeburg</b> , Alte Markt 11.           |   |
|   | <b>Görlitz</b> , Berlinerstr. 51.                   | <b>Mainz</b> , Schusterstr. 13.             |   |

### Weltbekannt sind unsere Fabrikate

durch ausserordentliche Haltbarkeit, durch auffallend billige feste Preise, durch vorzügliche chice Passtorn, durch unerreichte Leistungen auf dem Gebiete der Schuhindustrie.

Unsere Specialität Goodyear Welt-Herren- und Damenstiefel, System Handarbeit, ist der beste Stiefel der Gegenwart.

#### Strapazier-Damen-Stiefel



Mk. 3,40.

#### Strapazier-Herren-Stiefel mit Besatz



Mk. 4,50.

#### Derber Kinder-Stiefel



Mk. 1,90.

#### Leder-Kinder-Schuhe



Mk. 0,35.

Unsere Läger sind jeder Saison entsprechend, reichhaltigst mit allen nur denkbaren Arten von Schuhwaren in allen Preislagen und Ausführungen versehen. Grosse Auswahl in farbigen modernen Stiefeln und Schuhen.

## Conrad Tack & Cie., Burg bei Magdeburg.



**Hüten** \* \*  
 Infolge der kolossalen Steigerung in der Hutfabrikation verkaufe noch zu den alten Preisen. (41022)\*  
**Otto Gerholdt,**  
 Dresdenerstrasse No. 2,  
 Ecke Schulstrasse.  
 Großes Lager in Schirmen, Mützen, Kravatten.

**Zähne 2 M.** 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen i. M. Plomben 1,50 M. Teils. wöchentl. i. M. **Zahnarzt Wolf,** Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

**Kufeke's**  
 Von AUTORITÄTEN empfohlen  
 BESTES im GEBRAUCH billigstes  
**Kindermehl**

**Neues Klub-Haus** Kommandantenstr. 72. Neben Sonntag, Mittwoch, Donnerstag: **Grosser Ball.** (43782)\* Große und kleine Säle mit Bühne zu Veranlassungen, Gesellschaften etc. zu vergeben. Einige Sonnabende u. Sonntage noch frei. **H. Ebert.**

**„Teufelssee“** In den Wäggelbergen. **„Marienlust“.** In den C. Streichhahn, Besitzer des Kaiserhofs, Köpenick. Empfehle beide Lokale mit großen Sälen und Gärten, jedes circa 3000 Personen fassend, mit Dampfbrücken, Stallungen für 40 Pferde, Volkbelüftungen aller Art. 45812\*

Jedes **5 Pfennig.** *Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 10 Buchstaben zählen doppelt.*

## Kleine Anzeigen.

**Anzeigen** für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Bauthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**  
 Restaurant, gangbares, billig zu verkaufen. Schulz, Schwarzkopffstr. 15. 7131\*  
 Baustellen und Terrain für man am billigsten beim Tischler Fleischer, Rixdorf, Bergstr. 23, II.  
 Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre 7150  
 Vorjährige elegante Herrenpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II.  
 Betten, prachtvoller Stand, 1200, zweifachläufig 16,50. Gubenstr. 3, Pfandleihe. 7150\*  
 Betten, Gardinen, spottbillig Versandhaus Reanderstr. 4. 17/19\*  
 Teppiche, Remontierarbeiten, spottbillig Versandhaus Reanderstr. 6.  
 Kinderstühle „Baby“, Charlottenburg, Wilmsdorferstr. 53.  
 Kinderwagen überall Preisenauswahl „Baby“, Spandau, Potsdamerstr. 20.

**Teppiche** mit Herdenfletern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre.  
**Tannenbüschen** billig Holz, Weinbergsweg 13b. 9180  
**Ruhbaumöbel**, ganze Wirtschaft, auch einzeln, spottbillig Soffenerstr. 38, vorn I. rechts. 52K\*  
**Ruhbaumöbel**, Stube, Küche, spottbillig, auch einzeln, Gartenstr. 32A, vorn I. links. 77\*  
**Winkel** bar und Teilzahlung, billigst, Frankfurter Allee 110, I. Ecke Königbergerstr. 287R\*  
**Fahrrad** verkauft Sardiniergasse, Brunnenstr. 113. 7145\*  
**Fahrräder**, erstklassige Marken, zwei Jahre Garantie, billig. Teilzahlungen gestattet. Reparatur-Werkstatt. Landens und Gintiger werden vertrieben. Gefährte Räder, gut erhalten, billig. Carl Fischer, Deusselstr. 9. 1182\*  
**Fahrräder**, Teilzahlung, mögliche Anzahlung. Lager vierhundert Räder, Bahnräder, 18 Pfund, Strassenräder, Luxus-Damenräder, Zweifachläufig, Kinderäder, Anhängenwagen direkt aus Fabrik „Imperial“ Dieffenbachstr. 33. 1137R\*

**Nähmaschinen** sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, wöchentlich 1,-, fünfjährige Garantie. Gebrauchte 12, 15 Mark. Freige, Turmstr. 39, Nähmaschinen-Gesellschaft. 7935  
**Nähmaschinen** sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, fünfjährige Garantie. Volkmar, Landberger, Landsbergerstr. 35, kein Laden.  
**Gasföcher**, Sparföcher, Weißblech 6,00, Dreifach 10,00, Gasdröfen 12,00, Gasplättchen, Schneider-Bügelapparate billig. Teilzahlung. Wohlfahrer, Wallner-Theaterstr. 32. (kein Laden.) 9035  
**Fahrrad**, wie neu, verkauft spottbillig. Kottbuser-Ufer 59, I. Obergebäude III. 7113  
**Nachtigallen** 4,50, Gradmäßen, Spottvögel, frische Ameisenster fließt vorräthig. Sager, Androssstr. 30.  
**Tuchstoffe** (brandbeschädigt) spottbillig Blücherstr. 55 parterre. (\*  
**Restoration**, gutes Geschäft, zehn Jahre bestehend (Korben), veränderungslos billig zu verkaufen bei Radmacher, Gutzkuserstr. 21, vorn IV. 793

**Stoppdecken** am billigsten Hadt Große Frankfurterstr. 9, parterre.  
**Schuhe** und Stiefel für Herren, Damen und Kinder in großer Auswahl findet man stets auf Lager zu den nur denkbar billigsten Preisen beim Schuhmachermesser Jakob Egg, Hochstr. 23. 9765  
**Mugulabad**, Köpcke-Str. 60, Häber jeder Art für sämtliche Krankheiten. 772\*  
**Buchbinder-Arbeit** jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Säulstr. 56, 2. Hof parterre. 23875  
**Uhren** repariert Wilhelm Hinde, Uhrmacher, Dübenerstr. 45. 1146\*  
**Fahrrad-Reparaturen** billig unter Garantie, Zimmer, Androssstr. 70.  
**Möbel**, alte, Schiffsloas kauft Lazarus, Kankauerstr. 20. 107R\*  
**Bereitschimmer** empfiehlt Hier, Alte Jalousie 119. 228K\*  
**Bereitschimmer** m. Piano Klänge Krausenstr. 18. 210b

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
**Stellenangebote.**  
**Zefehalle**, Annoncen-Expedition Charlottenburg, Graumannstr. 22.  
**Schreiber** für Ausbesserung und Bagelei verlangen Kalläne u. Meiling, Blumenstr. 70. 951b  
**Farbmacher** verlangt Wolf, Dieffenbachstr. 33. 980b

**Jungen Tischler** verlangt A. Berkmeyer, Schindlerstr. 8a. 975b  
**Tüchtiger Radmacher** auf Bambus und Kongo gesucht per sofort auf dauernde Beschäftigung. Hoefemann, Brückenstr. 2. 981b  
**Flotte Maschinen-Räderinnen** auf Untererde verlangt Schulz, Große Frankfurterstr. 14. 175R\*  
**Karton** Arbeiterinnen verlangt Kartonfabrik Joachimstr. 11. 925b\*  
**Im Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile  
**Achtung, Tischler!**  
 Anlässlich der Raiferer sind die Tischler in der Bautischlerei von **Stebitz & Köpchen**, Charlottenburg, entlassen worden. Die Werkstatt ist folgebessert bis auf weiteres gesperrt. 8811\*  
 Die Ortsverwaltung Charlottenburg.